

RE

URBANISIERUNG

WOHNUNGS
FRAGE

STADT
ERWEITERUNG

Eine **Analyse**
der **Bedarfsbegründung**
und der **Konflikte**
im **Diskurs um neue Stadtquartiere**

(Re-)Urbanisierung, Wohnungsfrage, Stadterweiterung:

Eine Analyse der Bedarfsbegründung und der Konflikte im Diskurs um neue Stadtquartiere

Verfasser: Henrik Drevs

Matrikelnummer: 6076959

Studiengang: Stadtplanung (B.Sc.)

HafenCity Universität Hamburg

Bachelorthesis zur Erlangung des akademischen Grades Bachelor of Science (B.Sc.)

Erstbetreuung: Prof. Dr. Monika Grubbauer

Zweitbetreuung: Charlotte Niewerth

Abgabedatum: 28. März 2024

Vorwort

Die vorliegende Bachelorthesis wurde im Rahmen des Studienganges Stadtplanung im Wintersemester 2023/24 an der HafenCity Hamburg verfasst.

Im Sinne einer inklusiven Sprache wird in dieser Arbeit in der Regel gegendert geschrieben, wofür ein Doppelpunkt verwendet wird (z.B. „Bürger:innen“). Ausnahmen bilden dabei Einzelpersonen bekannten binären Geschlechts, rechtliche Begriffe (z.B. „Bürgerentscheid“) oder feste Namen (z.B. „Aubinger Bürgervereinigung“).

An dieser Stelle möchte ich mich bei Professorin Dr. Monika Grubbauer und Charlotte Niewerth für das Betreuen dieser Arbeit und die Unterstützung bei Fragen bedanken. Insbesondere Prof. Dr. Grubbauer half bei der Eingrenzung des Interessenfeldes zu Beginn der Arbeit und stand mir in einer Vielzahl an Sprechstunden beratend zur Seite.

Zudem danke ich allen Menschen in meinem Umfeld, die mich auf verschiedene Art und Weise zur Arbeit motiviert und die Zuversicht behalten lassen haben.

Abbildungsverzeichnis

Deckblatt: eigene Darstellung mit Abbildung von HafenCity Universität (o.J.)

Abbildung 1: Vorgehensmodell der Arbeit (eigene Darstellung) S. 5

Abbildung 2: Erstes Codeset zur Beantwortung der ersten Forschungsunterfrage (eigene Darstellung) S. 7

Abbildung 3: Zweites Codeset zur Beantwortung der zweiten Forschungsunterfrage (eigene Darstellung) S. 9f.

Abkürzungsverzeichnis

BauGB	Baugesetzbuch
BB	Berlin Buch Am Sandhaus (s. Dokumentenverzeichnis)
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
CO ₂	Kohlenstoffdioxid
EDM	Entwicklungsmaßnahme Dietenbach GmbH & Co.
FAQ	Frequently Asked Questions (Häufig gestellte Fragen)
FD	Freiburg Dietenbach (s. Dokumentenverzeichnis)
FN	Frankfurt Nordwest (s. Dokumentenverzeichnis)
MF	München Freiham Nord (s. Dokumentenverzeichnis)
NABU	Naturschutzbund Deutschland
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Thematische Herleitung und Relevanz.....	1
1.2	Erkenntnisinteresse.....	2
1.3	Forschungsfragen.....	3
1.4	Aufbau der Arbeit.....	4
2	Methodisches Vorgehen	5
2.1	Literaturrecherche: Erschließung des Forschungsfeldes.....	5
2.2	Qualitative Inhaltsanalyse: erste Unterfrage.....	6
2.3	Diskurs-(feld-)Analyse: zweite Unterfrage.....	8
2.4	Historische Kontextualisierung: dritte Unterfrage.....	13
3	Grundlagen: Neue Stadtquartiere	14
3.1	Forschungsstand.....	14
3.2	Arbeitsdefinition.....	16
3.3	Auswahl der Fallbeispiele.....	17
4	Analyse der Fallbeispiele	19
4.1	Bedarfsbegründung und Planungsanlass.....	19
4.1.1	Berlin Buch Am Sandhaus.....	19
4.1.2	München Freiham Nord.....	20
4.1.3	Freiburg Dietenbach.....	21
4.1.4	Frankfurt Nordwest.....	22
4.2	Problemdiskurs und Zielkonflikte.....	23
4.2.1	Berlin Buch Am Sandhaus.....	23
4.2.2	München Freiham Nord.....	29
4.2.3	Freiburg Dietenbach.....	33
4.2.4	Frankfurt Nordwest.....	41
5	Synthese	46
5.1	Vergleich unter den Fallbeispielen.....	46
5.2	Historische Kontextualisierung mit Großwohnsiedlungen.....	51
6	Schluss	57
6.1	Fazit.....	57
6.2	Reflexion.....	58
	<i>Anhang</i>	61

1 Einleitung

1.1 Thematische Herleitung und Relevanz

Viele deutsche Großstädte sind seit der Jahrtausendwende gewachsen, wobei in bzw. seit den 2010er Jahren eine besondere Dynamik wegen diverser Migrationsbewegungen zu beobachten ist (vgl. Altröck, 2022, S. 132; Lauerbach, 2020, S. 15). Im Zuge dessen ist ein deutlicher Nachfrageüberhang auf städtischen Wohnungsmärkten festzustellen, der steigende Preise für Mieten und Wohneigentum zur Folge hat (vgl. Altröck, 2022, S. 132; Egner et al., 2021, S. 1). Nicht wenige Stimmen in der Fachliteratur sprechen in diesem Zusammenhang von einer „neuen Wohnungsfrage“ (z.B. Baldenius et al., 2020) oder deren „Wiederkehr“ (z.B. Egner et al., 2021). Als Antwort auf die Frage, wie die Stadtplanung mit dem Bevölkerungswachstum in Städten umgehen soll, werden verschiedenste Strategien vorgeschlagen, wobei insbesondere das Spannungsfeld zwischen Sozialpolitik und Klimapolitik diskutiert wird (vgl. Vollmer & Michel, 2020).

Mit Blick auf die Wohnungspolitik deutscher Städte lässt sich festhalten, dass im Sinne einer umwelt- und klimagerechten Stadtentwicklung die Innenentwicklung zum Bau neuer Wohnungen und Arbeitsplätze schon seit den 1980er Jahren priorisiert wird (vgl. Reiß-Schmidt, 2018, S. 997). Dieser planerische Fokus auf den zusammenhängend bebauten Siedlungsbereich soll aktiv zum Boden- und Klimaschutz beitragen (vgl. ebd., S. 998). Das Ziel des niedrigeren Flächenverbrauchs ist von Bundesebene (30-Hektar-Ziel) (vgl. BMUV, 2023) bis hin zu lokalen Beschlüssen (vgl. z.B. Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt, o. J.) festgesetzt, um die weitere Versiegelung intakter Böden zu verringern und so deren Funktion als Lebensraum und ökologischen wie klimatischen Regulationsmechanismus zu erhalten (vgl. Feldwisch & Balla, 2006, S. 2; Wessolek et al., 2011).

Die Nutzung innerstädtischer Freiflächen für Wohnungsbauprojekte kommt in vielen deutschen Großstädten aber an ihre Grenzen (vgl. Altröck, 2022, S. 132f.) – insbesondere dort, wo ohnehin wenig militärische und industrielle Konversionsflächen zur Verfügung standen (vgl. Faller, 2023, S. 15). Innenentwicklungsmaßnahmen treffen bei der lokalen Bevölkerung dazu zunehmend auf Protest (vgl. Altröck, 2022, S. 132; Reiß-Schmidt, 2018, S. 999). Kleinteiligere Nachverdichtungen, wie z.B. Aufstockungen, werden von einigen Kommunen mittlerweile als zu träge angesehen, um die Wohnungsproblematik wirksam bekämpfen zu können. So schreibt die Verwaltung Freiburgs etwa: „Innenentwicklung kann die Wohnungsnot nicht lösen“ (Stadt Freiburg, o. J.). Auch die Stadt Frankfurt am Main gibt an, dass Nachverdichtung und Konversionsflächen nicht ausreichen, um den benötigten Wohnraum zu schaffen (vgl. Stadtplanungsamt Frankfurt am Main, o. J.).

Die Folge der zunehmenden Ausschöpfung von Innenentwicklungspotenzialen ist, dass einige Städte mit großem Bevölkerungswachstum (wieder) verstärkt auf Maßnahmen der Außenentwicklung setzen, um Wohnraum zu schaffen (vgl. Reicher & Söfker-Rieniets, 2022, S. 138f.; Simon-Philipp, 2018, S. 2456). Die Stadt Hamburg etwa verfolgt dies seit 2015 mit dem Konzept 'Mehr Stadt an neuen Orten' (vgl. Pohl & Wichmann, 2023, S. 126). Aktuell geplant und umgesetzt werden in Großstädten häufig verhältnismäßig dicht bebaute und teilweise Nutzungsgemischte Neubauquartiere im Außenbereich von Städten, die sich klar von typisch suburbanen Stadtteilen in ähnlicher Lage abgrenzen (vgl. Zupan, 2015, S. 194f.). Diese neuen Quartiere versuchen so den Herausforderungen und verschiedenen, teilweise gegensätzlichen Ansprüchen, wie etwa dem Schaffen von bezahlbarem Wohnen auf der einen Seite und den

Bürger:innenprotesten gegen die Bebauung von landwirtschaftlichen Flächen in der Peripherie auf der anderen Seite, zu begegnen (vgl. Altrock, 2022, S. 141).

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) beobachtet die Entwicklung neuer Stadtquartiere in Deutschland seit 1990 und sieht dabei seit den 2010er Jahren eine zunehmende Verschiebung von Neubustadtteilen in den Außenbereich von Städten (vgl. Freudenaus et al., 2021, S. 5). Dieses Phänomen der neuen Stadterweiterung wird auch aktuell von der Forschung thematisiert und findet sich in bundesweiten (vgl. Universität Kassel, 2023) wie stadtspezifischen (vgl. z.B. Pohl & Wichmann, 2023) Untersuchungen wieder. Daneben forderte sogar Bundeskanzler Olaf Scholz kürzlich die Entwicklung neuer Stadtteile im Außenbereich wachsender Stadtregionen „so wie in den 70er Jahren“ (vgl. Tagesschau, 2023). Das Thema Stadterweiterung ist somit auf vielen Diskursebenen (wieder) präsent.

In einigen Aspekten ähneln diese aufgezeigten neuen Stadtquartiere den Großwohnsiedlungen der 1960er und 70er Jahre. Bei beiden handelt es sich etwa um peripher gelegene neue Quartiere, die urbane Qualitäten bieten sollen (vgl. Altrock, 2022, S. 130; Krämer, 2007, S. 111). Beide soll(t)en zu einer wirksamen Entspannung des Wohnungsmarktes führen und haben daher das Ziel der hohen Dichte. Gerhard Boeddinghaus vertrat 1995 sogar die Meinung, dass die damals wie heute aktuelle 'Stadt der kurzen Wege' lediglich eine Neuformulierung der 'Urbanität durch Dichte' der 1960er Jahre sei und beide Leitbilder letztendlich ähnliche Ziele hätten, wobei sich der Kontext mit „Energie-Krisen, Klima-Katastrophen und ökologischen Desaster“ (vgl. Boeddinghaus, 1995, S. 11) geändert habe.

1.2 Erkenntnisinteresse

Diese angeschnittenen Punkte bilden den Ausgangspunkt der Arbeit. Forschungsgegenstand sind die neuen Stadtquartiere, die in neuerer Zeit in Deutschland in verdichteter Bauweise in der Peripherie von Städten entstehen. Erkenntnisinteresse ist es, diese im Hinblick auf Notwendigkeit und Konflikte der Planungsvorhaben zu untersuchen. Konkret soll im Rahmen dieser Bachelorthesis untersucht werden, wie sich der Problemdiskurs um neue Stadtquartiere in Deutschland darstellt. Dafür soll zunächst erfasst werden, wie der Bedarf der neuen Stadtquartiere von städtischer, planerischer Seite begründet wird, und anschließend analysiert werden, welche Zielkonflikte bei diesen Planungsvorhaben auftreten. Denkbar sind hier in erster Linie die bereits zuvor kurz angeführten Konflikte zwischen Wohnungsbauzielen auf der einen Seite und Umwelt- sowie Klimazielen auf der anderen Seite, jedoch soll diesbezüglich keine thematische Eingrenzung im Vorhinein geschehen, da auch weitere im Diskurs auftretende Konflikte von Interesse sind.

Im Zuge der Analyse soll zusätzlich eine knappe historische Kontextualisierung mit der Zeit der Großwohnsiedlungen der 1960er und 70er Jahre geschehen. Wegen der Ähnlichkeiten der neuen Stadtquartiere und den Großwohnsiedlungen dieser Zeit bezüglich der Wohnfunktion, der peripheren Lage sowie der dichten Bebauung bietet sich hier ein Vergleich an. Aus dieser historischen Kontextualisierung sollen Schlüsse gezogen werden, inwiefern sich die auftretenden Konflikte rund um die Planungsvorhaben und die planerischen Prioritäten – etwa bezüglich Abwägungsbelangen – geändert haben und wie sich eventuell das heutige planerische Handeln bezüglich neuer Stadtquartiere vor dem historischen Hintergrund besser verstehen lässt.

Geschehen soll diese Analyse der neuen Stadtquartiere anhand von ausgewählten Fallbeispielen. Die Beschränkung auf wenige, aber hochaktuelle Fallbeispiele bietet den Vorteil, dass eigene neue Erkenntnisse in einem dynamischen Forschungsfeld generiert werden können. Eine breiter

angelegte Analyse mit dem Anspruch, die gesamtdeutsche Entwicklung zu untersuchen, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, weshalb eine solche Analyse sehr oberflächlich bleiben müsste, um als Bachelorthesis bearbeitbar zu bleiben. Die Konzentration auf Fallbeispiele bietet hingegen die Möglichkeit, ein derart komplexes Themenfeld im Rahmen einer Bachelorarbeit in angemessener Tiefe zu untersuchen und zu erforschen. Mehrere Fallbeispiele erlauben zudem einen Vergleich untereinander und lassen Parallelen sowie Differenzen ausmachen. Die begründete Auswahl der Fallbeispiele wird in Kapitel 3.3 erläutert.

Kein Ergebnis der Arbeit soll also eine Erfassung des bundesweiten Diskurses und die Untersuchung der Entwicklung aller neuen Stadtquartiere in Deutschland sein. Auch soll keine eigene Bewertung getroffen werden, ob die im Außenbereich entstehenden neuen Stadtquartiere umwelt-, klima- oder wohnungspolitisch vertretbar oder „richtig“ sind. Stattdessen ist es das Ziel der Arbeit, zu untersuchen, wie solche und ähnliche Fragen von lokalen Akteur:innen (vornehmlich Verwaltung und Lokalbevölkerung) bezüglich der Fallbeispiele beantwortet werden. Mithilfe der Analyse werden so Erkenntnisse aus einigen konkreten neuen Stadtquartieren und ihren lokalen Diskursen gezogen.

1.3 Forschungsfragen

Geschehen soll diese Analyse unter folgender Leitfrage:

Wie wird der Bedarf von neuen Stadtquartieren begründet und welche Konflikte treten dabei im Diskurs hervor?

Diese Leitfrage wird zur Bearbeitung in mehrere Unterfragen gegliedert, um die Richtung der Arbeit und das Erkenntnisinteresse zu präzisieren. Zudem dienen diese Unterfragen auch zur Strukturierung der weiteren Arbeit.

1. Wie wird die Wohnungsfrage von den Städten dargestellt und inwiefern werden daraus Handlungsbedarfe abgeleitet?

Die erste Unterfrage zielt darauf ab, wie der Bedarf für die Planung neuer Stadtquartiere von den planenden Verwaltungen begründet wird. Dafür soll untersucht werden, wie die existierende Wohnraumsituation von den Städten im Kontext des Planungsvorhabens dargestellt wird, um die Erforderlichkeit des Baus der neuen Stadtquartiere besser zu verstehen. Dazu zählt auch, inwiefern die Wohnungsfrage als ausschlaggebender Anlass für die Planung der neuen Stadtquartiere angegeben wird und inwiefern das Thema Wohnen dementsprechend in den Fokus der Planungsvorhaben gestellt wird.

2. Welche die neuen Stadtquartiere betreffenden Themen werden im öffentlichen Diskurs problematisiert und wie rechtfertigen die Verwaltungen in Anbetracht auftretender inhaltlicher Konflikte ihre Planungsvorhaben?

Im Zuge der zweiten Forschungsunterfrage sollen die im Diskurs sichtbar werdenden Probleme und Konflikte, die unmittelbar mit der Planung der neuen Stadtquartiere in Verbindung gebracht werden, analysiert werden. Dabei geht es darum, die relevanten inhaltlichen Konfliktfelder zu erfassen und die Positionen von Öffentlichkeit und Planungsverantwortlichen zu diesen zu untersuchen. Im Fokus steht hier, was von der Öffentlichkeit an den neuen Stadtquartieren kritisiert bzw. für diese gefordert wird und welche Argumente die Verwaltungen diesbezüglich nutzen, um ihre Vorhaben rechtfertigen. Bestandteil dieser Unterfrage ist auch die Betrachtung,

welche Rolle Alternativen zur Entwicklung neuer Stadtquartiere im Diskurs spielen und ob die Planungsvorhaben überhaupt grundsätzlich infrage gestellt werden bzw. wurden.

Die ersten beiden Forschungsunterfragen lassen sich als Kern der vorliegenden Arbeit verstehen. Dazu ergänzt wird eine dritte Unterfrage mit geringerer Gewichtung, die primär zur Kontextualisierung und Diskussion der Ergebnisse der ersten beiden Unterfragen dient.

3. Wie lässt sich mithilfe des historischen Kontextes der Großwohnsiedlungen der 1960er und 70er Jahre das heutige planerische Handeln bezüglich neuer Stadtquartiere besser verstehen?

Zur Beantwortung der dritten Unterfrage soll zunächst eine knappe Einordnung der neuen Stadtquartiere in den historischen Kontext der Großwohnsiedlungen der 1960er und 70er Jahre erfolgen. Es sollen Gemeinsamkeiten erfasst und Unterschiede in den beiden Entwicklungen herausgestellt werden. Ergebnis dieser Unterfrage soll sein, das heutige Planungshandeln besser verstehen zu können, indem der Frage nachgegangen wird, wie sich der Problemdiskurs und die planerische Praxis bezüglich Neubaustadtteilen geändert hat.

1.4 Aufbau der Arbeit

Anschließend an die Einleitung wird im zweiten Kapitel das methodische Vorgehen, das zur Beantwortung der Forschungsfragen dieser Arbeit dient, erläutert. Im dritten Kapitel folgt eine gezielte Auseinandersetzung mit dem Themenfeld der neuen Stadtquartiere. Aufbauend auf Fachliteratur und -berichten wird dort ein Überblick über den Forschungsstand gegeben, eine eigene Arbeitsdefinition für neue Stadtquartiere formuliert sowie die Auswahl der Fallbeispiele getroffen, die im Zuge dieser Arbeit fokussiert analysiert werden. Das vierte Kapitel stellt die Ergebnisse der Analysen dieser Arbeit dar, wobei dort die beiden ersten Forschungsunterfragen separat auf die einzelnen Fallbeispiele bezogen werden. Im fünften Kapitel erfolgt eine Zusammenführung der Ergebnisse der einzelnen Fallbeispiele. In dieser Synthese werden die ersten beiden Forschungsunterfragen beantwortet und darauf aufbauend die dritte Forschungsunterfrage diskutiert. Das abschließende sechste Kapitel bildet mit einem inhaltlichen Fazit und einer methodischen Reflexion den Schluss der Arbeit.

2 Methodisches Vorgehen

Dieses Kapitel gibt einen Überblick über das methodische Vorgehen dieser Arbeit. Abbildung 1 verdeutlicht als Vorgehensmodell dabei die wichtigsten Schritte und angewendeten Methoden.

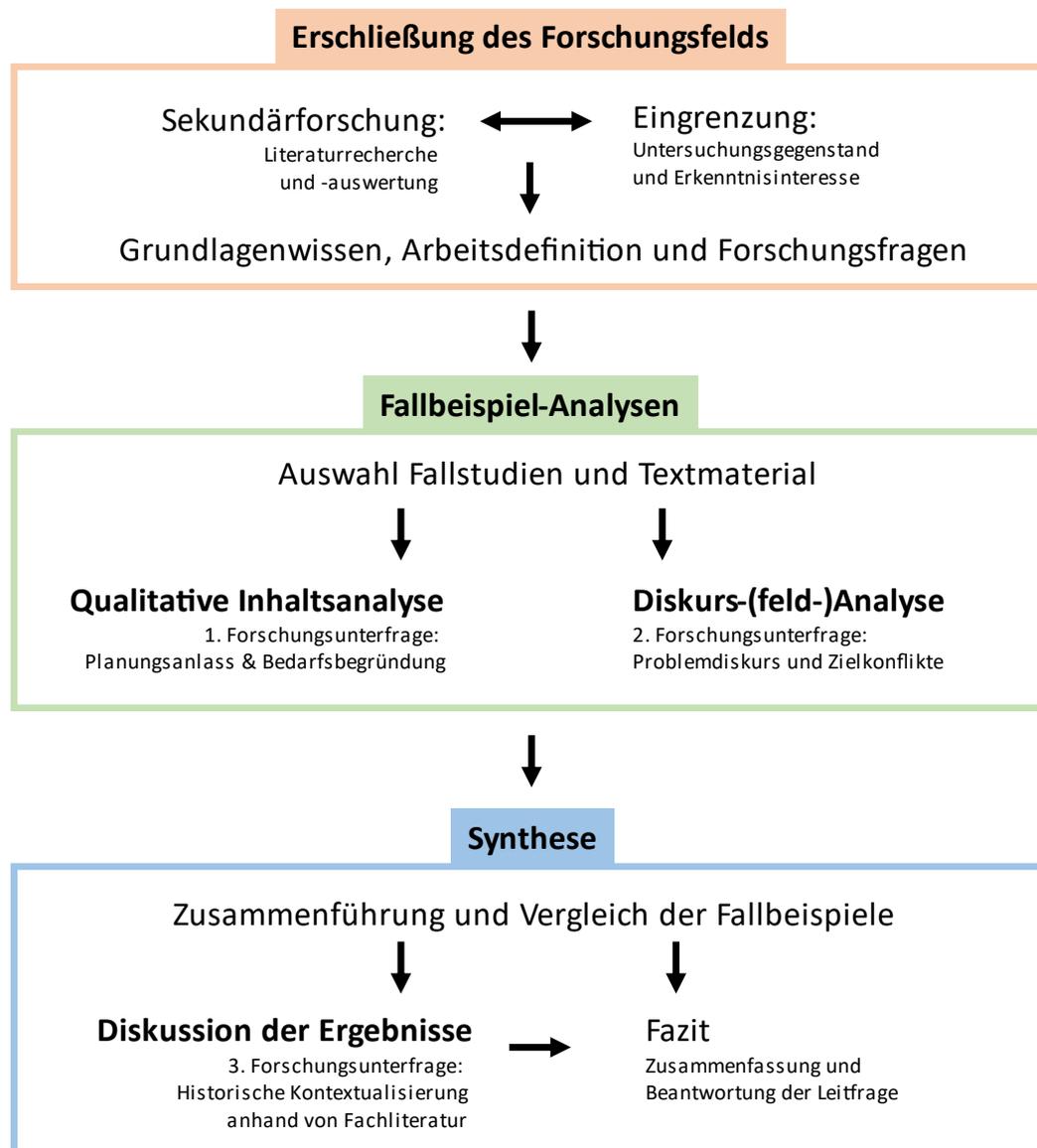


Abbildung 1: Vorgehensmodell der Arbeit (eigene Darstellung)

2.1 Literaturrecherche: Erschließung des Forschungsfeldes

Ausgangspunkt war das vorhandene Forschungsinteresse zum Thema der Stadterweiterung und der aktuellen Wohnungsfrage. Zum Erschließen des Forschungsfeldes rund um neue Stadtquartiere wurde zunächst eine Literaturrecherche und -auswertung betrieben. Als Quellen wurden hierfür primär peer-reviewte Journal-Artikel, Buchkapitel und Berichte von Forschungsinstituten genutzt. Diese Sekundärforschung diente zur Exploration des Untersuchungsgegenstandes. Aufbauend darauf konnte das Themenfeld und Erkenntnisinteresse allmählich in einem iterativen Prozess der Eingrenzung und Exploration klarer definiert werden. Das primäre Erkenntnisinteresse ist, herauszufinden, welche Bedarfsbegründungen und Konflikte im Problemdiskurs um ausgewählte neue Stadtquartiere angeführt werden. Die

Forschungsleitfrage und die dazugehörigen Unterfragen, die bereits in Kapitel 1.3 erläutert wurden, dienten dabei als Ausgangspunkt zur weiteren Strukturierung der Arbeit.

Nach der erfolgten Eingrenzung der Forschungsrichtung und Formulierung der Forschungsfragen konnte sich vertieft in das Thema der neuen Stadtquartiere eingearbeitet werden. Es wurde der Forschungsstand zum Thema untersucht und ausgehend davon grundlegendes Wissen aus der Literatur zusammengefasst, was sich zu Beginn von Kapitel 3 wiederfinden lässt. Teil dessen war auch die Suche nach einer Definition für neue Stadtquartiere. Basierend auf der Fachliteratur wurde daher eine eigene Arbeitsdefinition formuliert. Diese wiederum diente zur Auswahl von vier Fallbeispielen – also vier neuen Stadtquartieren in Deutschland –, die zur Bearbeitung der Forschungsfragen genutzt wurden. Im Folgenden wird das konkrete methodische Vorgehen für die Bearbeitung der drei Forschungsunterfragen genauer erläutert.

2.2 Qualitative Inhaltsanalyse: erste Unterfrage

Zur Beantwortung der ersten Forschungsunterfrage „Wie wird die Wohnungsfrage von den Städten dargestellt und inwiefern werden daraus Handlungsbedarfe abgeleitet?“ wurde eine qualitative Inhaltsanalyse durchgeführt. Diese Methode bietet sich für diesen Teil der Arbeit an, da es hier das Ziel war, Textmaterial systematisch und zielgerichtet auf dessen Inhalt hin zu untersuchen. Ergebnis sollte letztendlich eine verknäppte Darstellung der Aussagen sein, die von städtisch-planerischer Seite in Dokumenten und Medien zur Bedarfsbegründung und zum Planungsanlass der untersuchten neuen Stadtquartiere getroffen werden. Was für Textmaterial konkret analysiert wurde, wird am Ende dieses Unterkapitels klargestellt.

Margrit Schreier stellt in einem Systematisierungsversuch der qualitativen Inhaltsanalyse dar, dass in der Wissenschaft kein klarer Konsens darüber herrscht, was ‘die’ qualitative Inhaltsanalyse ist (vgl. Schreier, 2014, S. 2). Als Kern lässt sich jedoch ausmachen, dass es sich bei ihr um eine Auswertungsmethode handelt, die Texte mithilfe von Kategorisierungen systematisch und regelgeleitet analysiert (vgl. Mayring & Fenzl, 2019, S. 634; Stamann et al., 2016, S. 3). Aufgrund der unklaren definitorischen Abgrenzung, was unter einer qualitativen Inhaltsanalyse verstanden wird, empfiehlt die Fachliteratur in Forschungsarbeiten jeweils explizit das eigene methodische Vorgehen auszuführen (vgl. Stamann et al., 2016, S. 6). Im Folgenden wird daher anhand wissenschaftlicher Literatur erläutert, wie diese qualitative Inhaltsanalyse konkret durchgeführt wurde.

Die Auswertung des Materials erfolgt in dieser Arbeit für die erste Forschungsunterfrage grob nach dem Vorbild der Methode der inhaltlich-strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse (vgl. Schreier, 2014, S. 5ff.) in einer für das Vorhaben angepassten Form. Hauptmerkmal dieser Form der qualitativen Inhaltsanalyse ist es, dass verschiedene Texte oder Interviews auf bestimmte inhaltliche Aspekte hin untersucht werden und diese ausgewählten Aspekte die Grundstruktur für das Kategoriensystem – auch Codeset genannt – bilden (vgl. ebd., S. 5). Sonstige inhaltliche Merkmale und Themen, die nicht Teil des Erkenntnisinteresses sind, werden bei dieser Form der Inhaltsanalyse weitestgehend außer Acht gelassen (vgl. ebd.). Für die Bearbeitung der ersten Forschungsunterfrage bedeutet dieses Verfahren, dass mithilfe von Kodierungen das ausgewählte Textmaterial hinsichtlich der Bedarfsbegründung und der weiteren in Kapitel 1.3 erläuterten Dimensionen der ersten Forschungsunterfrage systematisch ausgewertet wurden. Gleichzeitig war es bei der Bearbeitung der ersten Forschungsunterfrage das Ziel, als Ergebnis eine deutliche Verdichtung des relevanten Inhalts aus dem untersuchten Material zu erreichen.

In der Fachliteratur herrschen verschiedene Ansichten darüber, wie beim Verfahren der (inhaltlich-strukturierenden) qualitativen Inhaltsanalyse die Kategorien des oder der Codesets gebildet werden. Konkret gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, ob, zu welchen Anteilen und in welcher Abfolge das Kategoriensystem induktiv oder deduktiv gebildet wird (vgl. Schreier, 2014, S. 8). Für die qualitative Inhaltsanalyse, die zur Bearbeitung der ersten Forschungsunterfrage diente, bildete sich das Kategoriensystem aus der Fragestellung bzw. aus dem damit verbundenen Erkenntnisinteresse heraus. Dies ist vergleichbar mit Oberkategorien, die sich aus einem Interviewleitfaden ergeben, und kann somit selbst ohne konkreten Theoriebezug als deduktiv bezeichnet werden, da mithilfe dieser leitenden Fragen das Forschungsinteresse explizit erläutert wird (vgl. Stamann et al., 2016, S. 8). Diese Kategorien des ersten Codesets wurden somit unabhängig vom zu untersuchenden Material gebildet.

Kategorien	Definition/Notizen	Beispiele
Anlass der Planung	Begründungen für die Planung bzw. Errichtung des neuen Stadtquartiers; Begründung für den Bedarf von Neubau; Planungsanlass für Stadterweiterung	„Mit dem steigenden Wohnraumbedarf besteht eine erhöhte Dringlichkeit zur Schaffung neuer Wohnbauflächen.“
Bestehende Wohnraum-situation	Informationen und Formulierungen, die die Wohnraumsituation und den Wohnungsmarkt in der Stadt beschreiben	„Die Anspannung am Berliner Wohnungsmarkt hat in den vergangenen Jahren weiter zugenommen.“
Wohnen im Fokus der Planung	Angaben zu wohnungspolitischen Zielen beim neuen Stadtquartier; Anzahl der geplanten Wohneinheiten; Rolle sonstiger Nutzungen (neben Wohnen)	„Z[iel] 1: Schaffung von bedarfsgerechtem und bezahlbarem Wohnraum für eine vielfältige Bewohner*innenschaft [...]“
Erwartete Wirkung	Prognosen und Einschätzungen über die Wirkung des neuen Stadtquartiers für den städtischen Wohnungsmarkt	„Der neue Stadtteil Dietenbach ist zentraler Schlüssel zur Entspannung des Wohnungsmarkts und zur Bekämpfung der bestehenden Wohnungsnot.“
Sonstiges	Wichtiges und Interessantes zur ersten Forschungsfrage, was keiner Kategorie eindeutig zugeordnet werden kann	„Freiham im Münchner Westen zählt zu den wichtigsten Projekten der Stadtentwicklung der Landeshauptstadt München. Aufgrund seiner Größe und Lage hat das Gebiet stadtweite Bedeutung und ist für die Münchner Bevölkerung von großem Interesse.“

Abbildung 2: Erstes Codeset zur Beantwortung der ersten Forschungsunterfrage (eigene Darstellung)

Untersucht wurden Dokumente und Medien, die von der Stadt zu dem jeweiligen neuen Stadtquartier veröffentlicht wurden und an die gesellschaftliche Öffentlichkeit gerichtet sind. Voraussetzung für die Auswahl war, dass sich aus dem Titel und dem Inhaltsverzeichnis bzw. der Struktur herauslesen ließ, dass das Dokument oder Medium potenziell Aufschluss über das Erkenntnisinteresse bieten kann. Zu diesen Dokumenten zählten etwa Informationsbroschüren und Dokumentation von Beteiligungsveranstaltungen; als Medien waren vor allem städtische Informationswebseiten zu dem jeweiligen neuen Stadtquartier relevant. Um den Rahmen der Arbeit nicht zu sprengen, wurde lediglich eine Auswahl an aussagekräftigen Material für die Analyse einbezogen, wobei auf verschiedene Dokumenten- und Medientypen für jedes neue Stadtquartier geachtet wurde. Untersucht wurde das Material in diesem Arbeitsschritt lediglich auf Aussagen der Verwaltung bzw. der für die Planung verantwortlichen Personen hin, da für die erste Forschungsunterfrage von Interesse war, inwiefern die Stadt die Wohnraumsituation darstellt und den Planungsbedarf für das neue Stadtquartier begründet.

Schließlich galt es noch weitere Regeln zur Kodierung aufzustellen (vgl. Mayring & Fenzl, 2019, S. 636). Als Kodiereinheit (der kleinste einer Kategorie zuordenbare Materialbestandteil) wurden einzelne Phrasen und Teilsätze bestimmt. Als Kontexteinheit zum Verständnis der Kodierentscheidung konnte der ganze Absatz, in dem sich die kodierte Einheit befindet, betrachtet werden. Als Auswertungseinheit galten alle ausgewählten Dokumente und Medien, die von städtischer Seite veröffentlicht wurden. Derselben Auswertungseinheit mehrere Kategorien zuzuordnen (auch Mehrfachkodierung genannt), wurde erlaubt. Zur Durchführung der qualitativen Inhaltsanalyse wurde das Programm MAXQDA genutzt.

2.3 Diskurs-(feld-)Analyse: zweite Unterfrage

Zur Bearbeitung der zweiten Forschungsunterfrage „Welche die neuen Stadtquartiere betreffenden Themen werden im öffentlichen Diskurs problematisiert und wie rechtfertigen die Verwaltungen in Anbetracht auftretender inhaltlicher Konflikte ihre Planungsvorhaben?“ wurden Methoden der qualitativen Inhaltsanalyse und der Diskursforschung angewandt. Dies eignet sich für diese Frage, da hier vertieft in den Diskurs eingestiegen werden sollte. Zur Analyse von inhaltlichen Konflikten ist die Beachtung unterschiedlicher Standpunkte notwendig, weshalb bei der Diskursanalyse nicht nur Angaben der planerischen Seite, sondern auch Aussagen von Bürger:innen, Protestinitiativen und Medien untersucht wurden. Eine Diskursanalyse bietet sich zudem an, da sich im Rahmen dieser Arbeit und dieses Arbeitsschrittes „auf für die Öffentlichkeit publizierte Medientexte“ (Averbeck-Lietz, 2019, S. 95) bezogen wird.

Basis für das methodische Vorgehen zur Beantwortung der zweiten Forschungsunterfrage war erneut eine inhaltlich-strukturierende qualitative Inhaltsanalyse. Diese wurde allerdings im Hinblick auf das Erkenntnisinteresse dieser Unterfrage abgewandelt, sodass ein neues, zweites Codeset erstellt wurde. Einige Kategorien davon ergaben sich deduktiv aus dem Erkenntnisinteresse der zweiten Forschungsfrage, z.B. die Rolle von diskutierten Alternativen zum neuen Stadtquartier. Erweitert wurde das Codesystem durch die induktive Kategorienbildung, also durch das Ergänzen und Ableiten von Kategorien während des Analyseprozesses durch relevante Erkenntnisse aus dem untersuchten Material. Diese kombinierte Anwendung von deduktiven und induktiven Ansätzen zur Bildung des Kategoriensystems wird häufig für die qualitative Inhaltsanalyse genutzt (vgl. Averbeck-Lietz, 2019, S. 88).

Kategorien	Definition/Notizen	Beispiele
Klima	<p>Äußerungen (Kritik, Stellungnahmen, Rechtfertigungen) zur Behandlung des Themas Klima beim neuen Stadtquartier;</p> <p>Stichworte: Vereinbarkeit mit Klimaschutzzielen, Auswirkungen von neuem Stadtquartier auf Klima;</p> <p>Klima im Sinne von: Klimaschutz, Klimawandelanpassung, Lokalklima</p>	<p>„[...] die Entwicklung sollte von negativen Wirkungen auf das Klima entkoppelt werden.“</p> <p>„Contra: [...] Jede Menge CO2 durch die Realisierung des Projektes“</p>
Flächenverbrauch und Versiegelung	<p>Äußerungen (Kritik, Stellungnahmen, Rechtfertigungen) zur Behandlung der Themen Flächenverbrauch und Bodenversiegelung beim neuen Stadtquartier</p>	<p>„Es gilt, den Flächenverbrauch so gering wie möglich zu halten. Im Gebiet vorhandene und bereits versiegelte Flächen sind nach Möglichkeit wieder zu nutzen statt neu zu versiegeln.“</p>
Natur und Landschaft	<p>Äußerungen (Kritik, Stellungnahmen, Rechtfertigungen) zur Behandlung der Themen Natur und Landschaft beim neuen Stadtquartier;</p> <p>Stichworte: Naturschutz, Landschaftsschutz, ökologische Wertigkeit und Verträglichkeit, Ausgleichsmaßnahmen</p>	<p>„Die Planung beruht auf überholten Prognosen und wäre mit unwiederbringlichen Verlusten bei Natur, Landwirtschaft und Böden verbunden.“</p> <p>„Mit der Entwicklung ist natürlich ein Eingriff in die Natur und Landschaft verbunden. Diese Naturverluste werden aber durch Ausgleichs- und Vermeidungsstrategien so gering wie möglich gehalten.“</p>
Verdichtetes Bauen und Menge an Wohnungen	<p>Äußerungen (Kritik, Stellungnahmen, Rechtfertigungen) zur vorgesehenen Dichte und der Menge an Wohnungen beim neuen Stadtquartier;</p> <p>besonderer Fokus auf Konflikte zwischen Peripherie und Dichte</p>	<p>„Hier wurden während des gesamten Prozesses die Forderung laut, dass der in der Ausschreibung abgefragte Prüfauftrag von 2.400 - 3.000 Wohneinheiten (WE) für das Gebiet nicht angemessen sei und die Anzahl der Wohneinheiten maximal auf Ortsverträgliche 1.000 WE begrenzt werden sollten.“</p> <p>„Zur Sicherung einer sozialen Mischung im neuen Quartier sollen Mehrfamilienhäuser als verdichtete Gebäudetypen für verschiedene Preissegmente vorgesehen werden.“</p>
Verkehr	<p>Äußerungen (Kritik, Stellungnahmen, Rechtfertigungen) zu Verkehrskonzepten,</p>	<p>„Die Bürgervereinigung fordert, die Planung des zweiten Realisierungsabschnitts von Freiham zu stoppen. Zuerst müsse der</p>

	verkehrlichen Auswirkungen auf das Umland, und Verkehrswende in Relation zum neuen Stadtquartier	öffentliche Nahverkehr so ertüchtigt werden, dass die Nutzung des Autos unattraktiv werde.“
Alternativen	Rolle von Alternativen zum neuen Stadtquartier; Erwähnungen, Begründungen und Forderungen zu: alternative Orte/Konzepte/Formen der Wohnraumschaffung; Infragestellung der Stadterweiterung; Alternativlosigkeit	„Alternative 2: Aufstocken, Dachausbau und Parkplätze überbauen [...]“ „Im Ergebnis ist die Entwicklung des neuen Stadtteils Dietenbach zur Deckung des in der Stadt Freiburg vorhandenen und prognostisch weiter bestehenden erhöhten Bedarfs an Wohnstätten erforderlich, so dass die sog. „Nullvariante“, d.h. die Nicht-Durchführung des Vorhabens nicht in Betracht kommt.“
Beteiligung	Rolle von Beteiligung für Vorbeugen von Protesten, zur Erhöhung der Akzeptanz; Kritik an Beteiligungsformaten	„Aufgrund des hohen Interesses und Informations- und Diskussionsbedarfs der Anwohner*innen und weiterer Akteur*innen wurde nach Abschluss des Gutachter*innenverfahrens eine Beteiligungsphase zur Entwicklung des Masterplans ergänzt [...]
Grundsatzkritik	grundsätzliche Kritik an Wohnungsneubau, Stadterweiterung sowie Bedarf des Baus eines neuen Stadtquartiers	„Ein neuer Stadtteil wird das Problem der hohen Mieten nicht lösen, sondern es verschärfen.“ „Auch die Flächen Freiburgs sind endlich. Die Wachstumsgrenze ist bereits überschritten!“
Spezifisch lokale Themen	Äußerungen (Kritik, Stellungnahmen, Rechtfertigungen) zu spezifisch lokalen Themen beim neuen Stadtquartier	„Beklagt wurde im Zusammenhang mit der Feststellung, dass sich die Wohnqualität im Stadtteil Neuaubing immer mehr verschlechtere, dass aktuell in Freiham eine Trabantenstadt entstehe, die weitere Stadtteilprobleme aufwerfe.“ „Unsere Forderungen: Dauerhafter Verbleib der Kinder- und Jugendprojekte Moorwiese, Wilde Welt und Waldkind am jetzigen Standort [...]“
Sonstiges	Wichtiges und Interessantes zur zweiten Forschungsfrage oder dem Forschungsanliegen allgemein, was keiner Kategorie zugeordnet werden kann	„Das Missverhältnis zwischen Gemeinderatsentscheidung und Bürgermeinung ist einer der Gründe, die uns veranlasst haben, auf einen Bürgerentscheid hinzuwirken.“

Abbildung 3: Zweites Codeset zur Beantwortung der zweiten Forscherunterfrage (eigene Darstellung)

Dieses inhaltsanalytische Grundgerüst soll in eine diskursforschende Analyse eingebettet werden. Die Verwandtheit bzw. die Kombinierbarkeit von diskursanalytischen und inhaltsanalytischen Methoden wird in der Fachliteratur häufig herausgestellt (vgl. Averbek-Lietz, 2019; Krippendorff, 2004, S. 22f.; Ludwig-Mayerhofer, o. J., S. 2; Schreier, 2014, S. 2), wobei insbesondere der Nutzen von inhaltlichen Kategorisierungen als Ausgangspunkt für Diskursforschung hervorgehoben wird. Die Diskursanalyse geht über die qualitative Inhaltsanalyse in dem Sinne hinaus, dass die Materialien in einem größeren Kontext gesehen werden. Dies bedeutet unter anderem, dass Texte untereinander in Beziehung gesetzt (vgl. Ludwig-Mayerhofer, o. J., S. 18), verschiedene sich äußernde Akteur:innen und deren Positionen beachtet (vgl. ebd.) sowie größere gesellschaftliche Zusammenhänge miteinbezogen werden (vgl. Keller, 2011, S. 83f.). Die Diskursanalyse fragt damit neben dem „Was“ zusätzlich nach dem „Warum“ und „Wie“ (vgl. Averbek-Lietz, 2019, S. 92).

Die in dieser Arbeit durchgeführte Diskursanalyse sollte stets inhaltsbezogen sein, weshalb sprachlich-rhetorische Mittel größtenteils außer Acht gelassen wurden. Diskursforschende Fragen, die sich im Rahmen dieser Arbeit anbieten und verfolgt wurden, sind...

...zu einzelnen Äußerungen und Segmenten (vgl. Jahn & Lux, 2009, S. 20f.):

- Wer trifft diese Äußerung und warum?
- In welchem Medium erscheint diese Äußerung?
- Stimmen Autor:in der Aussage und Herausgeber:in des Mediums überein?
- Wenn nein, was bedeutet das für die Einordnung der Aussage?
- Zu welchem Zeitpunkt wird diese Äußerung getroffen?

...zu Zusammenhängen innerhalb einer Diskursarena:

- Was sind die zentralen Themen? (vgl. td Academy, 2019, S. 12)
- Wer sind die zentralen Akteur:innen und wie positionieren sie sich zu den Themen? (vgl. ebd.)
- Wer kommt nicht zu Wort?
- Welche Argumente sind strittig und welche unstrittig? (vgl. Jahn & Lux, 2009, S. 11)
- Was gilt für wen als legitim, wahr und sagbar? (vgl. ebd., S. 9)
- Welche (Folge-)Wirkungen haben einzelne Äußerungen im Diskurs? (vgl. Jäger, 2019, S. 65f.)
- Welche diskursiven Ereignisse, also den Diskurs grundlegend verändernden Ereignisse, gibt es? (vgl. ebd., S. 74)
- Welche Äußerungen führen zu praktischen Handlungen? (vgl. ebd., S. 15; td Academy, 2019, S. 12)
- Wie äußern sich Machtdynamiken in der Diskursarena? (vgl. Jäger, 2019, S. 63ff.)
- Ändern sich Meinungen und Äußerungen von Akteur:innen im zeitlichen Verlauf? (vgl. Jahn & Lux, 2009, S. 11f.)

Dazu ist weiteres diskursanalytisches Vokabular für die Strukturierung des methodischen Vorgehens hilfreich. Als Diskursfeld wird der oberste thematische Zusammenhang, der betrachtet wird, bezeichnet (vgl. Jahn & Lux, 2009, S. 11), worunter in dieser Arbeit (bzw. bezüglich der zweiten Forschungsunterfrage) das Oberthema „Konfliktthemen um neue Stadtquartiere“ zu verstehen ist. Die spezifischen Orte oder Kontexte, in denen diese Diskurse stattfinden, nennen sich Diskursarenen (vgl. ebd.). Für diese Arbeit lassen sich die einzelnen Fallbeispiele und deren lokal spezifische öffentlich-mediale Auseinandersetzung als Diskursarenen verstehen. Das Diskursfeld lässt sich für jede Diskursarena zudem immer in konkrete Unterthemen einteilen, die

innerhalb dieser bedeutend sind, welche als Diskursstränge bezeichnet werden (vgl. Jahn & Lux, 2009, S. 11). Diese Diskursstränge definieren sich durch einen eigenen thematischen Kern, können sich aber auch überlappen und untereinander verflochten sein (vgl. ebd.). Die Diskursstränge wurden in dieser Arbeit im Anschluss an die Kodierung mithilfe des Codesets gebildet und unterscheiden sich für jede Diskursarena (also jedes Fallbeispiel), da verschiedene Themen für jedes neue Stadtquartier relevant sind und dort in unterschiedlichen Zusammenhängen diskutiert werden.

Dieses Vokabular und diese Systematisierungsweise entspringt der Methode der Diskursfeldanalyse. Diese zielt darauf ab, die Positionen unterschiedlicher Akteur:innen und Umstrittenheit von Wissen zu untersuchen (vgl. Jahn & Lux, 2009, S. 12f.). „Umstrittenheit von Wissen“ ist hierbei im Übrigen so zu verstehen, dass untersucht wird, welche Argumente von welchen Akteur:innen als „legitim, richtig oder wahr angesehen werden“ (ebd., S. 9). Die klassische Diskursfeldanalyse setzt sich eigentlich mit den unterschiedlichen Perspektiven und der Umstrittenheit von Wissen zwischen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Gruppen auseinander (vgl. ebd., S. 7; td Academy, 2019, S. 12) und blickt auf größere nationale und internationale Debatten (vgl. Jahn & Lux, 2009, S. 16). Diese beiden Punkte sind zwar nicht auf diese Arbeit unmittelbar zutreffend, jedoch eignen sich Bestandteile dieser Methode, um die verschiedenen Argumente im Problemdiskurs zu analysieren – mit dem Unterschied, dass hier nicht die Umstrittenheit zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, sondern primär Verwaltung und Gesellschaft betrachtet wird. Da Bestandteile verschiedener diskursforschender Ansätze für diese Arbeit kombiniert genutzt wurden und keine einzelne Methode passgenau zum Vorhaben passt, wird dieser Arbeitsschritt übergreifend als „Diskurs-(feld-)Analyse“ betitelt.

Wie für die erste Forschungsunterfrage werden auch zur Bearbeitung der zweiten Forschungsunterfrage für jedes der ausgewählten neuen Stadtquartiere die Dokumente und Medien, die von städtisch-planerischer Seite bereitgestellt werden, untersucht. Darunter fallen formelle Dokumente, wie etwa Begründungen von Bebauungsplänen, Änderungen von Flächennutzungsplänen, sowie informelle Dokumente und Medien, wie u.a. Rahmen- und Masterpläne, Dokumentationen von Bürgerbeteiligungsveranstaltungen und städtische Informationswebseiten, wobei nicht alle Medientypen für alle Fallbeispiele vorhanden sind bzw. verwendet werden. Von besonderem Interesse sind die informellen Dokumente und Medien, da diese an die breite Öffentlichkeit gerichtet sind und sich teilweise explizit auf Kritik an den Planungsvorhaben beziehen.

Im Unterschied zur ersten Forschungsfrage werden bei diesem Arbeitsschritt zusätzlich die Äußerungen, Meinungen und Stellungnahmen, die nicht von städtisch-planerischer Seite getroffen wurden, zur Analyse genutzt. Dazu zählt etwa Kritik von Bürger:innen, die von der Verwaltung im Zuge einer Beteiligungsveranstaltung dokumentiert und wiedergegeben wurde. Die Analyse anhand dieser Dokumente und Medien bietet sich an, da in den letzten Jahrzehnten die Öffentlichkeitsbeteiligung deutlich an Bedeutung gewonnen hat und ausgedehnt wurde (vgl. Freudenauf et al., 2021, S. 70). Da davon ausgegangen werden kann, dass die Behandlung von inhaltlichen Konflikten im Sinne der demokratischen Legitimation dort gezwungenermaßen behandelt werden muss, sollen die dargestellten Texte somit einen geeigneten Einblick in den Problemdiskurs um konkrete neue Stadtquartiere erbringen.

Darüber hinaus wird der Korpus an zu untersuchenden Dokumenten und Medien für diesen Arbeitsschritt noch erweitert. Um Konflikte, Verhandlungsdiskussionen und problematisierte Abwägungsbelange offenzulegen, wird hier auch vertieft die mediale Debatte und die Seite der

Kritiker:innen der jeweiligen neuen Stadtquartiere untersucht. Dafür wurden etwa Artikel aus lokalen Tageszeitungen oder eigene Webseiten von Bürger:inneninitiativen und Vereinen untersucht. Die Analyse fokussiert sich somit auf die Diskursebenen (vgl. Jäger, 2019, S. 75) Medien und Verwaltung, wobei bei letzterem lediglich die an die Öffentlichkeit gerichteten Dokumente von Interesse waren. Zudem muss klargestellt werden, dass lediglich online auffindbare Materialien für die Analyse genutzt wurden.

Der Großteil des zu untersuchenden Textmaterials wurde im Vorfeld der Bearbeitung festgelegt, jedoch wurde der Korpus im Verlaufe der Forschung erweitert, wenn zusätzliche Einblicke in den Diskurs erforderlich schienen. Diese Ergänzung (oder auch Einschränkung) des Materialkorpus während der Bearbeitung ist in der Diskursforschung durchaus möglich (vgl. Traue et al., 2022, S. 636). Der gesamte Korpus an Dokumenten und Medien, der für die Analysen genutzt wurde, findet sich als Dokumentenverzeichnis im Anhang, dem Literaturverzeichnis nachgestellt.

2.4 Historische Kontextualisierung: dritte Unterfrage

Die dritte Forschungsunterfrage „Wie lässt sich mithilfe des historischen Kontextes der Großwohnsiedlungen der 1960er und 70er Jahre das heutige planerische Handeln bezüglich neuer Stadtquartiere besser verstehen?“ lässt sich, wie im Unterkapitel 1.3 bereits erläutert, als untergeordnete Fragestellung verstehen. Es besteht kein Anspruch, die Frage abschließend und allumfassend zu beantworten; die Frage dient aber zur Kontextualisierung und als Medium zur Diskussion der zuvor erarbeiteten Ergebnisse. Die Beantwortung der dritten Forschungsunterfrage erfolgt daher auch nicht nach einem so komplexen methodischen Gerüst wie die der ersten beiden. Es geht hier vielmehr darum, die Ergebnisse der vorherigen Unterfragen mithilfe von Fachliteratur zu diskutieren, wobei die historische Kontextualisierung mit den Großwohnsiedlungen der 1960er und 70er Jahre im Vordergrund stand. Die historische Kontextualisierung mit Großwohnsiedlungen der 1960er und 70er Jahre kann somit in gewisser Weise als Erweiterung des diskursiven Kontextes betrachtet werden, vor dem die neuen Stadtquartiere analysiert werden – „[v]or dem Hintergrund, dass Diskurse immer auch eine Geschichte haben [...]“ (Jäger, 2019, S. 77).

3 Grundlagen: Neue Stadtquartiere

In diesem Kapitel soll ein einheitliches Verständnis über die zentrale Begrifflichkeit des Forschungsanliegens dieser Arbeit – neue Stadtquartiere – geschaffen werden. Daher wird im Folgenden ein Einblick in den Forschungsstand und die Behandlung des Begriffes in der Fachliteratur gegeben sowie Grundlagenwissen zu den neuen Stadtquartieren vermittelt. Anschließend folgt eine eigene Arbeitsdefinition, abgeleitet aus den zuvor dargestellten wissenschaftlichen Quellen. Aus dieser werden dann im Folgenden Fallbeispiele begründet ausgewählt, die für die weitere Analyse innerhalb dieser Arbeit dienen.

3.1 Forschungsstand

Philipp Feldmann datiert den Beginn der wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit „neuen Stadtquartieren“ in Deutschland – im Sinne von Gewerbe- und Verkehrskonversionsflächen – auf die 1980er Jahre, wobei lange Zeit die Untersuchung von Einzelbeispielen die Fachdiskussion dominiert haben sollte (vgl. Feldmann, 2009, S. 62). Heute wird der Begriff der „neuen Stadtquartiere“ in der aktuellen Forschung primär vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) geprägt. Das BBSR untersucht das Phänomen der neuen Stadtquartiere seit 2004 und veröffentlichte dazu erste Analysen im Jahr 2007 (vgl. Breuer & Schmell, 2007). Anlass dafür war ein fehlender Überblick über die neu entstehende Generation an Stadtquartieren, da sich bis dahin in der Forschung auf Einzelbeispiele konzentriert wurde (vgl. ebd., S. 6). Die Forschungen wurden seitdem vom BBSR systematisch fortgeführt (vgl. Breuer & Schmell, 2012; Freudenau et al., 2021) und bilden den vermutlich wichtigsten und meistreferenzierten Ansatzpunkt in der Literatur zum Thema der neuen Stadtquartiere, wie im Folgenden ausgeführt wird.

Das BBSR definiert neue Stadtquartiere als solche, die (1) nach 1990 gebaut, (2) mehr als 500 Wohneinheiten oder über 1.000 Einwohner:innen haben oder bei ausreichender Wohnfunktion größer als 10 Hektar sind und (3) mit einem einheitlichen städtebaulichen Konzept geplant und erbaut wurden (vgl. Freudenau et al., 2021, S. 17). Diese Definition dient in der Literatur zum Thema oft als Bezugspunkt: So wird die Definition teilweise übernommen, abgewandelt und in Vergleich mit der Definition des BBSR gesetzt – die Bundestransferstelle Stadtumbau (vgl. 2020, S. 3f.) spricht beispielsweise von geringeren quantitativen Anforderungen in ihrer Untersuchung als beim BBSR, ohne diese weiter zu definieren – oder lediglich angeführt, um die generelle Problematik der Definierbarkeit von „Quartieren“ darzustellen (vgl. Naumann & Nadler, 2023, S. 143).

Eine andere wissenschaftliche Untersuchung zur Erfassung neuer Stadtquartiere definiert als „neues Stadtquartier bzw. größere Wohngebietsentwicklung“ alle Gebiete, die (1) hauptsächlich der Wohnnutzung dienen, (2) nach 1990 fertiggestellt wurden, (3) sich über mindestens 4 Hektar Fläche erstrecken und (4) mit einem einheitlichen Planungskonzept erbaut wurden (vgl. Spars & Guhl, 2021, S. 85), wobei auch für diese Untersuchung die Forschungen des BBSR seit 2004 als Ausgangspunkt dienen (vgl. ebd., S. 83). Bis auf die geringere Mindestgröße der Fläche und fehlender Mindestzahl an Wohneinheiten gleicht diese Definition aber ebenso der des BBSR.

Es findet sich zudem Fachliteratur, die den Begriff „neue Stadtquartiere“ verwendet, ohne ihn klar zu definieren, da er lediglich zur losen Umschreibung aktueller Planungs- oder Neubauvorhaben in Städten verwendet wird (vgl. z.B. Simon-Philipp & Kuhn, 2015). Eine andere wissenschaftliche Arbeit aus der Immobilienökonomie benutzt den Begriff ebenso lose, grenzt ihn aber dahingehend

ein, dass dort lediglich innenstadtnahe Konversionsgebiete als „neue Stadtquartiere“ verstanden werden (vgl. Feldmann, 2009, S. 60). Der uneinheitliche Gebrauch des Begriffes wird auch dadurch begünstigt, dass bereits der Begriff „Quartier“ nicht überall identisch verwendet wird oder abschließend definiert ist (vgl. ebd., S. 58; Naumann & Nadler, 2023, S. 143). Hier gibt es zwei Hauptperspektiven in der Fachliteratur: die der „räumlich-quantitativen Definition“ und die „sozial-räumliche Definition“ (Heyder et al., 2012, S. 197f.). Die zuvor angeführten Definitionen von neuen Stadtquartieren lassen sich der Gattung der räumlich-quantitativen Definition zuordnen, da primär mithilfe von numerischen Mindestgrößen die neuen Stadtquartiere ab- und eingegrenzt werden. Die sozial-räumliche Sichtweise auf neue Stadtquartiere eignet sich nicht für die Betrachtung innerhalb dieser Arbeit, da hier Vorhaben im Planungsstadium oder Bau im Fokus stehen, bei denen noch nicht von einem örtlichen sozialen Wirkungsgefüge die Rede sein kann. Es lässt sich somit festhalten, dass „neue Stadtquartiere“ nicht als ein fester oder einheitlich verwendeter Begriff in der Literatur bezeichnet werden kann. All die aufgezeigten definitorischen Schwierigkeiten und Offenheiten bezüglich neuer Stadtquartiere unterstreichen die Bedeutung einer eigenen Definition für die Verwendung innerhalb dieser Arbeit, die im folgenden Unterkapitel 3.2 gefasst wird.

Die aktuellsten und ausführlichsten öffentlich zugänglichen Daten zu neuen Stadtquartieren stammen, wie zuvor angeschnitten, aus dem 2021 veröffentlichten Bericht des BBSR (vgl. Freudenau et al., 2021). So erhub das BBSR bis dahin „751 neue Stadtquartiere in 263 Kommunen“ (ebd., S. 17). Dabei muss allerdings beachtet werden, dass sich bei diesem Forschungsprojekt auf Mittel- und Großstädte konzentriert wurde, weshalb für Kleinstädte und ländliche Gemeinden eine Untererfassung erfolgt sein könnte (vgl. ebd., S. 29). Der Großteil der seit 1990 erfassten neuen Stadtquartiere befindet sich demnach in wachsenden Stadtregionen (vgl. ebd., S. 19), wobei sich die aktuellere Dynamik seit den 2010er Jahren fast ausschließlich in Westdeutschland beobachten lässt (vgl. ebd., S. 28; Altrock, 2022, S. 133). Diese neueren Beispiele der neuen Stadtquartiere seit den 2010er Jahren zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass sie verglichen mit neuen Stadtquartieren, deren Planung vor 2010 begonnen wurde, deutlich häufiger im Außenbereich von Städten entstehen (vgl. Freudenau et al., 2021, S. 31) und tendenziell flächenmäßig kleiner, aber dichter bebaut sind bzw. Wohnraum für deutlich mehr Einwohner:innen pro Hektar Gebietsfläche bieten (vgl. ebd., S. 48).

Aber selbst ohne den Begriff der „neuen Stadtquartiere“ zu verwenden, finden sich zahlreiche Untersuchungen in der Fachliteratur zu der Thematik, auf die diese Arbeit abzielt. So stellt Uwe Altrock in einem 2022 erschienenen Artikel dar, wie deutsche Großstädte seit dem 21. Jahrhundert neue „greenfield developments“ (in etwa: „Vorhaben der Außenentwicklung“) anstatt traditioneller suburbaner Stadterweiterung einsetzen, um ihren angespannten Wohnungsmarkt zu beruhigen (vgl. Altrock, 2022). Ein Hauptaspekt dieser Planungsvorhaben sei deren Dichte und urbane Form (vgl. ebd., S. 140). Daniela Zupan (vgl. 2015) untersuchte den stadtplanerischen Leitbildwechsel von der Großwohnsiedlung der 1960er Jahre bis hin zur ‚dichten und kompakten Stadt‘ ab den 90er Jahren, wozu sich auch neue Stadtquartiere zählen lassen. Demnach seien großmaßstäbliche Wohnungsneubauvorhaben in den 1990er Jahren als Reaktion auf den immigrationsbedingten Bevölkerungszuwachs in Großstädten nach den Entwurfsprinzipien Dichte, Kompaktheit und Funktionsmischung als bewusster Gegenentwurf zu den vielfach kritisierten Großwohnsiedlungen intendiert gewesen (vgl. Zupan, 2015, S. 193f.).

3.2 Arbeitsdefinition

Ausgehend von der zuvor dargelegten wissenschaftlichen Literatur soll für diese Arbeit eine eigene Definition dafür getroffen werden, was als „neues Stadtquartier“ verstanden wird. Diese Arbeitsdefinition ist wegen der unterschiedlichen Verwendungen des Begriffes in der Literatur nötig, um hier ein einheitliches und eindeutiges Verständnis zu schaffen, was mit „neuen Stadtquartieren“ innerhalb dieser Arbeit gemeint ist. Zudem dient die getroffene Definition als Ausgangspunkt für die Auswahl von Fallbeispielen, anhand derer die Forschungsfragen bearbeitet werden sollen.

Wie zuvor dargestellt, gilt bezüglich „neuer Stadtquartiere“ die vom BBSR genutzte Definition (vgl. Freudenau et al., 2021, S. 17) als gängigster Bezugspunkt in der Fachliteratur, weshalb diese als Basis genutzt werden soll:

- 1) nach 1990 gebaut
- 2) mehr als 500 Wohneinheiten oder über 1.000 Einwohner:innen oder bei ausreichender Wohnfunktion größer als 10 Hektar
- 3) nach einheitlichen städtebaulichen Konzept geplant und erbaut

Da im späteren Verlauf der Arbeit die untersuchten neuen Stadtquartiere auch im Kontext der Großwohnsiedlungen der 1960er und 70er Jahre betrachtet werden sollen, soll diese Definition dahingehend zusätzlich verschärft eingegrenzt werden. Dies gewährleistet eine bestmögliche Vergleichbarkeit der neuen Stadtquartiere mit den Großwohnsiedlungen im Zuge der Bearbeitung der dritten Forschungsunterfrage.

Mit „Großwohnsiedlungen“ (auch „Großsiedlungen“ genannt) werden Mietwohnungsbauprojekte bezeichnet, die nach 1945 in industrieller Bauweise und nach einheitlicher Planungsgrundlage meist in der Peripherie von Städten entstanden sind (vgl. Altröck et al., 2018, S. 2; Grunze, 2017, S. 31). Hinsichtlich der Größenordnung von Großwohnsiedlungen bestehen in der Fachliteratur unterschiedliche Auffassungen. Als höchste Mindestanzahl an Wohneinheiten findet sich in der Literatur die Zahl 2.500 (vgl. Grunze, 2017, S. 31). Diese 2.500 Wohneinheiten dienten in der DDR etwa als kritische Größe für die Errichtung von Nahversorgungseinrichtungen (vgl. Altröck et al., 2018, S. 2). Die zweite gängige Mindestgröße zur Definition von Großwohnsiedlungen beträgt 1.000 Wohnungen. Diese Zahl findet sich etwa bei Forschungsprojekten des BBSR (vgl. Breuer, 2015, S. 201; Zupan, 2015, S. 183) wieder oder auch bei Förderprogrammen von Bund und Ländern (vgl. Altröck et al., 2018, S. 2). Wiederum eine andere quantitative Eingrenzung findet sich im Großsiedlungsbericht 1994 der Bundesregierung, in dem teilweise schon Wohngebiete mit mindestens 500 Wohneinheiten als „Großwohnsiedlungen“ bezeichnet werden (vgl. ebd.; Die Bundesregierung, 1994, S. 34)

Da die angeführten Eingrenzungen von Großwohnsiedlungen und neuen Stadtquartieren sich ähneln, können einige Kriterien für diese Arbeit übernommen werden. Konkret betrifft das die primäre Funktion Wohnen und das einheitliche städtebauliche Konzept bzw. die einheitliche Planungsgrundlage für die Neubaugebiete. Die Mindestanzahl an Wohneinheiten wurde auf 1.000 festgesetzt – und somit doppelt so hoch wie bei der BBSR-Definition von neuen Stadtquartieren –, um die Vergleichbarkeit mit den Großwohnsiedlungen der 1960er und 70er Jahre im Zuge der historischen Kontextualisierung zu wahren. Dazu ergänzend soll die Auswahl der neuen Stadtquartiere auf die neueren Vorhaben begrenzt werden, da die Bedeutung von Stadterweiterungsvorhaben aufgrund der zunehmenden Erschöpfung der

Innenentwicklungspotenziale seit den 2010er Jahren gestiegen ist (vgl. Altröck, 2022, S. 132f.; Freudenau et al., 2021, S. 31). Wegen dieses jüngsten Bedeutungsgewinns der Außenentwicklung und im Sinne der Vergleichbarkeit mit den Großwohnsiedlungen aus den 1960er und 70er Jahren soll sich im Rahmen dieser Arbeit auch ausschließlich auf Vorhaben, die in der Peripherie von Städten entstehen, konzentriert werden. Somit lauten die Kriterien für die Fallbeispielauswahl der neuen Stadtquartiere in dieser Arbeit:

- 1) Wohnen als vorrangige Funktion
- 2) über 1.000 Wohneinheiten
- 3) einheitliche städtebauliche Konzeption
- 4) erste Planungsbeschlüsse frühestens 2010 gefasst
- 5) Vorhaben der Außenentwicklung in peripherer Lage

3.3 Auswahl der Fallbeispiele

Als Grundlage für die Auswahl der Fallbeispiele diente die zuvor ausgeführte Arbeitsdefinition für neue Stadtquartiere innerhalb dieser Arbeit: (1) Wohnen als vorrangige Funktion, (2) über 1.000 Wohneinheiten, (3), einheitliche städtebauliche Konzeption, (4) erste Planungsbeschlüsse frühestens 2010 gefasst und (5) Vorhaben der Außenentwicklung in peripherer Lage. Aus forschungspragmatischen Gründen war ein weiteres Kriterium die Verfügbarkeit online auffindbarer und aussagekräftiger Dokumente, die ausreichend Aufschluss über das neue Stadtquartier und seine Planung bieten. Ausgehend davon wurden vier Fallbeispiele ausgewählt. Diese sollen innerhalb dieser Kriterien eine diverse Bandbreite neuer Stadtquartiere abbilden, etwa in Bezug auf Größe der Stadt, Größe des Vorhabens und Stand der Planung, um eine bestmögliche Übertragbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten. Ein Anspruch, die Gesamtheit der Entwicklung neuer Stadtquartiere zu erfassen, kann jedoch nicht bestehen. Im Folgenden ist die Auswahl der vier Fallbeispiele knapp begründet dargestellt.

Berlin Buch Am Sandhaus

Buch Am Sandhaus ist ein in Planung befindliches neues Stadtquartier im äußersten Norden Berlins. Berlin hat erst seit jüngerer Zeit Probleme mit der Wohnraumversorgung und galt lange als eine Stadt mit günstigen Mieten und einem Überangebot an Wohnungen (vgl. Böhler & Kayser, 2021, S. 133) und ist deshalb von besonderem Interesse. Eine Besonderheit des neuen Stadtquartiers Buch Am Sandhaus ist, dass die Fläche bereits seit langer Zeit für den Wohnungsbau vorgesehen ist. 2019 wurde der Flächennutzungsplan aber dahingehend geändert, dass weniger Fläche bebaut und mehr Wald geschützt werden soll (vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, o. J.). Vier Jahre später erfolgte im Jahr 2023 der Beschluss der Rahmenplans, der rund 2.700 Wohneinheiten auf 57 Hektar Fläche vorsieht (vgl. ebd.). Es handelt sich somit um ein vergleichsweise kleines neues Stadtquartier.

München Freiham Nord

Freiham Nord ist ein teilweise in Planung und teilweise in Bau befindliches neues Stadtquartier am westlichen Stadtrand Münchens. Über 10.000 Wohneinheiten sind dort auf 140 Hektar geplant (vgl. Landeshauptstadt München, o. J.). Im Unterschied zu den anderen Fallbeispielen wurde bereits 2015 ein Bebauungsplan für den ersten Realisierungsabschnitt beschlossen, sodass sich Freiham Nord bereits im Bau befindet (vgl. ebd.). 2022 wurde zudem der Rahmenplan für den zweiten Bauabschnitt vorgestellt (vgl. ebd.). München ist eine Stadt, in der schon seit den 1980er Jahren der Wohnungsmarkt und die hohen Mieten ununterbrochen ein beherrschendes

kommunalpolitisches Thema sind (vgl. Böhler & Kayser, 2021, S. 131). Bemerkenswert ist, dass Freiam Nord bereits in den 1960er Jahren als sogenannte „Entlastungsstadt“ Kern planerischer Überlegungen zur Münchner Stadterweiterung war (vgl. Referat für Stadtplanung und Bauordnung, 2015, S. 63).

Freiburg Dietenbach

Dietenbach ist ein in Planung befindliches neues Stadtquartier im Westen von Freiburg im Breisgau. Freiburg lässt sich als kleinere, aber stark wachsende Groß- und Universitätsstadt bezeichnen. 6.900 Wohneinheiten für etwa 16.000 Menschen sind in Dietenbach auf 107 Hektar geplant (vgl. Stadt Freiburg, o. J.-a). Die in Relation zur Gesamtstadtgröße hohe geplante Anzahl an neuem Wohnraum ist für die Untersuchung der Bedarfsbegründung und der Konflikte im Problemdiskurs von besonderem Interesse. Im Jahr 2020 wurde der Rahmenplan für den Stadtteil beschlossen; 2022 erfolgte die erste Auslegung des Bebauungsplanes für den ersten Bauabschnitt (vgl. Stadt Freiburg, o. J.-b). Eine Besonderheit von Freiburg Dietenbach ist, dass 2019 ein Bürgerentscheid über das Vorhaben abgehalten wurde und dieser mit einem Ergebnis von 60,3% zugunsten der Planung und Bebauung endete (vgl. Badische Zeitung, o. J.).

Frankfurt Nordwest

Frankfurt Nordwest ist der Titel der Planung eines oder mehrerer neuer Stadtquartiere in Frankfurt am Main. Bis zu 6.800 Wohneinheiten sollen im Nordwesten Frankfurts auf 90 Hektar möglich sein (vgl. Stadtplanungsamt Frankfurt am Main, o. J.). Die Planung befindet sich im Unterschied zu den anderen Fallbeispielen noch in einer sehr frühen konzeptionellen Phase, in der eine Vielzahl von Bürger:innenbeteiligungsveranstaltungen durchgeführt werden. Im Unterschied zu den anderen ausgewählten neuen Stadtquartieren steht wegen des frühen Planungsstadiums noch gar nicht fest, ob Frankfurt Nordwest überhaupt planerisch umgesetzt wird, was sich auch daran ablesen lässt, dass bisher noch kein formaler Planungsschritt erfolgt ist. Eine Besonderheit Frankfurts ist der regionale Flächennutzungsplan, der für die Entwicklung neuer Stadtquartiere in der wachsenden Main-Region eine bedeutende Rolle spielt (vgl. ebd.). Hier ist von besonderem Interesse, inwiefern notwendige regionale Abstimmungen das Planungsvorhaben mit seiner Bedarfsbegründung und seinem Problemdiskurs beeinflussen.

4 Analyse der Fallbeispiele

Im Folgenden werden die Ergebnisse der in den Unterkapiteln 2.2 und 2.3 methodisch erläuterten Analysen dargestellt. Zunächst wird in Unterkapitel 4.1 auf die Bedarfsbegründung der vier neuen Stadtquartiere eingegangen. Anschließend wird der Problemdiskurs der Fallbeispiele im Hinblick auf Konfliktthemen untersucht. Dabei erfolgt in diesem Kapitel eine separate Betrachtung der vier Fallbeispiele, da bei den neuen Stadtquartieren jeweils lokal spezifische Themen bedeutend sind und verschiedene Schwerpunkte herausgestellt werden sollen. Eine Zusammenführung der Ergebnisse der unterschiedlichen neuen Stadtquartiere findet sich in der im fünften Kapitel erfolgenden Synthese.

Um den Lesefluss zu erleichtern, werden in diesem Kapitel die Quellennachweise für die Aussagen aufgrund der hohen Anzahl der Belege nicht nach dem im Rest der Arbeit gängigen APA-Zitierstil angegeben, sondern in einer vereinfachten Form. Dafür wird allen Dokumenten und Medien eine Abkürzung zugeteilt, welche sich aus den Anfangsbuchstaben der Stadt und des neuen Stadtquartiers sowie einer Zahl zusammensetzt. Dokumente und Medien mit einstelliger Zahl sind von städtischer Seite bereitgestellt (1-9), wohingegen andere Materialien – etwa von Bürger:inneninitiativen oder Zeitungen – mit zweistelligen Zahlen (ab 11) versehen sind. Die sonstige auf- und absteigende Reihung hat keine Bedeutung. Darüber hinaus wird zur Verbesserung der Leserlichkeit auf das übliche „vgl.“ selbst bei indirekten Zitaten verzichtet. Die Quellenangaben der Dokumente finden sich im Dokumentenverzeichnis, welches im Anhang dem Literaturverzeichnis nachgestellt ist.

4.1 Bedarfsbegründung und Planungsanlass

Der erste Teil der Analyse untersucht die Fallbeispiele im Hinblick auf die erste Forschungsunterfrage „Wie wird die Wohnungsfrage von den Städten dargestellt und inwiefern werden daraus Handlungsbedarfe abgeleitet?“. Ziel dieser Unterfrage war es herauszufinden, wie die bestehende Wohnraumsituation in den Städten der Fallbeispiele beschrieben wird und wie der Bedarf zur Planung und Errichtung eines neuen Stadtquartiers jeweils begründet wird. Bestandteil dieser Unterfrage war auch zu untersuchen, inwiefern die Wohnungsfrage als ausschlaggebender Anlass für die Planung dargestellt wird und inwiefern das Thema Wohnen dementsprechend den Fokus des Planungsvorhabens bildet.

Diese qualitative Inhaltsanalyse untersuchte, wie im methodischen Unterkapitel 2.2 ausführlich dargestellt, mithilfe des ersten Codesets Dokumente und Medien, die von städtisch-planerischer Seite der Öffentlichkeit bereitgestellt werden. Analysiert wurden bei diesem Arbeitsschritt lediglich Äußerungen der Verwaltung bzw. planenden Verantwortlichen, da hier die Begründung der Planungsvorhaben seitens der Stadt im Fokus steht. Im Folgenden werden die Ergebnisse dieser qualitativen Inhaltsanalyse vorgestellt.

4.1.1 Berlin Buch Am Sandhaus

Grundlage der Planungsüberlegungen in Berlin Buch Am Sandhaus sind die Bevölkerungszunahme der letzten Jahre (BB1, S.3) sowie Bevölkerungsprognosen für die Gesamtstadt Berlin und den Bezirk Pankow (ebd., S. 2), in dem das neue Stadtquartier liegt. In der das Plangebiet betreffenden Flächennutzungsplanänderung von 2019 wird ein Wachstum Berlins um 181.000 Einwohner:innen bis 2030 prognostiziert (ebd.). Im Bezirk Pankow soll von 2015 bis 2030 die Bevölkerungszahl sogar um 16% zunehmen (ebd.). Der Stadtteil Buch soll den Prognosen zufolge überdurchschnittlich stark

wachsen (BB1, S. 2). Aus dem bisherigen Wachstum und der Bevölkerungswachstumsprognose wird unmittelbar ein Wohnungsneubaubedarf abgeleitet (ebd., S. 3). Da Innenentwicklungspotenziale bereits in den vergangenen Jahren größtenteils aufgebraucht worden seien, sind 16 großmaßstäbliche Wohnungsbaustandorte untersucht und 2016 als Teil einer Strategie festgelegt worden, zu denen auch das neue Stadtquartier Buch Am Sandhaus zählt (ebd.; BB2). Auf Basis der Beschlüsse des Berliner Senats im Jahr 2018 sei eine schnelle Planungsgrundlage notwendig, um mit dem Bau „schnellstmöglich zu beginnen“ (BB4, S. 9).

Die Dringlichkeit der Planung wird aus der Lage des Berliner Wohnungsmarktes abgeleitet. Dessen angespannte Situation habe sich in den letzten Jahren zugespitzt (BB1, S. 4). Buch Am Sandhaus leiste mit seiner vorgesehenen Wohnfunktion für ca. 5.4000 Einwohner:innen (BB4, S. 17) dementsprechend einen „wertvollen Beitrag zum Berliner Wohnungsmarkt“ (BB3, S. 6) und sei von hoher Bedeutung einzustufen (ebd., S. 7). Letztendlich sei ein weiteres Ziel der Planung, den Bau von Wohnungen mit hohem Flächenversiegelungsgrad und schlechter ÖPNV-Anbindung im Umland von Berlin zu verhindern (ebd., S. 6f.).

Eine Besonderheit des neuen Stadtquartiers Berlin Buch Am Sandhaus ist, dass hier bereits vor einigen Jahrzehnten eine Planung vorgesehen war, die jedoch aufgrund fehlender Nachfrage Ende der 1990er Jahre verworfen wurde (BB3, S. 6). Die Nachfragesituation habe sich jedoch seitdem geändert, weshalb ein begründeter Planungsbedarf wieder vorhanden sei und die Bebauung des Gebietes – wenn auch in veränderter Form – wieder verfolgt wird (BB4, S. 69). Die Abänderungen dieser neuen Planung werden im Unterkapitel 4.2.1 thematisiert.

Den Fokus des Planungsvorhabens bildet eindeutig die Schaffung von neuem Wohnraum. Das im Rahmenplan erste angeführte Entwicklungsziel spricht von „bedarfsgerechtem und bezahlbarem Wohnraum für eine vielfältige Bewohner*innenschaft“ (BB3, S. 12). In einem städtebaulichen Wettbewerbsverfahren wurden Konzepte gefordert, die primär Wohnen und daneben auch wohnverträgliche und sozialinfrastrukturelle Funktionen vorsehen (BB4, S. 111). Zudem war die Wohnfunktion mit einer Vorgabe von 2.400 bis 3.000 Wohneinheiten für den Wettbewerb quantitativ festgesetzt (ebd., S. 28). Die Bezahlbarkeit der Wohnungen soll über das sogenannte „Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung“ garantiert werden, mithilfe dessen mindestens 30% der Wohnungen preiswert angeboten werden sollen (ebd., S. 100).

4.1.2 München Freiam Nord

Das Gebiet Freiam befand sich bereits mehrmals in seiner Geschichte im Fokus planerischer Überlegungen. In den 1960er Jahren sollte Freiam als eine von drei sogenannten „Entlastungsstädten“ Münchens entwickelt werden, jedoch wurde Freiam zugunsten anderer Standorte verworfen (MF3, S. 63). Wegen freierwerdender Konversionsflächen und dem planerischen Fokus auf die Strategie der Innenentwicklung in den folgenden Jahrzehnten verzichtete man vorerst auf die Bebauung von Freiam (ebd.). Impuls für die heutige Planung in München Freiam Nord war die Entwicklung des Gewerbegebiets Freiam Süd mit 7.500 Arbeitsplätzen, für das 2005 ein Bebauungsplan erlassen wurde (ebd., S. 63). Parallel zu dessen Planung fanden erste interne Überlegungen zu einer Wohnbebauung des Nordens von Freiam statt, wobei zunächst an eine klassisch suburbane Bebauung mit Einfamilienhäusern gedacht wurde (MF1). Hierzu fanden 2006 erste Workshops mit Planungsteams statt, die sich mit einer möglichen Wohnbebauung nördlich des Gewerbegebiets befassten (MF3, S. 63).

Wegen der Wohnungsnot und steigenden Grundstücks- und Mietpreise veränderten sich die planerischen Prioritäten jedoch (MF1) hin zu der heutigen Planung, die unter dem Leitbild

„kompakt, urban, grün“ Wohnraum für 25.000 Einwohner:innen und 7.500 neue Arbeitsplätze auf 190 Hektar verfolgt (MF2, S. 1). Mit dieser Größe zähle Freiam Nord zu einem der wichtigsten Stadtentwicklungsprojekte in München (MF4, S. 4). In München wird von einem weiteren Bevölkerungswachstum ausgegangen, weshalb von den stadtplanerischen Leiterinnen von Stadt und Bezirk der Schaffung von „qualitätsvollen und bezahlbarem Wohnraum“ hohe Priorität in der Münchner Stadtplanung eingeräumt wird (ebd., S. 8). Nachverdichtung, Umstrukturierung und Stadterweiterung werden dabei als drei mögliche Ansätze aufgeführt, wobei Freiam Nord als ein wichtiger Schritt in der Wachstumsgeschichte Münchens dargestellt wird (ebd.; MF5, S. 7). Die bereits verfolgten Innenentwicklungsmaßnahmen seien nicht in der Lage, genügend Wohnraum zu schaffen und eine ausreichende Antwort auf die Wohnungsfrage zu geben (MF3, S. 82).

Die großmaßstäbliche Schaffung von Wohnraum lässt sich als klarer Fokus der Planung von Freiam Nord identifizieren. Die gebauten Wohnungen sollen ein vielfältiges Angebot für Menschen in allen Lebenslagen bereitstellen (MF3, S. 80). Um die Bezahlbarkeit des Wohnraums zu garantieren, ist es Ziel, die Hälfte der Wohnungen als (finanziell) geförderten Wohnraum anzubieten (MF1). Unter dem Motto „Stadt weiterbauen“ soll jedoch auch dafür gesorgt werden, dass Freiam Nord nicht nur ein Pendler:innenvorort, sondern ein lebendiger Stadtteil mit eigenen infrastrukturellen Funktionen wird (MF3, S. 3).

4.1.3 Freiburg Dietenbach

Die Begründung des Baus des neuen Stadtquartiers Dietenbach wird primär aus der bestehenden und prognostizierten Situation des Wohnungsmarktes in Freiburg abgeleitet. Die Bestandssituation des Wohnungsmarktes wird als sehr angespannt dargestellt (FD1, S. 6). Der Oberbürgermeister – und somit Leiter der Verwaltung Freiburgs – bezeichnet die Lage 2019 sogar als „Wohnungsnot“ (FD2, S. 2). Zu einem generellen Mangel an Wohnraum komme hinzu, dass die Preise der bestehenden Wohnungen in Freiburg zu den teuersten in ganz Deutschland gehören (FD5, S. 9). Insbesondere mangle es nach einer Wohnungsbedarfsanalyse von 2014 an günstigen Mietwohnungen, wodurch zunehmend die Gefahr bestehe, dass einkommensschwache Menschen aus Freiburg verdrängt werden (FD1, S. 6). Eine 2022 veröffentlichte Wohnraumbedarfsanalyse bestätige den weiterhin großen Bedarf an einer Vielzahl von Wohnformen, darunter auch den geförderten Mietwohnungsbau (ebd., S. 7). Wegen des Geburtenüberschusses und positiven Wanderungssaldos sei ein anhaltendes Wachstum der Bevölkerungszahl zu erwarten (FD2, S. 2; FD5, S. 9).

Neubau wird als das primäre Instrument bezeichnet, das die Lage auf dem Wohnungsmarkt entspannen kann (FD2, S. 2f.; FD3; FD5, S. 9). Die Innenentwicklung sei zwar ein wichtiges Instrument der Freiburger Wohnungsbaustrategie, jedoch seien innerstädtische Freiflächen rar und Aufstockungen mit potenziell nur bis zu 3.200 neuen Wohnungen nicht allein ausreichend zur Deckung der Nachfrage (FD5, S. 170). Ein neues Stadtquartier sei dem Rahmenplan nach als Antwort auf die Wohnungsfrage „unerlässlich“ (ebd.). Auch Entwicklungen im Umland können nicht zu einer Entspannung der Situation führen, da dort ebenso die Nachfrage das neu geschaffene Angebot übertreffe (FD1, S. 6).

Konkret ist die Rede von fast 15.000 neuen benötigten Wohnungen bis 2030 (FD5, S.9), wobei über 4.000 Wohneinheiten bis dahin nach Angaben der Stadt fehlen, sollte kein neues Stadtquartier errichtet werden (FD1, S. 7). Dies betone den Handlungsbedarf seitens der Stadt, die aufbauend auf diesen Prognosen für Dietenbach eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme eingeleitet hat (ebd.). Begründet wird der Bau eines neuen Stadtquartiers ebenfalls mit den aus Sicht der

Verwaltung positiven Erfahrungen der um die Jahrtausendwende entstandenen neuen Stadtteile Rieselfeld und Vauban, die eine Entspannung des Wohnungsmarktes bewirkt haben sollen (FD3).

Die Schaffung von Wohnraum wird mehrmals als höchstes Entwicklungsziel der Planung des neuen Stadtquartiers bezeichnet (FD1, S. 25; FD5, S. 51). Bei der Fertigstellung sollen über 15.000 Menschen in Dietenbach wohnen (FD5, S. 8). Hohe Priorität habe dabei, dass dieser Wohnraum auch zu bezahlbaren Preisen angeboten werden könne (FD2, S. 3; FD3). Dieses wohnungspolitische Ziel soll mithilfe einer Quote von 50% geförderten und preisgünstigen Wohnungen erreicht werden (FD3), was u.a. durch Verpflichtungen bei der Grundstückvergabe abgesichert werden soll (FD5, S. 191). So sei es die Absicht, Dietenbach als „Modellstadtteil“ hinsichtlich sozialer und baulicher Aspekte zu errichten (FD1, S. 8).

4.1.4 Frankfurt Nordwest

Als hauptsächlicher Planungsanlass für Frankfurt Nordwest werden die Situation des Wohnungsmarktes und Wachstumsprognosen angeführt. Der Wohnungsmarkt sei konstant von Knappheit bestimmt, was die Mietpreise erhöhe (FN1; FN4, S. 6). Die Bezahlbarkeit von Wohnungen sei für viele Menschen nicht mehr gegeben (FN4, S. 6). Der damalige Frankfurter Dezernent für Planen und Wohnen (und heutiger Oberbürgermeister) Mike Josef bezeichnete 2020 die Wohnraumsituation in Frankfurt als „Wohnungsnot“ (FN5, S. 11). Es sei ihm nach notwendig, umgehend zu handeln, um die Nachfrage von Tausenden Menschen zu bedienen und mehr Berufspendler:innenverkehr zu verhindern (FN4, S. 5)

Entgegen früheren Erwartungen sei kein Prozess der Suburbanisierung eingetreten, sondern die Kernstadt weiterhin beliebt geblieben (FN3, S. 13). Folge dessen sei ein heute bestehender sogenannter „Nachholbedarf“ an Wohnraum, der in den vergangenen Jahren nicht gebaut wurde (FN6, S. 5). Ein Gutachten des Regionalen Entwicklungskonzeptes Südhessen von 2019, das von den planenden Verantwortlichen herangezogen wird, geht von einem Bedarf von bis zu 90.000 neuen Wohnungen bis 2030 in Frankfurt aus, wovon etwa 30.000 Wohneinheiten in der Innenentwicklung umgesetzt werden könnten (FN7, S. 8). Andere angeführte Prognosen sehen einen Mehrbedarf in Frankfurt von knapp 70.000 neuen Wohnungen bis 2030 (FN1). Für den Regionalverband Frankfurt RheinMain wird sogar ein Wohnungsbedarf von bis zu 200.000 neuen Wohneinheiten in naher Zukunft gesehen (FN4, S. 7; FN7, S. 8). Abgeleitet von Bevölkerungswachstumsprognosen wird der Neubau von Wohnungen als unabdingbare Notwendigkeit dargestellt, wobei lediglich die Frage sei, ob dieser Wohnraum in Frankfurt oder dem Umland entstünde (FN2, S. 14).

In den vergangenen Jahren wurde mithilfe von Konversionsflächen und Nachverdichtung viel neuer Wohnraum in Frankfurt geschaffen, wobei diese Potenziale aber nicht zur Deckung des benötigten Wohnraums ausreichen (FN4, S. 6; FN6, S. 5). Auch großmaßstäbliche Bauprojekte wie das Europaviertel und der Riedberg wurden in der Vergangenheit verfolgt, wobei diese aber mittlerweile größtenteils fertiggestellt seien (FN4, S. 6). Der Dezernent für Planen und Wohnen sprach 2020 davon, dass lediglich 60 Prozent des Bedarfs an neuen Wohnraum durch kleinteilige Innenentwicklung gedeckt werden kann, und nutzt dies als Begründung dafür, dass vorbereitende Untersuchungen für das neue Stadtquartier Nordwest stattfinden sollen (FN5, S. 11). Der Prozess, ob Frankfurt Nordwest wirklich gebaut werden soll, sei aber ergebnisoffen (FN1).

Das Gebiet im Frankfurter Nordwesten wurde bei einem 2019 veröffentlichten Stadtentwicklungskonzept als einer von acht möglichen Standorten für Außenentwicklung herausgearbeitet (FN4, S. 8), da es unter anderem leicht an den bestehenden öffentlichen

Nahverkehr angebunden werden könne (FN6, S. 5). Frankfurt Nordwest könne eine mittel- bis langfristige Verbesserung des Wohnungsmarktes für bezahlbaren Wohnraum bewirken (FN1). Das neue Stadtquartier wird in diesem Zuge normativ argumentierend zugleich als Maßnahme für Generationengerechtigkeit gesehen, da so auch kommenden Generationen die Möglichkeit gegeben werde, in Zukunft in Frankfurt zu wohnen (ebd.). Die Schaffung von Wohnraum für bis zu 20.000 steht im Fokus der Vorüberlegungen, wohingegen neue Arbeitsplätze eine deutlich untergeordnete Rolle spielen (FN6, S. 5). Ziel sei es, dass Menschen in verschiedensten Lebenslagen mithilfe des neuen bezahlbaren Wohnraums eine Wohnung finden (FN1).

4.2 Problemdiskurs und Zielkonflikte

Der zweite Teil der Analyse befasst sich mit dem Erkenntnisinteresse der zweiten Forschungsunterfrage. Der Problemdiskurs um die vier Stadtquartiere soll untersucht werden, indem die jeweils relevanten Konfliktfelder und Positionen von planender Verwaltung sowie Öffentlichkeit dazu herausgearbeitet werden sollen. Es stehen somit Proteste, Vorschläge, Stellungnahmen, Rechtfertigungen und alternative Forderungen sowie die dazugehörigen Argumente, die im Diskurs geäußert werden, im Zentrum der Untersuchung.

Strukturiert werden die hier dargelegten Ergebnisse nach den vier Fallbeispielen, um die lokal bedeutenden Themen und Akteur:innen zu erfassen. Die Unterkapitel sind jeweils gleich aufgebaut. Zunächst wird eine Einführung gegeben, in der die wichtigsten zeitlichen Meilensteine der Planung, zentralen Akteur:innen und die Datenlage knapp vorgestellt werden. Dieser Kontext ist entscheidend für die Einschätzung und das Verständnis der im Folgenden dargestellten Inhalte (vgl. Jäger, 2019, S. 76). Anschließend erfolgt die Behandlung inhaltlicher Diskursstränge, die die wichtigsten Konfliktthemen zu dem jeweiligen neuen Stadtquartier abbilden. In diesen werden die unterschiedlichen Positionen und Argumentationslinien der verschiedenen Akteur:innen gegenübergestellt (vgl. Jahn & Lux, 2009, S. 20). Die Diskursstränge unterscheiden sich dabei von Fallbeispiel zu Fallbeispiel, da nicht überall die gleichen Themen in derselben Ausführlichkeit eine Rolle im Problemdiskurs spielen und zudem unterschiedliche Themen auch in unterschiedlichen Zusammenhängen gesehen werden. Abschließend erfolgt jeweils ein Zwischenfazit zu dem Problemdiskurs des behandelten neuen Stadtquartiers, in dem Inhalte zusammengefasst und Rückbezüge zu diskursanalytischen Fragen getroffen werden.

4.2.1 Berlin Buch Am Sandhaus

Einführung: Hintergrund und Überblick

Nachdem, wie in Kapitel 4.1.1 dargestellt, die Planungen für die Bebauung des Quartiers Buch Am Sandhaus Ende des 20. Jahrhunderts verworfen wurden, begann die Wiederaufnahme der formellen Planungen mit der Änderung des Flächennutzungsplans im Jahr 2019 (BB1). Es folgte eine breite, mehrphasige Beteiligung, in der mehrere städtebauliche Entwürfe erstellt und nach Feedbackrunden überarbeitet wurden. Als Ergebnis dessen lässt sich der im Dezember 2022 veröffentlichte und im Juni 2023 vom Berliner Senat beschlossene Rahmenplan bezeichnen, der (Stand: März 2024) weiterhin den jüngsten Planungsschritt darstellt.

Als zentrale Akteurin im Diskurs lässt sich neben der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen die „Initiative Buch Am Sandhaus“ identifizieren. Die Stadtverwaltung nimmt die planerische Rolle ein und dient mit einer Vielzahl an veröffentlichten Dokumenten (Pläne und Dokumentationen von Beteiligungsveranstaltungen) auch als wichtige Informationsquelle für diese Arbeit. Die Initiative Buch Am Sandhaus ist ein Zusammenschluss von

Bürger:innen, der sich aufgrund der verfolgten Planungen für das neue Stadtquartier gegründet hat. Die Initiative bestimmt mit ihrer Präsenz bei Teilnehmungsveranstaltungen und einer eigenen Webseite den Diskurs entscheidend mit. Darüber hinaus wurden einzelne Medienartikel für die Analyse genutzt.



Diskursstrang: Natur und Landschaft

Für das neue Stadtquartier sollen laut Verwaltung hauptsächlich die bereits früher genutzten und versiegelten bzw. bebauten Flächen beansprucht werden, um den Eingriff in die Natur zu minimieren (BB2). Die Konversion von Flächen eines leerstehenden Krankenhauses könne so mehr Waldbestand erhalten (BB1, S. 3). Der komplette Verzicht auf die Inanspruchnahme von Waldflächen sei aber laut Stadt unvermeidbar, um eine „sinnvolle Quartiersentwicklung“ und „sinnvolle Siedlungsstruktur“ zu erreichen (ebd., S. 4). Gerechtfertigt werden diese Eingriffe von der Verwaltung mithilfe der gesetzlich verpflichtenden Ausgleichsmaßnahmen (BB2). Das Baufeld Buch V wurde im Unterschied zu früheren Planungen im Prozess der Änderung des Flächennutzungsplanes 2019 aus den zur Bebauung geeigneten Flächen entfernt (BB1, S. 3). Dies liege zum einen daran, dass dort ein mittelhoher Biotopwert vorliegt, und zum anderen, dass seit der letzten FNP-Änderung andere für den Wohnungsbau besser geeignete Flächen im Stadtteil bei Untersuchungen festgestellt wurden (ebd.). Gleichzeitig ist aber auch von einem „Ersatz für die Aufgabe der Wohnbauflächen [im Bereich Buch V]“ die Rede, der mithilfe einer höheren baulichen Dichte nördlich des dortigen Landschaftsschutzgebietes erreicht werden soll (ebd.). Die Änderung des Flächennutzungsplanes erlaube jedoch ebenso die langfristige Sicherung von wertvollen Naturbereichen (ebd., S. 4). Die Stärkung der klimaschützenden und artenschützenden Funktion der Moorlinse sei laut der Bürger:inneninformationswebseite der Stadt Berlin ein Hauptziel der Planung (BB2). So wurde ein Mindestabstand der zu bebauenden Flächen zu sensiblen Naturflächen planerisch festgelegt (ebd.), wobei hier unklar bleibt, mit welchem planerischen Instrument dies geschehen ist.

Über den gesamten Teilnehmungsprozess hinweg hat die Öffentlichkeit Besorgnis gegenüber den Auswirkungen des Planungsvorhabens auf den örtlichen Naturraum geäußert, was die Verwaltung auch in ihrer Planungsdokumentation anerkennt (BB4, S. 122). Zudem haben zwei Naturschutzvereine eigenständige Stellungnahmen eingesendet, um auf die ökologische Bedeutung des Planungsgebietes aufmerksam zu machen (ebd., S. 123). Die Verwaltung gibt an, dass die Beteiligung der interessierten Bewohner:innen dazu geführt hat, dass der Erhalt von Naturräumen als essenzieller Bestandteil der Rahmenbedingungen des städtebaulichen und landschaftsplanerischen Wettbewerbs hervorgehoben wurde (ebd., S. 121). Die Auswirkungen der Bürger:innenbeteiligung zu den Themen Natur und Landschaft lässt sich auch daraus ablesen, dass wegen des großen Interesse an diesen Themen eine zusätzliche Teilnehmungsveranstaltung organisiert wurde (ebd., S. 120).

Das im Anschluss an die Teilnehmungsphasen im Wettbewerb als Siegerentwurf bestimmte Konzept trifft bei der Bürger:inneninitiative allerdings auf starke Ablehnung (BB11). Laut Initiative beinhaltet dieser Entwurf den stärksten Eingriff in den Waldbestand, weshalb sie dem Senat vorwirft, lediglich mit Blick auf die Anzahl der entstehenden Wohneinheiten entschieden zu haben (ebd.). Einige Monate nach der Bestimmung des Siegerentwurfs reicht der NABU einen von der Bürger:inneninitiative unterstützten Antrag ein, um das Gebiet aufgrund seiner ökologischen Wertigkeit als Naturschutzgebiet auszuweisen (BB21).

In der im Dezember 2022 erschienenen Broschüre (BB3) und Gesamtdokumentation (BB4) über den Rahmenplan von Buch Am Sandhaus werden die zuvor angeführten 2019 beschlossenen Änderungen des Flächennutzungsplans erneut positiv hervorgehoben, da diese die Wertigkeit der bestehenden Naturflächen betonen (BB3, S. 6). So spreche die Reduzierung der bebaubaren Fläche von damals 87 Hektar auf heute 27 Hektar dafür, dass den Moor- und Feuchtflächen Vorrang vor der Errichtung eines großmaßstäblicheren neuen Stadtquartiers gegeben werde (BB4, S. 69). Zudem zeige laut Verwaltung das im Rahmenplan beschlossene Konzept zum Rand des Plangebiets „die Wertschätzung der Landschaft“ (ebd., S. 102). Gleichzeitig finden sich in diesen Dokumenten eine Vielzahl an deutlich konkreteren Maßnahmen, die die ökologische Verträglichkeit des Planungsvorhabens sichern sollen (z.B. BB3, S. 11, 13, 35), was wohl auf die Anregungen von Bürger:innen zurückzuführen ist (BB4, S. 120f.). Auch die Umstellung der intensiven auf eine extensive Landwirtschaft ist Thema des Rahmenplans, da so für mehr Biodiversität im Plangebiet gesorgt (BB3, S. 35) und das Bauvorhaben damit teilweise kompensiert werden soll (BB4, S. 167).

Der Protest gegen das Bauvorhaben hält jedoch nach Veröffentlichung des Rahmenplanentwurfes weiterhin an. Die Bürger:inneninitiative Buch Am Sandhaus erklärt in einem Statement auf der Webseite des Abenteuerspielplatzes und Naturerfahrungsraumes „Moorwiese“, dass die Versprechungen des Rahmenplans von „ökologischen und flächensparendem Bauen“ zu unkonkret bleiben, und bezeichnet das Vorhaben als „Greenwashing“, da über 7 Hektar Wald gerodet und das Mooregebiet gefährdet werde (BB17). Auf ihrer Webseite fordert die Initiative weiterhin den kompletten Verzicht auf die Zerstörung von Mischwaldflächen und Vogelbrutplätzen (BB13). Zudem fand kurz vor der Abstimmung des Berliner Senats über den Rahmenplan im Juni 2023 eine Demonstration mit einer Vielzahl von Vereinen – Initiative Buch Am Sandhaus, NABU Landesverband Berlin AG Buch, Berliner Bündnis für Nachhaltige Stadtentwicklung, Spielkultur Berlin-Buch e.V., Bucher Bürgerverein e.V. und die Evangelische Kirchengemeinde Buch – und nach Angaben der Veranstalter:innen über 600 Teilnehmer:innen statt, die auf die Bedrohung der Flora und Fauna durch die im Rahmenplan vorgesehene Bebauung aufmerksam machen wollten (BB17).



Diskursstrang: Abenteuerspielplatz und Naturerfahrungsraum

Ein spezifisch lokales Thema, welches im Diskurs eine wichtige Rolle einnimmt, ist der Abenteuerspielplatz und Naturerfahrungsraum „Moorwiese“. Er stellt eine bestehende Nutzung im Plangebiet dar, dessen Erhalt für die Bürger:inneninitiative ein wichtiges Anliegen ist. Während in einer frühen Planungsphase als Rahmenbedingung des städtebaulichen Wettbewerbs die Überplanung des Naturerfahrungsraumes ab 2039 (nach Ablauf der Bindungsfrist der Fördermittel) mitbedacht werden sollte (BB4, S. 94), wurde dieser Teil nach örtlichen Protesten (ebd., S. 120) und Briefaustauschen sowie Treffen zwischen Verwaltung und der Initiative Buch Am Sandhaus (ebd., S. 122f.) auf der zweiten Sitzung des Gutachter:innengremiums aus den Entwurfsbedingungen entfernt (ebd., S. 128). Das Gremium erhoffte sich durch den Bestandserhalt der „Moorwiese“ eine höhere Akzeptanz des gesamten neuen Stadtquartiers (ebd.). Auch im vom Senat verabschiedeten Rahmenplan ist der Erhalt des Bestandes an dieser Stelle vorgesehen (ebd., S. 164).

Die stetige Forderung nach dem Erhalt von Abenteuerspielplatz und Naturerfahrungsraum seitens der Initiative Buch Am Sandhaus lässt sich aus Artikeln auf ihrer Webseite rekonstruieren. So gibt die Initiative in einem Artikel vom Juni 2021 an, dass bei der zweiten Planungswerkstatt die zukünftige Verlagerung der „Moorwiese“ weiterhin vorgesehen sei (BB19). Mithilfe einer Unterschriftensammlung im August 2021 will die Initiative zudem den dauerhaften Erhalt von Abenteuerspielplatz und Naturerfahrungsraum im Masterplanverfahren (welches im Rahmenplan

mündete) erreichen (BB20). Weiterhin findet sich der dauerhafte Verbleib der „Moorwiese“ als erste Forderung auf der Startseite der Initiativenwebseite (BB11). Der im Rahmenplan dauerhaft gesicherte Erhalt des Abenteuerspielplatzes und Naturerfahrungsraums „Moorwiese“ lässt sich somit als Erfolg der Initiative verzeichnen. Er lässt sich exemplarisch dafür sehen, wo die Einwendungen im Diskurs nachweislich zu tatsächlichen Veränderungen der Planung geführt haben.



Diskursstrang: Klima, Nachhaltigkeit und verdichtetes Bauen

Die angedachte Bebauung mit einer hohen Dichte wird von der Verwaltung als „Beitrag zum Klimaschutz“ gewertet (BB2). Schon im Gutachter:innenverfahren zu einem städtebaulichen Wettbewerb, das im ersten Halbjahr 2021 durchgeführt wurde, war mit Blick auf Klimaschutz und -anpassung eine flächensparende und dichte Bebauung gefordert worden (BB3, S. 14). Auch das Ziel, ein autoarmes Quartier, das gut vom ÖPNV erschlossen ist, zu errichten, wird als Beitrag zur Verkehrswende im Kontext des Klimaschutzes von den Planer:innen angeführt (BB2). Denn mit dem neuen Stadtquartier könne Flächenversiegelung im Umland ohne so eine gute ÖPNV-Anbindung verhindert werden (BB3, S. 7). Zusätzlich wird die mögliche Verwendung von Holz als Baustoff als Antwort auf die Frage, welche Bedeutung der Klimaschutz beim neuen Stadtquartier habe, von der Stadt gegeben (BB2).

In der 2022 veröffentlichten Broschüre zum Rahmenplan ist sogar davon die Rede, dass das neue Stadtquartier die Berliner Ambitionen der Klimaneutralität bis 2045 unterstützt (BB3, S. 6, 12). Hier betont die Verwaltung also zum einen die Bedeutung des Quartiers für stadtweite politische Ziele und zum anderen den Anspruch, dass mit der Planung des Quartiers nicht nur negative klimatische Effekte minimiert, sondern aktiv zum Klimaschutz beigetragen werden soll. Gleichzeitig steht dort aber auch geschrieben, dass Buch Am Sandhaus ein „klimaschonendes“ Quartier werden solle (ebd., S. 7), ohne genauer auszuführen, was dies bedeutet. In der Gesamtdokumentation des Rahmenplans wird schließlich von dem Ziel einer Entkopplung der Entwicklung des neuen Stadtquartiers von klimaschädlichen Effekten gesprochen (BB4, S. 110). Die ambitionierten Klimaschutz und -anpassung betreffenden Zielsetzungen der Stadt für das neue Quartier, welche sich im Rahmenplan finden, lassen sich vermutlich teilweise aus den Einbringungen der Bürger:innen ableiten. So hat das Thema Klima ebenso wie das Thema Natur bei Beteiligungsveranstaltungen eine große Rolle gespielt (ebd., S. 120) und somit die Entwürfe im Gutachter:innenverfahren beeinflusst (ebd., S. 121).

Die Bürger:inneninitiative Buch Am Sandhaus befürchtet jedoch auch nach Beschluss des Rahmenplans negative klimatische Auswirkungen des neuen Stadtquartiers und kritisiert dementsprechend die Verwaltung. So führt die Initiative unter anderem die hohen CO₂-Emissionen, die beim Bau freigesetzt werden, als Argument gegen die Planung an (BB13). Dieses Thema des klimaschädlichen Bauens wird von der Verwaltung kaum direkt angesprochen. Lediglich das Aufzeigen der Möglichkeit des Baus mit nachhaltigen Ressourcen wie Holz findet als ein Stichpunkt im Rahmenplan Erwähnung (BB4, S. 11). Hier ist denkbar, dass dieses Thema aufgrund des recht unkonkreten Planungsstandes (sprich, weit bevor Baurecht herrscht) im Fortschritt der Planung noch an Bedeutung gewinnen könnte. In einem Artikel der Berliner Morgenpost vom Juni 2022 erklärt der Leiter des Berliner Referats Wohnungsbau Lars Loebner, dass zudem geprüft werde, ob das leerstehende Krankenhausgebäude im Plangebiet im Sinne der Nachhaltigkeit zur Umnutzung erhalten bleiben könnte (BB14). In einer ein Jahr später erschienenen Pressemitteilung ist davon die Rede, dass ein Erhalt mancher Gebäudeteile vorgesehen ist (BB6). Dort wird auch das Einsparen von grauer Energie und ihre Bedeutung für die Klimaneutralität hervorgehoben (ebd.).

Allerdings äußert die Initiative auf ihrer Webseite – selbst nach Erscheinen des Rahmenplans, der einen Erhalt der Großen und Kleinen Moorlinie mithilfe von Abständen zur Bebauung vorsieht (BB4, S. 166) – die Befürchtung, dass die vorgesehene Bebauung die Funktion des Moores als CO₂-Speicher beeinträchtigen könnte (BB13). Laut Berliner Morgenpost schließen sich dieser Kritik auch Naturschützer:innen an (BB15). Die Verwaltung versichert aber in ihrer Pressemitteilung vom Juni 2023 einen Erhalt der Moorlinsen (BB6), wobei sich im Rahmenplan durchaus Unsicherheiten bezüglich deren Sicherung in Kombination mit der vorgesehenen Regenwasserbewirtschaftung und Aufforstung herauslesen lassen, die in späteren Verfahren geklärt werden sollen (BB4, S. 172). Inwiefern das neue Stadtquartier also tatsächlich als „klimaschonend“ (BB3, S. 7) bezeichnet werden kann, ist zwischen den Diskursparteien umstritten.



Diskursstrang: Menge an Wohnungen

Ein weiterer Kritikpunkt der Bürger:inneninitiative Buch Am Sandhaus ist die Menge der geplanten Wohneinheiten von mindestens 2.200, da damit ihrer Meinung nach der Schutz der ökologischen Funktionen des Gebietes nicht gewährleistet werden könne (BB4, S. 128). In der Beteiligungsphase kam laut Dokumentation der Rahmenplanung die Forderung nach maximal 1.000 Wohneinheiten auf, da dies laut Bürger:innen für den Ort besser verträglich sei (ebd., S. 121). Als Rechtfertigung der vergleichsweise hohen Menge an Wohnungen für so ein kleines Gebiet weist die Senatsverwaltung auf die gesamtstädtische Bedeutung des neuen Stadtquartiers hin, weshalb sich die Anzahl der Wohneinheiten nicht allein von den örtlichen Gegebenheiten ableiten lasse (ebd., S. 121). Um die Forderung der Reduzierung der Wohneinheiten zu unterstützen, hat sich die Bürger:inneninitiative noch innerhalb der Beteiligungsphase im Juni 2021 mit einem eigenen Konzept in das Wettbewerbsverfahren als Gegenentwurf eingebracht, der lediglich auf bereits versiegelten Flächen eine Neubebauung vorsieht (BB18). Die Initiative betont dabei, dass man nicht grundsätzlich gegen eine Wohnbebauung des Gebietes, sondern lediglich nicht einverstanden mit der Dimensionierung des Vorhabens sei (ebd.), Die Stadt Berlin veröffentlichte diesen Entwurf auch online zur Diskussion und Bewertung gemeinsam mit den Wettbewerbsbeiträgen der Planungsteams (BB4, S. 120).

Als Siegerentwurf wurde schließlich das Konzept gewählt, welches laut Bürger:inneninitiative die meisten Wohneinheiten verspricht und den größten Eingriff in die Natur bedeutet (BB11). Die Forderung der Bürger:innen nach weniger Wohneinheiten konnte sich somit im Verfahren nicht durchsetzen. Die Anzahl der Wohneinheiten der Vorzugsvariante erhöhte sich sogar im Anschluss an den Abschluss des Wettbewerbsverfahrens noch um rund 200 Wohneinheiten (BB4, S. 151). Das Thema behielt daher nach Beschluss des Rahmenplans seine Relevanz im Diskurs. Gisela Neunhöffer von der Initiative betonte 2023 erneut, dass 1.000 Wohneinheiten die Maximalanzahl für eine ökologisch behutsame Entwicklung des Gebiets seien (BB17). Laut der Bürger:inneninitiative sei dies auch die Meinung aller Expert:innen und vieler Parteipolitiker:innen, die an einer Anhörung im Abgeordnetenhaus im Januar 2023 teilnahmen (ebd.).

Eine grundlegend gegensätzliche Meinung vertritt Reinhart Bünger in seinem im August 2023 erschienenen Artikel für den Tagesspiegel (BB16). In diesem kritisiert er die bereits 2019 erfolgte FNP-Änderung, die mehr Naturflächen statt Bauflächen vorsieht, und bemängelt, dass „aus ideologischen Gründen“ nun nur noch halb so viele Wohneinheiten möglich wären (ebd.). Dies stellt jedoch eine Einzelmeinung dar, die sich ansonsten bei örtlichen Bürger:innenbeteiligungsveranstaltungen in den untersuchten Dokumenten nicht wiederfindet.

Zwischenfazit: Problemdiskurs Berlin Buch Am Sandhaus

Thematisch zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Problemdiskurs um das neue Stadtquartier Buch Am Sandhaus von den Themen der Bestandserhaltung sowie der Maßstäblichkeit des Vorhabens bestimmt wird. Der Bestandserhalt ist dabei auf zwei Unterthemen bezogen: Natur und Landschaft auf der einen Seite und den Abenteuerspielplatz und Naturerfahrungsraum „Moorwiese“ auf der anderen Seite. Bezüglich Natur und Landschaft gibt es grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Verwaltung und Bürger:innen(-initiative), die auch im Verfahren nicht geklärt werden konnten. So gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, was als ökologisch verträgliche Entwicklung und angemessene Zahl an Wohnungen angesehen wird. Im Rückbezug auf die Methodik lässt sich dies im Vokabular der Diskursfeldforschung als umstrittenes „Wissen“ – sprich, Argumente und Auslegungen, über die keine Einigkeit herrscht – bezeichnen (vgl. Jahn & Lux, 2009, S. 9f.). Bei der „Moorwiese“ wurde jedoch im Verlauf des Diskurses eine Änderung des Verhaltens der Verwaltung erreicht, welche auf Bürger:innenprotesten hin deren dauerhaften Erhalt als Planungsziel im Rahmenplan anerkennt. Hier stellt sich die Frage, inwiefern dies schon als eine dem Diskurs entspringende praktische Veränderungen bezeichnen lässt (vgl. td Academy, 2019, S. 12). Denn einerseits ist das Quartier noch nicht fertig geplant oder gar bebaut; andererseits ist die Verabschiedung des Rahmenplans vom Senat eine praktische Handlung. In jedem Falle lässt sich der Erhalt der „Moorwiese“ als bedeutende Wandlung im Diskurs bezeichnen.

Als wichtigste:r Akteur:in gegenüber der planenden Verwaltung tritt die Initiative Buch Am Sandhaus auf, die den Diskurs um das neue Stadtquartier mitbestimmt hat und dies voraussichtlich auch weiterhin tun wird. Mit einer eigenen Internetpräsenz kann sie eigene thematische Akzente setzen und dient somit als Plattform für Kritiker:innen des Vorhabens. Mit Handlungen wie dem Durchführen einer Demonstration und der Einreichung eines eigenen städtebaulichen Entwurfs griff die Initiative zudem mit praktischen Handlungen in den Diskurs ein. Die Initiative sieht sich dabei als Vertretung der am Vorhaben interessierten Bürger:innen und wirft der Verwaltung und Politik nach Beschluss des Rahmenplans vor, den „Bürgerwillen“ zu missachten (BB13). Hier lässt sich die Kritik der Initiative an der Machtstellung (vgl. Jäger, 2019, S. 63ff.) der Verwaltung herauslesen, dass diese demokratische Prinzipien missachte.

Generell muss an dieser Stelle festgehalten werden, dass die bei Beteiligungsveranstaltungen dokumentierten Meinungen von Bürger:innen sich sehr einseitig und homogen gegen die verfolgte Planung aussprechen und sich deren Meinungen mit den Ansichten der Bürger:inneninitiative decken, wobei die oben genannten zentralen Themen im Mittelpunkt stehen. Befürworter:innen der Planung lassen sich neben Verwaltung und einzelnen Politiker:innen in den untersuchten Medien und Dokumenten kaum finden. Reinhart Bürger stellt mit seinem Artikel im Tagesspiegel (BB16) die einzige dokumentierte und analysierte Stimme aus der Gesellschaft dar, die sich gegen die Bürger:inneninitiative stellt und für den Bau einer großen Anzahl neuer Wohnungen einsetzt. Es stellt sich somit die Frage, warum Befürworter:innen des neuen Stadtquartiers und Bürger:innen, die nicht die Ansichten der Initiative Buch Am Sandhaus vertreten, sich kaum zu Wort melden.

Insgesamt betrachtet lässt sich der Problemdiskurs um Berlin Buch Am Sandhaus als gut dokumentiert bezeichnen. Mit einer ausführlichen städtischen Dokumentation der Beteiligungsveranstaltungen und Planungsphasen, einer Bürger:inneninitiative mit eigener Webseite und Tageszeitungsartikeln ließen sich verschiedene Perspektiven auf das neue Stadtquartier untersuchen. Die hier dargestellten Ergebnisse lassen sich daher als durchaus

belastbar und aussagekräftig beschreiben, auch wenn nicht die Gesamtheit des Diskurses untersucht wurde und es weiterhin Möglichkeiten für eine tiefergehende Analyse gibt.

4.2.2 München Freiam Nord

Einführung: Hintergrund und Überblick

Den ersten Meilenstein in der Planung von Freiam Nord bildet der 2015 verabschiedete Bebauungsplan für den ersten Realisierungsabschnitt. Dieser bietet mit seiner im Zuge des Beschlusses abgehandelten Kritik der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Verwaltung auch den wichtigsten Bezugspunkt zur Rekonstruktion des Problemdiskurses um Freiam Nord. Die folgenden Jahre begann der Bau und es wurde zudem mit den Planungen für den zweiten Realisierungsabschnitt fortgefahren, wobei für diesen noch kein geltender Bebauungsplan besteht (Stand März 2024).

Neben der Verwaltung Münchens positionieren sich eine Vielzahl an zivilgesellschaftlichen Vereinen zum Bau des neuen Stadtquartiers, wobei vor allem die Positionen der Aubinger Bürgervereinigung mediale Aufmerksamkeit erhalten. Insgesamt muss im Vorhinein angemerkt werden, dass sich die Datenlage für Freiam Nord als sehr dünn darstellt, was später erneut aufgegriffen und bezüglich der Aussagekraft der analysierten Diskursstränge reflektiert wird.



Diskursstrang: Nachhaltige Entwicklung und Ökologie

Die grundsätzlichsste Kritik an Freiam Nord äußert der Landesverband Bayern der Deutschen Gebirgs- und Wandervereine, der in einer Stellungnahme zum 2015 veröffentlichten Bebauungsplan des ersten Realisierungsabschnitts fordert, einen Neuversiegelungsstopp für die Stadt München auszurufen, weshalb er das neue Stadtquartier als „nicht mehr zeitgemäß“ ablehnt (MF3, S. 21). Im Zuge dessen fordert der Verein stattdessen eine Stärkung der Entwicklung dezentraler Orte in Bayern (ebd.). Darauf antwortend rechtfertigt die Stadt ihre Planung damit, dass der Standort wegen bestehender ÖPNV-Trassen sinnvoll sei und sich die Planung im Einklang mit landesplanerischen Vorgaben befinde (ebd.). Zentrenferne Entwicklungen seien hingegen weder Teil der Kompetenzen der Stadt München noch würden diese zur Verbesserung der Situation des Münchner Wohnungsmarktes beitragen (ebd., S. 21f.)

Darüber hinaus findet sich in den Stellungnahmen zum Bebauungsplan des ersten Realisierungsabschnittes eine Reihe an Forderungen für die ökologisch verträgliche Umsetzung des neuen Stadtquartiers. Der Verein Bund Naturschutz Bayern kritisiert etwa die vorgesehene Anpflanzung nicht heimischer Baumarten aus Klimaanpassungsgründen und fordert im Zuge dessen den Erhalt des gesamten Baumbestandes im Plangebiet (MF3, S. 10). Die Verwaltung rechtfertigt ihre Entscheidungen hier aus gestalterischen und städtebaulichen Gründen (ebd.). Es sei jedoch auch das Ziel, mehr Bäume neu zu pflanzen als zu roden (ebd.). Die Forderung des Bundes Naturschutz Bayern nach einer verpflichtenden stärkeren Dachbegrünung wird von der Stadt wegen den von ihr als unverhältnismäßig hoch bezeichneten zusätzlichen Kosten abgelehnt (ebd., S. 11). Der Landesbund für Vogelschutz stellt die Forderung, Gebäudebrüterquartiere für Vögel verpflichtend an die Grundstücksvergabe zu binden, was die Stadt auch angibt, zu prüfen (ebd., S. 12). Zudem fordert der Verband mehr Grünflächen mit naturnaher Gestaltung im Plangebiet sowie den Schutz des angrenzenden Landschaftsschutzgebietes (ebd., S. 13). Die Verwaltung argumentiert hingegen, dass nicht naturnah gestaltete Grünräume eine

Erholungsfunktion für die zukünftigen Bewohner:innen habe und dadurch die angrenzenden Landschafts- und Naturräume entlaste und schütze (MF3, S. 13f.).

Im Bebauungsplan des ersten Realisierungsabschnittes ist außerdem das Planungsziel formuliert, dass Freiham Klimaschutz und -anpassung fördern solle (MF3, S. 80). Mithilfe der Sicherstellung von Photovoltaikpotenzielflächen auf Dächern sowie der Vermeidung von Hitzeinseln durch die geplante Bebauungsstruktur soll diesem Ziel Rechnung getragen werden (ebd., S. 87). Darüber hinaus soll das Energiekonzept Freiham das Einhalten der Münchner Klimaschutzziele garantieren (ebd., S. 81). Zu Beginn der Beteiligungsformate für den zweiten Realisierungsabschnitt stellte die Verwaltung zudem klar, dass die Ziele Nachhaltigkeit und Klimaschutz zukünftig verstärkt in den Vordergrund gerückt werden sollen (MF5, S. 7).



Diskursstrang: Verdichtetes Bauen und Menge an Wohnungen

Für die Planung von München Freiham Nord wird das städtebauliche Leitbild „kompakt, urban grün“ verfolgt (MF2, S. 1). Konkretisiert ausgeführt wird dies in einem Planungsziel des Bebauungsplanes des ersten Realisierungsabschnittes, wo argumentiert wird, dass eine verdichtete Bebauung den größtmöglichen Erhalt von Natur und Landschaft garantieren könne (MF3, S. 81). Bei der Bürger:innenbeteiligung sind die Planungen der Gebäude und Maßzahlen an Wohnungen aber auf gemischte Reaktionen getroffen.

So fordern einige Bürger:innen die Implementierung von Einfamilienhäusern für junge Familien in Sorge vor der Bildung eines „Ghetto[s]“ in Freiham (MF3, S. 3). Die Stadt rechtfertigt die geplante verdichtete Bebauung damit, dass diese nötig sei, um dem hohen Wohnraumbedarf gerecht zu werden und diese Wohnungen aufgrund hoher Bodenpreise auch zu vertretbaren Preisen anbieten zu können (ebd.). Im Übrigen seien Reihenhäuser im Gebiet geplant, die Familien ansprechen sollen (ebd.). Der Verein Green City hingegen fordert eine dichtere Bebauung und mehr Wohnungen in Freiham Nord, da die Bevölkerung der Stadt München in den letzten Jahren stärker als prognostiziert gewachsen und der Standort Freiham infrastrukturell günstig gelegen sei (ebd., S. 17). Die Stadtverwaltung rechtfertigt ihre Planung darauf antwortend damit, dass eine höhere Bebauungsdichte aufgrund der peripheren Lage des Plangebietes und der Orientierung an der bestehenden Umgebungsbebauung unverhältnismäßig wäre (ebd., S. 19).

Die Stadtratsfraktion „Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung“ forderte ebenfalls bei der Beteiligung zum Bebauungsplan für den ersten Realisierungsabschnitt, dass Wohnraum für 5.000 zusätzliche Menschen in Freiham geschaffen werden solle (MF3, S. 33). Dies sei laut der Stadt in diesem Bauabschnitt nicht mehr möglich, jedoch solle bei den folgenden Planungs- und Realisierungsabschnitten die vorgesehene Dichte erneut geprüft werden (ebd.). Zu diesem Zeitpunkt in 2015 war Freiham Nord noch für 20.000 Bewohner:innen vorgesehen (ebd.). Stand 2024 ist jedoch tatsächlich von einem neuen Stadtquartier für 25.000 Menschen auf der städtischen Informationswebseite die Rede (MF1). Diese Entwicklung ließ sich im Diskurs anhand der analysierten Dokumente und Medien nicht genau rekonstruieren, jedoch beschloss die Verwaltung einem Artikel der Süddeutschen Zeitung zufolge bereits Ende 2016, also lediglich ein Jahr nach dem Bebauungsplan für den ersten Realisierungsabschnitt, die Erhöhung der geplanten Einwohner:innenzahl auf 25.000 (MF15). Und auch im Jahr 2020 zeigt sich die städtische Verwaltung laut einem Artikel der Süddeutschen Zeitung nicht abgeneigt gegenüber einem Vorschlag der ersten Preisträger:innen des städtebaulichen Wettbewerbs in einem Bauabschnitt ein Tausend Wohnungen mehr zu errichten (MF12). Der Autor des Artikels lobt in selbigem Artikel zudem die Bestrebungen, in Freiham eine „urbane Dichte“ umzusetzen, da dies bei früheren

Münchner Neubauquartieren nicht der Fall gewesen sei und sich negativ auf diese ausgewirkt habe (MF12).



Diskursstrang: Verkehr

Der Verein Green City fordert bezüglich der örtlichen verkehrlichen Organisation des ersten Realisierungsabschnittes eine Reihe von Maßnahmen zur Reduzierung der Autofreundlichkeit des Quartiers bezüglich Stellplatzschlüssel, Tempolimit und der Organisation des ruhenden Verkehrs (MF3, S. 17f.). Die Stadtverwaltung rechtfertigt ihre Planung damit, dass nach Bebauungsplan ein Autoverzicht ermöglicht und gefördert werde (ebd., S. 19), aber im Sinne der Inklusion und Akzeptanz weitere Einschnitte nicht möglich seien (ebd., S. 20). Zudem wird hervorgehoben, dass der Bebauungsplan sowohl einen potenziellen U-Bahn- als auch Tram-Anschluss erlaube (ebd., S. 30).

Das Thema Verkehr stellt sich aber vor allem in Bezug auf die überörtlichen Auswirkungen für die angrenzenden bestehenden Quartiere als beherrschendes Thema in der öffentlichen Diskussion um Freiham Nord heraus. Schon 2015 wird beim ersten Teilbebauungsplan seitens der Verwaltung anerkannt, dass die Bürger:innen bei der Beteiligung das Verkehrskonzept und die daraus entspringenden befürchteten verkehrlichen Auswirkungen auf das Umland kritisieren (MF3, S. 2, 6). Des Weiteren wurde zu diesem Zeitpunkt bereits eine Petition eingereicht, die eine Erstellung eines Verkehrskonzeptes für Freiham unter Einbeziehung des bestehenden Stadtteils Aubing fordert (ebd., S. 34).

2016 wird in einem Artikel der Süddeutschen Zeitung dargestellt, dass das Thema Verkehr die öffentlichen und politischen Diskussionen im Bezirk beherrsche (MF15). Es bestehe viel Unklarheit darüber, wie der bestehende Stadtteil Aubing an Freiham angebunden werde (ebd.). Auch 2017 werden bei den ersten Beteiligungsveranstaltungen zum zweiten Realisierungsabschnitt die meisten Kommentare zum Thema Verkehr abgegeben, wobei die Bürger:innen nach Dokumentation der Stadt vor allem einen Ausbau der U-Bahn und eine generelle Förderung des Umweltverbundes wünschen (MF4, S. 13; MF5, S. 13). In einem Artikel des Münchner Merkurs im selben Jahr wird die Sorge um eine Lösung für den örtlichen Verkehr von Bewohner:innen der Umgebung und Bezirkspolitiker:innen hervorgehoben (MF16). Zu diesem Zeitpunkt gibt die Stadt laut Medienartikel zudem an, einen U-Bahn-Anschluss für Freiham zu prüfen (ebd.).

Im Jahr 2020 fordert der Bezirksausschuss Aubing, Lochhausen und Langwied (der Bezirk, in dem Freiham liegt), die Planungen für den zweiten Realisierungsabschnitt erst fortzusetzen, sobald Sicherheit über einen schnellen Ausbau der Autobahn A99 und der U-Bahn-Linie U5 bestehe (MF12). Die lokale Interessengemeinschaft Aubinger Bürgervereinigung kritisiert ein Jahr später die geplante Verkehrsanbindung von Aubing an Freiham, für die mehrere Varianten von der Verwaltung erarbeitet wurden (MF13). Der Prozess würde Bürger:innen übergehen (ebd.) und sei der Bürgervereinigung nach nie ergebnisoffen gewesen (MF14). Darüber hinaus beruhe die Planung auf einem veralteten Verkehrsgutachten, wo noch kein U-Bahn-Anschluss an Freiham geplant worden sei (ebd.). Auch ein Jahr später wendet sich die Aubinger Bürgervereinigung an die Medien, um auf ihre Positionen aufmerksam zu machen. Der Vorsitzende Jürgen Müller fordert statt einer autozentrierten Planung einen Fokus auf den U- und S-Bahn-Ausbau für Freiham (MF11).

Zwischenfazit: Problemdiskurs München Freiham Nord

Thematisch fokussiert sich der Diskurs um Freiham Nord vor allem auf die bestmögliche Umsetzung des neuen Stadtquartiers und weniger auf den Erhalt der bestehenden Nutzungen des Gebiets. So spielt die Grundsatzfrage, ob ein neues Stadtquartier gebaut werden soll, in den untersuchten Medien und Dokumenten kaum eine Rolle. Stattdessen wird etwa über die Gebäudetypologien und Dichte oder das Verkehrskonzept diskutiert. Der Diskursstrang Verkehr bildet vor allem eine Auseinandersetzung mit den verkehrlichen Auswirkungen auf die Umgebung ab. Bewohner:innen des Bezirks fordern so gewissermaßen aus Eigennutzen einen Fokus beim neuen Stadtquartier auf die Mobilitätsmittel des Umweltverbundes, um den durch das neue Stadtquartier entstehenden Autoverkehr zu vermindern. Insbesondere beim Thema der Dichte wird eine Vielfalt an Interessen und Meinungen offensichtlich, da sowohl für mehr als auch für weniger Wohnungen seitens der Öffentlichkeit argumentiert wird.

Auffällig ist zudem die große Zahl der Vereine, die sich positioniert, wobei sich keine eigene Initiative für Freiham gegründet hat, sondern eine Reihe von lokalen und regionalen Organisationen sich zu Wort meldet. Die Vielzahl der sich äussernden Vereine kann vermutlich aus der Größe des Vorhabens begründet werden, da dieses mit seiner Dimension eine stadtweite Bedeutung innehat.

Generell können die dargestellten Ergebnisse jedoch nur als begrenzt aussagekräftig bezeichnet werden, um den Problemdiskurs zu beschreiben. Dies begründet sich vor allem aus der geringen Anzahl an verwertbaren Inhalten aus Dokumenten und Medien. Dokumentationen der Stadt zu Bürger:innenbeteiligungsveranstaltungen (MF4; MF5; MF6) etwa enthalten kaum Informationen dazu, welche Inhalte und Themen wirklich von den Bürger:innen angebracht und als wichtig erachtet wurden. Auf diesen Veranstaltungen wurden klare Themenblöcke vorgegeben, zu denen sich in einem engen Rahmen geäußert werden konnte. Es standen damit Anregungen zur Form der Umsetzung und Rückmeldungen zu Entwürfen im Vordergrund und keine eigens von den Bürger:innen eingebrachte Themen. Der analysierte Diskurs ist somit durch die Machtstellung der Verwaltung geprägt. Denkbar ist, dass eine „offenere“ Beteiligung bei früheren Beteiligungsschritten (Anfang der 2010er Jahre) erfolgt ist, die jedoch nicht im Internet auffindbar dokumentiert ist.

Zur dünnen Datenlage kommt hinzu, dass der Großteil der zur Analyse verwendeten Dokumente und Medien Veröffentlichungen der Stadt München sind. Dies liegt vor allem daran, dass sich keine eigene Bürger:inneninitiative o.Ä. gegründet hat, die eine eigene Internetpräsenz besäße. Ein großer Teil des erfassten Meinungsbildes ist somit gewissermaßen von städtischer Seite gefiltert, was die Aussagekraft der Ergebnisse vermindert. Der mediale Diskurs konnte aber vor allem bezüglich des Themas Verkehr sinnvoll genutzt werden, da diese Thematik in Zeitungen große Aufmerksamkeit erhielt. Bei den anderen untersuchten Themen lässt sich hingegen die Frage stellen, ob diese überhaupt als „Diskursstränge“ bezeichnet werden können, da sie zu großen Teilen auf einer einzelnen Quelle basieren und weder eine ausführliche zeitliche Entwicklung abbilden noch argumentative Positionen und Dynamiken detailliert untersuchen lassen. So musste sich für die Analyse dieses Fallbeispiels oft auf detaillierte Einzeläußerungen bezogen werden.

4.2.3 Freiburg Dietenbach

Einführung: Hintergrund und Überblick

Zeitlich lässt sich der Diskurs um Freiburg Dietenbach in zwei Phasen einteilen mit dem Bürgerentscheid am 24. Februar 2019 als Zäsur. Dem Bürgerentscheid vorangegangen ist eine breite Diskussion um die Notwendigkeit des neuen Stadtquartiers, die gut dokumentiert ist. Aber auch nach dem Bürgerentscheid, der zugunsten der städtischen Planung ausging, sind Konflikte und Meinungsverschiedenheiten bezüglich des neuen Stadtquartiers weiter Thema öffentlicher Diskussionen - nicht zuletzt aufgrund des Beschlusses des Rahmenplans im Jahr 2020 sowie des ersten Bebauungsplanentwurfes im Jahr 2022. Kürzlich stand im Februar 2024 zudem der erste Spatenstich an.

Hauptakteurin im Diskurs ist neben der Stadtverwaltung Freiburgs die Bürger:inneninitiative „Rettet Dietenbach“, die sich mittlerweile „Dietenbach ist überall“ nennt und entscheidend zum Bürgerentscheid beigetragen hat. Die Initiative hat den Diskurs mit einer eigenen Webpräsenz mitbestimmt und dient somit neben Veröffentlichungen der Stadt als wichtige Informationsquelle für die Analyse.



Diskursstrang: Natur, Landschaft und Ökologie

Von der Stadt wird vor dem Bürgerentscheid der großteilige Erhalt wichtiger ökologischer Flächen und ein sonstiger Ausgleich von Verlusten, die durch den Bau des neuen Stadtquartiers entstehen, versprochen (FD2, S. 4). Die Bürger:inneninitiative „Rettet Dietenbach“ sieht jedoch irreversible Schäden an der Natur im Falle einer Bebauung (ebd., S. 10), etwa durch die Rodung eines Waldstückes, welches für eine Vielzahl von Vögeln als Lebensraum dient (ebd., S. 11). Die Initiative pocht daher auf eine Vermeidung statt Ausgleich von Eingriffen (ebd.) und beruft sich dafür auch auf den damaligen NABU-Freiburg-Vorsitzenden Alexander Milles, der die Funktionsweise von Ausgleichsmaßnahmen kritisiert und vor irreversiblen klimatischen und ökologischen Funktionsverlusten im Gebiet warnt (FD11).

Im Rahmenplan von Ende 2020, also nach dem Bürgerentscheid, führt die Verwaltung aus, dass im Vergleich zu früheren Planungen Abstriche beim Bauland zugunsten des größeren Erhalts von Waldflächen getroffen wurden (FD4; FD5, S. 73, 170). Zudem sichere die im Rahmenplan vorgesehene Konzeptvergabe eine verhältnismäßig ökologisch verträgliche Bebauung ab (FD5, S. 9) und es würden mehr Einzelbäume im neuen Stadtquartier entstehen als momentan im Gebiet vorhanden sind (FD3). Diese würden auch zu einer höheren Biodiversität in derzeit landwirtschaftlich geprägten Teilgebieten führen (ebd.). Auffällig ist hier eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit zwischen Bürger:inneninitiative und Verwaltung, inwiefern die bestehende Landwirtschaft als wertvoll und erhaltenswert gelten: Während die Initiative der landwirtschaftlich genutzten Flächen wichtige Freiraum- und Lebensraumfunktionen zuschreibt (FD11), sieht die Verwaltung eher Potenziale der ökologischen Aufwertung durch die Planung des neuen Stadtquartiers (FD3). Die Stadt argumentiert darüber hinaus häufig, dass die neu entstehenden Natur- und Erholungsflächen in Dietenbach die angrenzenden Natura 2000-Schutzgebiete vom Besucher:innendruck entlastet werden sollen (FD5, S. 24, 34, 172). Der geplante Ausbau des Dietenbaches soll laut Verwaltung sowohl zur ökologischen Aufwertung (ebd., S. 171) als auch zur Verbesserung der Hochwasserschutz- und Erholungsraumsfunktion dienen (FD6, S. 6).

Ein weiteres ökologisches Thema in Relation zu Dietenbach außerhalb des Plangebiets ist der Bau des Hochwasserrückhaltebeckens Horben. Dieses sei „Freiburg Lebenswert“ zufolge für die Umsetzung des neuen Stadtquartiers Dietenbach notwendig, werde aber so nicht von der Stadt dargestellt (FD13). Auch „Rettet Dietenbach“ vertritt diese Ansicht und beruft sich auf eine Vielzahl von lokalen Umweltverbänden, die gegen den Bau dieses Rückhaltebeckens aus ökologischen Gründen protestieren (FD11). Dazu wirft die Initiative der Stadt vor, geltendes Recht außer Acht zu lassen: Zum einen werde die Beeinträchtigung und Zerstörung von gesetzlich geschützten angrenzenden Flora-Fauna-Habitaten durch die Bebauung riskiert und zum anderen verstoßen die irreversiblen Schäden an Natur und Boden nach Auffassung der Initiative gegen das Grundgesetz, welches die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen für künftige Generationen vorsehe (ebd.).

Die Verwaltung argumentiert im Entwurf für den Bebauungsplan des ersten Realisierungsabschnittes im Jahr 2022, dass es in Freiburg kein anderes Gebiet gebe, bei dem bei einem ähnlichen Vorhaben wie Dietenbach der Eingriff in die Natur kleiner wäre (FD1, S. 21). Gleichzeitig wird zugegeben, dass teilweise städtebauliche, verkehrliche und sozialpolitische Themen in der Abwägung über die Vermeidung von Eingriffen in Natur und Landschaft gestellt wurden (ebd., S. 23). Auf der städtischen Webseite werden diese als unvermeidbar beim Bau eines neuen Stadtquartiers dargestellt, weshalb sich auf die Verringerung und den Ausgleich der Schäden konzentriert werde (FD3).



Diskursstrang: Klima

Das Ziel der Klimaneutralität für Dietenbach wird von der Stadtverwaltung im Vorfeld des Bürgerentscheides angeführt, wodurch das neue Stadtquartier eine bundesweite Vorbildfunktion einnehme (FD2, S. 4). Die Initiative „Rettet Dietenbach“ hingegen argumentiert im Amtsblatt zum Bürgerentscheid, dass die Bezeichnung „klimaneutral“ auf Dietenbach nicht zutrefte, da sich die Stadt nur auf den Betrieb, aber nicht auf die Errichtung des neuen Stadtquartiers beziehe (FD2, S. 11). Der Bau von Dietenbach würde jedoch mit der Rodung von Wald und der Versiegelung von Böden CO₂-Speicher zerstören (ebd.) sowie allein für die notwendige Aufschüttung des Geländes eine Vielzahl an LKW-Fahrten verursachen (FD11). Die Bürger:inneninitiative bescheinigt Dietenbach daher eine „schlechte Klimabilanz“ (FD2, S. 11) und fordert die Energiebilanz von Baubeginn an zu rechnen, womit eine Verfehlung der Freiburger Klimaziele unvermeidbar wäre (FD11). Die Bezeichnung der Stadt, ökologisch zu planen, ist nach Ansicht der Initiative falsch, da der Neubau ganzer Stadtquartiere unmöglich sei, klimaneutral durchzuführen (ebd.). Die Notwendigkeit bzw. Legitimität des Zieles der Klimaneutralität wird somit nicht wissenschaftlich angezweifelt, jedoch ist zwischen Verwaltung und Initiative umstritten, inwiefern das Vorhaben wirklich als klimaneutral bezeichnet werden kann.

Auch nach dem Bürgerentscheid wird im ersten Teilbebauungsplanentwurf von der Verwaltung das Ziel formuliert, Dietenbach klimaneutral zu errichten (FD1, S. 8). Auf der städtischen Informationswebseite findet sich der Begriff ebenso weiterhin (FD3), wobei dort ebenso nicht konkretisiert wird, ob es sich nur um einen klimaneutralen Betrieb oder auch eine klimaneutrale Errichtung handelt. Diese Information findet sich lediglich im – mit über 200 Seiten sehr ausführlichen – Rahmenplan, wo spezifiziert wird, dass graue Energie nicht in die Energiebilanz einfließt (FD5, S. 179). Es wird dort jedoch zusätzlich angemerkt, dass mithilfe von ressourcenschonendem Bauen, einer hohen baulichen Dichte und einer niedrig beabsichtigten Wohnfläche pro Kopf eine Minderung des Energieverbrauchs angestrebt wird (ebd., S. 178f.).

Zudem soll das beschlossene Energiekonzept ohne lokale Emissionen für Klimaneutralität sorgen (FD5, S. 19f.).

Aus stadtklimatischer Sicht argumentiert „Rettet Dietenbach“, dass durch das neue Stadtquartier eine wichtige Frischluftachse und Abkühlfläche verloren ginge (FD11). Auch die Waldrodung sei im Sinne der Klimawandelanpassung kontraproduktiv (ebd.). Die Stadt argumentiert in ihrem Rahmenplan von 2020 hingegen, dass Freiluftschneisen freigehalten werden und mit einer Vielzahl an Straßenbäumen und offenen Blocktypologien eine Reduzierung von Wärmeinseln bewirkt werde (FD4; FD5, S. 180), wobei sich deren Bildung bei dichter Bebauung jedoch nie ausschließen lasse (FD5, S. 182). Es gelte dabei, einen Ausgleich zwischen Dichte und Offenheit wegen der konkurrierenden Ziele Luftaustausch und Lärmschutz zu finden (ebd., S. 180). Im Übrigen erwartet die Verwaltung keine negativen stadtklimatischen Effekte für die restliche Stadt (ebd.).



Diskursstrang: Flächenverbrauch und Dichte

In den Plandokumenten ist eine dichte Bebauung und Mischung von Typologien als Voraussetzung für soziale Mischung und Nutzungsmischung vorgesehen (FD1, S. 24; FD5, S. 37), wobei die Wohnungen verhältnismäßig klein ausgestaltet werden sollen (FD5, S. 178). Die hohe bauliche Dichte wird von der Stadt aus verschiedenen Dimensionen begründet: Es spielen sowohl städtebauliche und konzeptuelle Aspekte eine Rolle (FD1, S. 24f.; FD4) als auch das Ziel des flächensparenden Bauens (FD1, S. 27; FD2, S. 2; FD5, S. 170) und der Energieeffizienz, die mithilfe einer hohen baulichen Dichte erreicht werden sollen (FD4; FD5, S. 178). Zudem soll die dichte Bebauung in Form von Mehrfamilienhäusern für mehr preiswerte Wohnungen sorgen (FD5, S. 56).

Im Amtsblatt zum Bürgerentscheid wird von den Befürworter:innen der Planung argumentiert, dass der Bau von Dietenbach den Flächenverbrauch reduziere, weil ansonsten im Umland deutlich weniger dicht gebaut werden würde, um Wohnraum zu schaffen (FD2, S. 2). Diese Argumentationsweise findet sich häufig in den untersuchten Dokumenten und Medien wieder, etwa im FAQ der städtischen Informationswebseite als direkte Antwort der Verwaltung auf die Frage, wie das neue Stadtquartier als ökologisch verträglich gelingen kann (FD3), oder als Rechtfertigung von Bündnis 90/Die Grünen, warum sie hinter dem neuen Stadtquartier stehen (FD2, S. 6). Die Verwaltung Freiburgs spricht dabei von einem doppelt bis viermal so hohen Flächenverlust für die Landwirtschaft, falls im Umland statt in Dietenbach Wohnungen gebaut werden würden (FD2, S. 4; FD3; FD6, S. 7f.). Zusätzlich sei der Standort Dietenbach von Vorteil, da außerhalb des Plangebiets keine zusätzlichen Flächen für Erschließungsinfrastruktur nötig seien (FD6, S. 21).

„Rettet Dietenbach“ erkennt die Logik der Befürworter:innen größtenteils nicht an. Ein exzessiver Flächenverbrauch sei auch im Umland vermeidbar, da dort Innenentwicklung prinzipiell ebenso möglich sei (FD2, S. 11). Ohnehin gebe es genug Alternativen zum Schaffen von Wohnraum ohne die Ausweisung neues Baulandes und der Versiegelung neuer Flächen (ebd., S. 13). Freiburg habe der Bürger:inneninitiative zufolge in der Vergangenheit schon zu viele landwirtschaftliche und naturbelassene Flächen für den Bau von Wohnungen, Industrie und Infrastruktur genutzt, was ökologische Funktionen zerstört (ebd., S. 12) und die regionale Resilienz beeinträchtigt habe (FD11). Das notwendige Aufschütten des Geländes zerstöre zudem intakte Böden andernorts (ebd.). Die einzige im Stadtrat vertretene politische Fraktion, die sich vor dem Bürgerentscheid gegen das neue Stadtquartier Dietenbach aussprach – Freiburg Lebenswert / Für Freiburg – argumentiert auch gegen den geplanten Flächenverbrauch, jedoch aus der Perspektive, dass eine

neue Flächenversiegelung in Freiburg bei Wohnungsleerstand in anderen deutschen Regionen unverantwortlich sei (FD2, S. 7).

Im Ende 2020 veröffentlichten Rahmenplan wird die Bedeutung des flächensparenden Bauens von der Verwaltung anerkannt, da es sich bei Dietenbach um ein Vorhaben der Außenentwicklung handele (FD5, S. 170). Auch dort zeigt sich erneut die Argumentationsweise, dass in Dietenbach kompakter und flächensparender gebaut werden soll als im Umland (ebd., S. 198). Der Anspruch des flächensparenden Bauens findet sich letztendlich auch im Bebauungsplan des ersten Realisierungsabschnittes wieder (FD1, S. 27, 60), wobei dort darauf hingewiesen wird, dass keine artgleiche Kompensation der Neuversiegelung möglich sei (ebd., S. 60f.).



Diskursstrang: Alternativen und Alternativlosigkeit

Beherrschendes Thema des Diskurses um Freiburg Dietenbach ist die Grundsatzfrage, ob überhaupt ein neues Stadtquartier gebaut werden sollte und welche Alternativen es stattdessen gibt. Diese Auseinandersetzung mündete 2019 schließlich in der Durchführung eines Bürgerentscheides, der zugunsten der geplanten Bebauung ausfiel. Die Stadt Freiburg gibt im Vorfeld der Bürgerentscheides an, dass in Freiburg keine alternative Fläche dieser Größenordnung für ein neues Stadtquartier zur Verfügung stünde (FD6, S. 4). Wegen der Wohnungsbedarfprognose kommt für die Stadt ein Verzicht auf ein neues Stadtquartier nicht infrage (FD1, S. 21). Bei einer Nicht-Umsetzung von Dietenbach prognostiziert sie wirtschaftliche und soziale Schäden für die Stadt Freiburg (FD6, S. 5).

„Rettet Dietenbach“ sieht hingegen eine Reihe von Alternativen, um den Wohnungsmarkt zu beruhigen, die anstatt der Entwicklung Dietenbachs verfolgt werden könnten. Konkret zeigt die Initiative eine alternative Strategie mit vier Maßnahmen auf, um bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen (FD2, S. 13): Erstens reichen der Initiative nach die neben Dietenbach geplanten bzw. voruntersuchten kleineren Baugebiete ohnehin aus, um den Wohnraumbedarf zu decken; zweitens könnten mithilfe von Aufstockungen und der Überbauung von Parkplätzen etwa 9.000 bezahlbare Wohnungen geschaffen werden; drittens solle das Angebot zum Wohnungstausch verbessert werden; viertens sollen Leerstände und illegale Ferienwohnungen konsequent von der Stadt bekämpft werden. Die Entwicklung Dietenbachs brauche laut „Rettet Dietenbach“ ohnehin zu lange, um eine zeitnahe Entspannung des Wohnungsmarktes zu bewirken, wobei auch die Bezahlbarkeit der Wohnungen dort angezweifelt wird (ebd.). Ihre Position für den Bürgerentscheid zusammenfassend gibt die Initiative an, dass der Umbau von bestehenden Stadtquartieren Vorrang vor dem „überflüssigen“ neuen Stadtquartier Dietenbach haben solle (FD2, S. 14).

Die Stadtverwaltung Freiburgs geht vor dem Bürgerentscheid explizit auf die Forderungen der Bürger:inneninitiative im Wortlaut ein (FD6, S. 4): Die Verwaltung gibt an, dass für Aufstockungen gesetzliche Durchsetzungsmöglichkeiten gegen private – den Ausbau oft ablehnende – Eigentümer:innen fehlen (ebd.). Wegen des geringen Umsetzungspotenzials und des oft teuren neuen Wohnraums seien Aufstockungen keine ersetzende Alternative (ebd.; FD2, S. 2). Die Stadt argumentiert darüber hinaus, dass die ohnehin erfolgte Innenentwicklung der vergangenen Jahre die derzeitige schlechte Wohnungsmarktsituation nicht verhindern konnte und daher ein neuer Handlungsbedarf bestehe (ebd.). Die Wohnungsleerstansquote beträgt laut Verwaltung nur 0,5% und habe daher kaum Einfluss auf eine Verbesserung des Wohnungsmarktes (FD6, S. 4). Ein Leerstandsmangement werde zudem von der Stadt bereits betrieben (FD2, S. 2) Als Fazit über die von „Rettet Dietenbach“ angeführten Vorschläge urteilt die Verwaltung, dass die Alternativen

„nicht nachvollziehbar“ seien (FD6, S. 4). Darüber hinaus argumentiert die Stadt, dass mit dem neuen Stadtquartier der Nachverdichtungsdruck in der Stadt gesenkt werden könnte (FD2, S. 4), womit mehr innerstädtische Freiflächen, die durch Nachverdichtungsmaßnahmen beansprucht werden würden, erhalten bleiben (ebd., S. 2).

In einem wohnungspolitischen Programm, das Ende 2018 erlassen wurde, sieht „Rettet Dietenbach“ eine Reaktion auf ihren Protest und den zu diesem Zeitpunkt kurz bevorstehenden Bürgerentscheid (FD11). In diesem sei unter anderem ein Förderprogramm für Dachausbau und Aufstockungen vorgesehen, weshalb die Initiative dies als Zugeständnis an ihre Alternativforderungen sieht, auch wenn die Stadt diese Maßnahmen nicht als Alternativen betitele, da dies die Legitimität der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme untergraben würde (ebd.). Grundsätzlich kritisiert die Initiative die Aussagen der Verwaltung, die das neue Stadtquartier Dietenbach als alternativlos darstelle, da dies legitime Diskussionen behindere (ebd.). Die Initiative wirft somit der Verwaltung vor, dass sie beabsichtige, das „Sagbare“ (vgl. Jäger, 2019, S. 79) einzuschränken. Auch das Ausrufen eines Wohnungsnotstandes bewirke lediglich voreilige Entscheidungen, die vor allem wirtschaftliche Interessen bedienen (FD11). Der damalige NABU-Freiburg-Vorsitzende Alexander Milles kritisiert ebenso die städtische Perspektive der angeblichen Alternativlosigkeit (ebd.). Laut ihm sei es eine verheerende Botschaft, wenn nachhaltige Stadtentwicklung nicht einmal in den reichsten Regionen der Erde gelinge (ebd.).

Der Bürgerentscheid ging mit etwa 60% zugunsten der Bebauung Dietenbachs aus, wodurch die Diskussion um Alternativwege zum neuen Stadtquartier abebbte. „Rettet Dietenbach“ setzt trotzdem nach dem Bürgerentscheid weiterhin auf alternative kreative Lösungen der Innenentwicklung (FD11). Unter ihrem neuen Namen „Dietenbach ist überall“ äußert sie sich weiterhin kritisch zu dem geplanten neuen Stadtquartier und ruft auf, dessen Bau zu stoppen (FD12).



Diskursstrang: Kosten des Projekts und Bezahlbarkeit von Wohnungen

Die Stadt verspricht im Vorfeld des Bürgerentscheides, dass die Bezahlbarkeit der neu zu schaffenden Wohnungen durch eine Konzeptvergabe bewerkstelligt werden soll (FD6, S. 15). Dazu soll der Verkauf zu Festpreisen statt Höchstgeboten durchgeführt werden (FD2, S. 3). Gemeinwohlorientierte Unternehmen wie Wohnbaugenossenschaften sollen auf diese Weise bei der Errichtung des neuen Stadtquartiers eine bedeutende Rolle einnehmen (FD3). Preisgünstiger Wohnraum in Dietenbach soll der Stadt zufolge mithilfe einer Quote von 50% geförderten Wohnungen erreicht werden (FD2, S. 3).

„Rettet Dietenbach“ kritisiert hingegen die Unsicherheit der diskutierten 50%-Quote an gefördertem Wohnraum (FD2, S. 14). Vor dem Bürgerentscheid sei lediglich eine Prüfung dieser Quote vorgesehen (FD11). Die Bürger:inneninitiative bezweifelt die Durchsetzbarkeit der 50%-Quote wegen Äußerungen von Projektentwickler:innen und vom Vorstand der Entwicklungsmaßnahme Dietenbach GmbH & Co. (kurz: EMD), die sich schon vor dem Bürgerentscheid skeptisch über die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens mit einer Quote von 50% an gefördertem Wohnraum geäußert haben (ebd.).

Die EMD, die für den Kauf der Grundstücke und Entwicklung des Quartiers verantwortlich ist, wurde 2023 durch die Stadt Freiburg von der Sparkasse wegen wirtschaftlicher Unsicherheiten übernommen (FD3; FD7). Die Stadt habe somit mittlerweile die alleinige Entscheidungsmacht über die Vergabekriterien der Grundstücke (FD7) und könne deshalb ihre wohnungspolitischen Zielsetzungen selbst realisieren (FD3). Auf der städtischen Webseite gibt die Stadt Freiburg zudem

an, dass die 50%-Quote an gefördertem Wohnraum beschlossen sei (FD7). Laut Rahmenplan soll diese durch Instrumente wie Verpflichtungen und Mietpreisobergrenzen gesichert werden (FD5, S. 191).

Die Stadt gibt an, dass Neubau wesentlich zur Entspannung des Freiburger Wohnungsmarktes, insbesondere im preisgünstigen Segment, beitragen kann (FD2, S. 2f.). Die Bürger:inneninitiative hingegen meint, dass dies schon bei den um die Jahrtausendwende entstandenen Neubaustadtteilen Vauban und Rieselfeld nicht eingetreten sei (ebd., S. 7; FD11). Sie rechnet stattdessen mit hohen Mieten (FD2, S. 10) und daher auch einem höheren Mietspiegel für die Gesamtstadt Freiburg (FD11). Die Stadt argumentiert hingegen, dass der Anstieg der Wohnungspreise in den 2000er-Jahren erst als Folge einer Wohnraumknappheit nach der Fertigstellung von Rieselfeld und Vauban eingetreten sei (FD2, S. 2).

„Rettet Dietenbach“ hat bereits vor dem Bürgerentscheid hohe Kosten für den städtischen Haushalt wegen des Projektes Dietenbach befürchtet (FD2, S. 14; FD11). Die Initiative sorgt sich deshalb um die bestehende marode Infrastruktur in der Stadt, die dann vernachlässigt werden könnte (FD11). Die Bezahlbarkeit der Wohnungen und Kosten für den städtischen Haushalt sind auch Jahre nach dem Bürgerentscheid noch Thema. Die Bürger:inneninitiative, die sich mittlerweile „Dietenbach ist überall“ nennt, befürchtet mittlerweile etwa 3 Mal so hohe Mieten, wie zur Zeit des Bürgerentscheides von der Stadt prognostiziert worden sein soll (FD14). Mit Anzeigen in Lokalmedien hat die Initiative im Jahr 2023 auf diesbezügliche Probleme des Projektes Dietenbachs aufmerksam gemacht (FD12). Darin kritisiert sie nicht eingehaltene Versprechungen der Stadt (ebd.) sowie eine Verdopplung der städtischen Kosten für die Entwicklung (FD14). Die Stadt hingegen rechtfertigt die hohen und steigenden Kosten mit dem Ziel der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum (FD3; FD5, S. 21).



Diskursstrang: Wachsende Stadt

Eine gänzlich verschiedene Sichtweise haben Verwaltung und Bürger:inneninitiative auf das Wachstum der Stadt Freiburg. Während die Stadtverwaltung mit Bevölkerungsprognosen ein Wachstum als gesetzt ansieht und dafür argumentiert, dass in Freiburg ohne Dietenbach Verdrängungsprozesse eingeleitet und der Fachkräftemangel verschärft werden würde (FD6, S. 5), bezeichnet die Bürger:inneninitiative das Wachstum der Stadt Freiburg als selbsterfüllende Prophezeiung: „Freiburg wächst, weil es baut“ (FD11). Ein:e Unterstützer:in von „Rettet Dietenbach“ meint, dass die Grenzen des Wachstums in Freiburg erreicht seien (ebd.). Die Initiative fordert regionalplanerische Strategien gegen den Zuwanderungsdruck, z.B. mittels Dezentralisierung, statt dem Neubau zur Befriedigung der Nachfrage von außerhalb (FD2, S. 15). Der Neubau in Dietenbach dient nach Ansicht von „Rettet Dietenbach“ zu einem großen Teil Käufer:innen, die nicht aus Freiburg stammen (FD11). Auch die Stadtradsfraktion „Freiburg Lebenswert / Für Freiburg“ argumentiert, dass das Wachstum Freiburg auf Kosten der Ökologie gehe und andere Gemeinden in Deutschland unter der Anziehungskraft Freiburgs leiden (FD2, S. 7). Die Stadtverwaltung bekräftigt hingegen, dass Dietenbach für Freiburger:innen gebaut werde, was sich schon bei den früheren Neubaustadtteilen Vauban und Rieselfeld gezeigt habe (FD6, S. 14).

Zwischenfazit: Problemdiskurs Freiburg Dietenbach

Thematisch steht (insbesondere bis zum Bürgerentscheid 2019) vor allem die Frage, ob Dietenbach überhaupt gebaut werden sollte, im Vordergrund. Dabei schlagen die Gegner:innen des Vorhabens eine Reihe an alternativen Maßnahmen vor, um die Wohnraumsituation in Freiburg zu verbessern.

Die Stadtverwaltung hingegen sieht keine geeignete Alternative zur Entwicklung Dietenbachs. Die Notwendigkeit des Planungsvorhabens lässt sich somit als strittig bezeichnen.

Der Diskurs um das neue Stadtquartier Dietenbach in Freiburg lässt sich als polarisiert und konfrontativ beschreiben. Die Diskursparteien können in zwei klare, widerstrebende Lager eingeteilt werden: Befürworter:innen und Gegner:innen der Planung und Bebauung des Gebietes. Als Befürworter:innen kommen die Verwaltung der Stadt Freiburg sowie fast alle Politiker:innen des Gemeinderates im Diskurs zu Wort. Als Gegengewicht gründeten Bürger:innen Freiburgs die Initiative „Rettet Dietenbach“, die es zum Ziel hat, die bestehende Landwirtschaft und Natur im Gebiet zu erhalten.

Verwaltung und Bürger:inneninitiative vertreten grundsätzlich verschiedene Positionen. Diese Polarisierung spiegelt sich zum einen in den klaren Meinungsverschiedenheiten wider, zum anderen aber auch in der Weise, wie Argumente der verschiedenen Lager bewertet werden. Meinungsverschiedenheiten bestehen beispielsweise darüber, was eine „ökologisch verträgliche“ Entwicklung des Gebiets bedeutet. Diese im Diskurs zentrale Formulierung wird von beiden Seiten verwendet, wobei sie allerdings unterschiedliche Dinge damit meinen: den Bau des neuen Stadtquartiers nach dem ausgearbeiteten Konzept (Verwaltung) oder den Verzicht auf den Bau (Initiative). Um diese Begrifflichkeit bzw. dessen Bedeutung wird also im Diskurs gestritten (vgl. Averbek-Lietz, 2019, S. 92). Ähnlich verhält es sich, wie bereits aufgezeigt, mit der Diskussion darüber, inwiefern die Bezeichnung des neuen Stadtquartiers als „klimaneutral“ legitim ist.

Aber auch über begriffliche Auslegungen hinaus herrscht ein Dissens zwischen den zwei Parteien bezüglich einer Reihe an Einschätzungen und Annahmen. So werden Unterschiede deutlich in der Bewertung, ob Aufstockungen in der Regel zu viel günstigem Wohnraum führen, wie die Initiative angibt (FD2, S. 13), oder zu wenigen teuren Wohnungen, wie die Stadt prognostiziert (FD3; FD6, S. 4). Genau entgegengesetzt verhalten sich die Einschätzungen darüber, ob die neuen Wohnungen in Dietenbach bezahlbar werden (FD2, S. 3) oder nicht (FD11). Zudem ist strittig, inwiefern das neue Stadtquartier Dietenbach eine zeitnahe angemessene Lösung für die Verbesserung der Wohnungsmarktsituation ist. Während die Bürger:inneninitiative meint, dass die Wohnungen in Dietenbach zu spät fertiggestellt würden (FD2, S. 13; FD11), hebt die Verwaltung hervor, dass Dietenbach die Möglichkeiten gebe, schnell viel Wohnraum zu realisieren, da man mithilfe der Instrumente der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme nicht auf die Mitarbeit Privater angewiesen sei (FD2, S. 2).

Darüber hinaus werden Argumente und Äußerungen gegenseitig als illegitim bezeichnet. Die Verwaltung urteilt über die Vorschläge und Argumente von „Rettet Dietenbach“ etwa, dass deren vorgeschlagenen Alternativen „nicht nachvollziehbar“ (FD6, S. 4) seien und die Initiative „[f]alsche Zahlen“ (ebd.) verwende. Gleichzeitig kritisiert die Bürger:inneninitiative die Verwaltung, dass diese das neue Stadtquartier als alternativlos darstelle und so einen legitimen demokratischen Austausch der Argumente verhindere (FD11). Die Initiative wirft somit der Verwaltung vor, das „Sagbare“ (vgl. Jäger, 2019, S. 79) im Diskurs einzuschränken. Darüber hinaus wirft „Rettet Dietenbach“ der Stadtverwaltung vor, mit Euphemismen („Inanspruchnahme von Waldflächen“ (FD11)) ihr Handeln beschönigend darzustellen.

Für ein Bürgerbegehren entschied sich die Initiative, da ihrer Einschätzung nach die Meinungen der Lokalpolitiker:innen nicht die der lokalen Bevölkerung widerspiegeln (FD11). Der Bürgerentscheid lässt sich somit als letzte Eskalationsstufe einer gescheiterten Bürger:innenbeteiligung beschreiben, da die Bürger:inneninitiative kritisiert, dass Bürger:innen

immer lediglich über das „Wie“ der Planung einbezogen worden sind, aber das „Ob“ nie zur Debatte stand (FD11). Dem Bürgerentscheid vorangestellt war eine hoch politisierte Debatte gesamtstädtischer Bedeutung über die Notwendigkeit des neuen Stadtquartiers Dietenbach. Mit der Ja-oder-Nein-Frage zur Verhinderung der Bebauung des Gebietes reduziert sich der Diskurs zeitweise auf das Binäre (vgl. Jäger, 2019, S. 81). Zwar werden eine diverse Vielzahl an Argumenten (z. B. Bevölkerungsprognosen, Naturschutz, Landwirtschaft, Flächenversiegelung, Klimaneutralität) ausgetauscht; diese werden aber lediglich genutzt, um über das absolute Für und Wider zu argumentieren. Die Form der Ausgestaltung des Planungsvorhabens findet im Vorfeld des Bürgerentscheides im öffentlichen Diskurs hingegen keine Beachtung. Der Bürgerentscheid lässt sich als diskursives Ereignis (vgl. ebd., S. 74) beschreiben, der die Richtung des weiteren Diskurses entscheidend geprägt hat. Die Intensität des Diskurses ebte vorerst ab, da eine demokratische Entscheidung über das Hauptthema (das „Ob“) getroffen wurde.

Es stellt sich die Frage, inwiefern der Diskurs und der Bürgerentscheid um das neue Stadtquartier die Machtstellung (vgl. Jäger, 2019, S. 63ff.) der Verwaltung beeinflusst hat. Auf der einen Seite hat die Bürger:inneninitiative mit der Kritik an der „Alternativlosigkeit“ durch das Aufzeigen von alternativen Maßnahmen die Kompetenz der Verwaltung infragegestellt. Zudem hat sie begründete Zweifel an städtischen Versprechungen bezüglich Kosten des Projektes und der Bezahlbarkeit des entstehenden Wohnraums geäußert, bei denen sich erst zeigen wird, wie sie sich letztendlich entwickeln. Auch der Bürgerentscheid lässt sich als Widerstand gegen die Machtstellung der Stadtverwaltung und Forderung für eine bessere Bürger:innenbeteiligung sehen. Auf der anderen Seite war der Bürgerentscheid ohne Erfolg, bei dem etwa 60% für die von der Verwaltung geplante Bebauung stimmten.

Nach dem Bürgerentscheid bildet Dietenbach weiterhin ein problematisiertes Thema im städtischen Diskurs. Die Initiative „Rettet Dietenbach“ hat sich mittlerweile in „Dietenbach ist überall“ umbenannt und ist weiterhin im medialen Diskurs präsent. Die zentralen Argumente und Sichtweisen bleiben dabei nach dem Bürgerentscheid bestehen. Weiterhin verfolgt die Initiative einen Stopp der Planung (FD12), wobei nun aber weniger mit dem Erhalt von Natur und Landwirtschaft, sondern vor allem mit den Kosten der Planung und den prognostizierten Mieten der entstehenden Wohnungen argumentiert wird. Es lässt sich also eine allmähliche Verschiebung in der Argumentationsstrategie der Bürger:inneninitiative im zeitlichen Verlauf von ökologischen zu wirtschaftlichen Argumenten beobachten.

Für die Analyse des neuen Stadtquartiers Dietenbach hervorgehoben werden muss die breite Datenlage mit viel aussagekräftigen Material zur Rekonstruktion des Diskurses. Zur Zeit des Bürgerentscheides waren sowohl eine Protestwebseite (rettet-dietenbach.de) als auch eine Webseite der Befürworter:innen (dietenbach-ist-zukunft.de) online, die heute nicht mehr abrufbar sind. Erstere trug aber mithilfe archivierter Beiträge entscheidend zur Rekonstruktion des Problemdiskurses bei. Die Webseite der Befürworter:innen konnte aufgrund mangelnder Archivierung hingegen nicht genutzt werden; es ist jedoch weiterhin eine Vielzahl an Veröffentlichungen der Stadtverwaltung aus der Zeit des Bürgerentscheides auffindbar, weshalb die hier dargestellten Ergebnisse durchaus eine aussagekräftige und belastbare Analyse des Problemdiskurses um Dietenbach abbilden. Gleichzeitig muss angemerkt werden, dass der Diskurs um Freiburg Dietenbach mit mehr vorhandenem Material noch Möglichkeiten zur deutlich vertieften Untersuchung bietet. Hierbei wäre es insbesondere noch von Interesse, in welcher Form sich die Planung befürwortende Bürger:innen äußern, da diese – nach Votum des

Bürgerentscheidendes – die Mehrheit der Bevölkerung abbilden. Dies wird in der Reflexion im Schlusskapitel erneut aufgegriffen.

4.2.4 Frankfurt Nordwest

Einführung: Hintergrund und Überblick

Die Planung von Frankfurt Nordwest befindet sich noch in einem sehr frühen Planungsstadium. Die ersten informellen Beteiligungsveranstaltungen fanden im Jahr 2019 statt und setzten sich bis 2020 fort (FN1). Parallel dazu wurden Voruntersuchungen durchgeführt. 2022 verkleinerte die Stadt Frankfurt das beabsichtigte Planungsvolumen, um für eine größere Akzeptanz des Vorhabens zu werben. Derzeit befindet sich das Vorhaben in einem regionalplanerischen Verfahren, das über die Zulässigkeit des Planungsvorhabens entscheiden soll.

Als wichtigste:r Akteur:in tritt das Stadtplanungsamt Frankfurt auf, das mit einer Reihe an Informationen Dokumentationen zu Beteiligungsveranstaltungen den Großteil der analysierten Medien bereitstellt. Dazu äußert sich auch das beauftragte unabhängige Expert:innengremium, genannt „Consilium“, im Diskurs sowie eine Vielzahl an Bürger:innen auf Beteiligungsveranstaltungen. Eine besondere Rolle nimmt zudem die Haltung der an das Plangebiet angrenzenden Gemeinden ein, was zum Schluss dieses Unterkapitels ausgeführt wird.



Diskursstrang: Verkehr

Das Thema Verkehr wird trotz des noch sehr unkonkreten Planungsstandes vielfach von den Bürger:innen hervorgehoben. Bei einer der ersten Beteiligungsveranstaltungen im Jahr 2019 sind eine Vielzahl von Anmerkungen der Bürger:innen dokumentiert, die eine schlechte Verkehrssituation in der Umgebung beklagen (FN9, S. 20). Generell äußern sich Bürger:innen, dass mehr Autoverkehr in der Umgebung unerwünscht sei (FN3, S. 7). Teilweise wird daraus die Forderung nach einem autoarmen Stadtteil sowie einer guten ÖPNV-Anbindung abgeleitet (ebd.; FN2, S. 4). Ähnliche Schlussfolgerungen finden sich auch als Ergebnis eines Workshops einer Beteiligungsveranstaltung, wobei dort vor allem die Bedeutung eines S- und U-Bahn-Anschlusses betont wird (FN2, Anhang S. 6ff.). Ebenso wird bei einer Bewertung erster konzeptioneller Entwürfe von den Bürger:innen die Priorisierung der Mobilitätsmittel des Umweltverbundes positiv bewertet (FN3, S. 6f., 9f.).

Die planenden Verantwortlichen – Planungsdezernatleiter und Stadtplanungsamtleiter – sehen den Standort Nordwest gerade in Bezug auf den Wunsch der Bürger:innen nach nicht mehr Autoverkehr als geeignet an. So würde bei einer alternativen Bebauung im Umland deutlich mehr Autoverkehr entstehen (FN3, S. 14; FN4, S. 5). Die Vermeidung von zusätzlichem Autoverkehr im Umland soll laut Stadt durch den Ausbau von Radinfrastruktur und dem ÖPNV gelingen (FN1). Der damalige Leiter des Dezernats für Planen und Wohnen Mike Josef geht in der Argumentation sogar so weit, dass er meint, die Entwicklung des neuen Stadtquartiers sei wegen des guten ÖPNV-Anschlusses „aktiver Klimaschutz“ (FN6, S. 4). Auch das Consilium – ein unabhängiges fachlich begleitendes Gremium – schließt sich dem an und sieht in der guten ÖPNV-Anbindung einen Beitrag zum Klimaschutz (FN7, S. 14).



Diskursstrang: Klima

Auf die Forderung von Bürger:innen nach einer klimaneutralen Bauweise des neuen Stadtquartiers (FN2, S. 15; FN9, S. 38) wird von den verantwortlichen Fachleuten geantwortet, dass in Zukunft bei

Baubeginn eventuell ein Verzicht auf Zement möglich sei und generell eine ressourcenschonende Bauweise angedacht ist (FN2, S. 15). Zudem wird darauf hingewiesen, dass es ohnehin eine Zielsetzung sei, Frankfurt Nordwest klimaneutral und nachhaltig im dreifachen Sinne – mit null Verbrauch, Emissionen und Abfall – zu planen und zu bauen (ebd.). Um dies zu unterstützen, sollen auch die Potenziale neuer Technologien eingesetzt werden (FN4, S. 24).

Auf eine andere Art wird der Begriff Klima in den vorbereitenden Gutachten ausgelegt, und zwar im Sinne des Lokalklimas. In diesen Voruntersuchungen wurden Kaltluftschneisen identifiziert, um sie in den folgenden Planungsschritten von Bebauung freizuhalten (FN8, S. 14). Der BUND Kreisverband Frankfurt äußert jedoch Bedenken, dass insbesondere die notwendigen bis zu 12 Meter hohen Lärmschutzwände zur A5 die Frischluftzufuhr behindern können (FN11). Die Stadt Frankfurt plant jedoch mit Erdschutzwällen, die ihren Untersuchungen zufolge von Kaltluft überströmt werden können (FN3, S. 14f.). Auch im FAQ der städtischen Informationswebseite zu Frankfurt Nordwest wird auf die Frage, wie das Thema Klima berücksichtigt werde, geantwortet, dass Voruntersuchungen zu Kaltluftschneisen und Potenzialen der Dachbegrünung im Sinne der Klimaanpassung durchgeführt wurden, ohne ins Detail zu gehen (FN11). Die in einer Dokumentation einer Beteiligungsveranstaltung angeführte Zielsetzung der Klimaneutralität (FN2, S. 15) findet dort unter dem Stichpunkt Klima jedoch keine Erwähnung.



Diskursstrang: Flächenverbrauch und verdichtetes Bauen

Schon bei einer der ersten Beteiligungsveranstaltungen im Jahr 2019 wird von den Bürger:innen die Forderung nach einer geringen Flächenversiegelung laut (FN9, S. 22). Das Thema Versiegelung wird dort vor allem im Kontext der Grundwasserneubildung und Regenwasserversickerung gesehen. Wegen in Vergangenheit in der Region bereits aufgetretener Trinkwasserknappheit kommen diesbezüglich weitere Bedenken bei folgenden Beteiligungsveranstaltungen hervor (FN3, S. 16f.). So wird gefragt, wie das nah am neuen Stadtquartier liegende Wasserwerk Praunheim in seiner Funktion im Falle einer Bebauung gesichert wird (ebd., S. 17). Die Stadtverwaltung antwortet darauf, dass Untersuchungen durchgeführt werden sollen, wo und wie viel Versiegelung verträglich ist, ohne das Wasserwerk zu beeinträchtigen (ebd.). Auch der BUND Kreisverband Frankfurt fordert, die vorhandenen Trinkwasserquellen nicht durch das Neubauprojekt zu gefährden (FN11).

Das Consilium empfiehlt eine dichte Bebauung des neuen Stadtquartiers, um wenig Flächen versiegeln zu müssen und gleichzeitig eine gute Infrastruktur bereitstellen zu können (FN2, S. 12). Ohnehin sei es der Juryvorsitzenden zufolge die primäre Zielsetzung des städtebaulichen Wettbewerbs, Versiegelung zu vermeiden, indem in die Höhe gebaut werde (ebd.). Diese Zielsetzung deckt sich mit Meinungen aus den Workshops, in denen ein geringer Flächenverbrauch durch hohe Dichte sowie die Nutzung bestehender versiegelter Flächen gefordert wird (ebd., S. 20, Anhang S. 2). Auch bei der Bewertung von Entwürfen wird laut Dokumentation der Verwaltung ein geringer Flächenverbrauch positiv von den Bürger:innen hervorgehoben (FN3, S. 10).

Das Thema Dichte wird zudem mit anderen positiven Eigenschaften verbunden. So wird von den vorsitzenden Fachleuten bei einer Beteiligungsveranstaltung argumentiert, dass Dichte gegen die Schaffung einer „Schlafstadt“ helfe (FN2, S. 15). Zusätzlich ist ein Ergebnis eines im Rahmen dieser Veranstaltung stattgefundenen Workshops, dass die Bürger:innen eine hohe Dichte begrüßen, da dies zur Lebendigkeit des Quartiers beitrage (ebd., S. 4, 20). Ähnliches wird bei der Bewertung eines städtebaulichen Entwurfs angebracht, wo die Bürger:innen die gewählte Dichte förderlich für eine „soziale Dichte“ sehen (FN3, S. 8). Der damalige Dezernent für Planen und Wohnen Mike

Josef wirbt darüber hinaus für eine hohe Dichte, damit das Gebiet einen grünen Charakter erhalte (FN12).

Auch wenn das verfolgte Konzept der hohen Dichte gegen Flächenversiegelung laut Dokumentation der Stadt größtenteils positiv von den Bürger:innen aufgenommen wird, finden sich dennoch einzelne diesbezüglich kritische Meinungen. So wird die vorhandene Nachfrage für Einfamilien- und Reihenhäuser angebracht (FN2, S. 4) und die Behinderung der Kaltluftströme durch hohe Gebäude kritisiert (ebd., S. 16). Zusätzlich wird von einer Person bemängelt, dass bei jeglicher Form der Umsetzung und Versiegelung fruchtbare Böden für die Landwirtschaft zerstört und die regionale Lebensmittelversorgung behindert werden (ebd.). Die Stadt Frankfurt vertritt hingegen die Argumentationslinie, dass lieber in Frankfurt Nordwest Flächen für den Wohnungsbau beansprucht werden als im Umland, wo voraussichtlich mit niedrigerer Dichte und mehr Neuversiegelung gebaut werden würde.



Diskursstrang: Natur- und Landschaftsschutz

Bezüglich der zu Beginn der Planung erstellten Restriktionskarte – also, wo auf keinen Fall gebaut werden sollte – wird von den Bürger:innen gefordert, die vorgesehenen Freiflächen zu vergrößern, da Naherholungsflächen in Frankfurt rar seien (FN2, Anhang S. 2). Eine ähnliche Forderung nach einer Verbesserung der Erholungsfunktion der Landschaft wurde auch bereits bei der Informationsveranstaltung zu den Voruntersuchungen für Frankfurt Nordwest vielfach als Wunsch angebracht (FN9, S. 16). Laut dem damaligen Dezernenten für Planen und Wohnen Mike Josef sei eine Sorge der Bewohner:innen der Umgebung zu Planungsbeginn, dass bestehende Erholungsflächen durch die Entwicklung des neuen Stadtquartiers verloren gehen (FN4, S. 4). Er versichert jedoch, dass stattdessen Grünflächen erhalten und aufgewertet werden sollen (ebd.).

Die Funktion der Bachauen im Gebiet als ökologischer Lebensraum und gleichzeitiger Hochwasserschutz für Menschen wird von der Stadtverwaltung als Herausforderung angesehen (FN1). Der BUND Kreisverband Frankfurt verweist in einem Artikel zum Projekt Nordwest auf den vorhandenen Regionalparkkorridor im Areal, was gegen das neue Stadtquartier spreche (FN11). Ergebnis der vorläufigen Gutachten der Stadt im Jahr 2022 ist, dass die Bachtäler von jeglicher Bebauung mit großem Abstand freigehalten werden sollen (FN8, S. 14). Zudem resultieren aus diesen Gutachten eine Vielzahl an konkreten Maßnahmen zum Natur- und Artenschutz, die im Falle der Bebauung umgesetzt werden sollen (ebd., S. 28). Die ökologische Bilanz des potenziellen neuen Stadtquartiers wird von der Stadt sogar als positiv im Vergleich zu bestehender landwirtschaftlicher Fläche eingeschätzt, wenn Chancen von etwa Dachbegrünung genutzt werden, da die Biodiversität in bebauten Gebieten oft höher als bei intensiver Landwirtschaft sei (FN2, S. 14). Die Stadt versichert außerdem einen gesetzeskonformen Ausgleich der notwendigen Eingriffe in die Natur und eine Berücksichtigung der Umweltverträglichkeit bei Entscheidungen über die Bauweise des neuen Stadtquartiers (FN1).



Diskursstrang: Grundsatzkritik und Alternativen

Das Stadtplanungsamt dokumentiert schon bei der ersten Beteiligungsveranstaltung zum neuen Stadtquartier Nordwest eine Menge an Kritik und Ablehnung des Projektes (FN9, S. 12). So wird das Projekt von manchen wegen der vorgesehenen geringen Entschädigung der Landwirt:innen abgelehnt (FN2, S. 18; FN9, S. 28). Auch Kritik daran, dass überhaupt noch Freiflächen bebaut werden, wird geäußert (FN9, S. 38). Andere fürchten eine profitorientierte Bebauung von Projektentwickler:innen (FN3, S. 17). Zudem wird die Sorge geäußert, dass sich der Neubau zu Ungunsten der angrenzenden Bestandstadtteile auswirkt (ebd., S. 15). Das Consilium mahnt an,

dass ein Verzicht auf die Bebauung in Frankfurt mit einer Bebauung im weiteren Umland verbunden wäre, die mehr Umweltbelastungen und Pendler:innenbewegungen zur Folge hätte (FN7, S. 8). Die planenden Verantwortlichen folgen ebenso dieser Logik und schlussfolgern daraus eine Rechtfertigung des Planungsvorhabens für das Gebiet Nordwest (FN3, S. 14).

Ein weiterer Kritikpunkt mancher Bürger:innen an dem Vorhaben lautet, dass es alternative Möglichkeiten und Gebiete für eine Wohnraumentwicklung gäbe. So wird zum einen gefordert, Innenentwicklungsmöglichkeiten in Frankfurt zuerst zu nutzen (FN2, S. 4; FN9, S. 32). Innenentwicklungsmaßnahmen seien den Planungsverantwortlichen zufolge aber nicht geeignet, da sie allein nicht den prognostizierten Bedarf an Wohnraum decken (FN5, S. 14) und bestehende Stadtteile durch Nachverdichtung ihren Charakter verlieren könnten (FN2, S. 15). Zum anderen wird von Bürger:innen die Bebauung alternativer Gebiete gefordert, etwa dem Pfingstberg (FN2, S. 4; FN9, S. 32). Die Stadt entgegnet darauf, dass Frankfurt Nordwest als einer von acht geeigneten Standorten für Außenentwicklung außerhalb des sogenannten „GrünGürtels“ in einer mehrjährigen Untersuchung identifiziert wurde (FN4, S. 10). Die Entwicklung von weiteren Gebieten werde mit der Verfolgung des Projektes Nordwest aber auch nicht ausgeschlossen (FN5, S. 14).



Diskursstrang: Regionaler Flächennutzungsplan

Ein wichtiges Problemfeld bildet die Abstimmung der Planung mit den umliegenden Gemeinden, da Frankfurt einen Regionalen Flächennutzungsplan besitzt und sich für Planungen mit dem Regionalverband Südhessen abstimmen muss. Der gültige Flächennutzungsplan enthalte laut BUND Kreisverband Frankfurt eine Reihe von Darstellungen bezüglich Natur, Klima und Landwirtschaft, die gegen das Vorhaben sprechen (FN11). Bereits bei der ersten Beteiligungsveranstaltung zum neuen Stadtquartier im Jahr 2019 wird die politische Durchsetzbarkeit gegenüber den Umlandgemeinden von Bürger:innen angezweifelt (FN9, S. 28). Laut BUND sei bereits bei der ersten Sitzung der Regionalversammlung zum neuen Stadtquartier im Dezember 2019 absehbar, dass es keine Mehrheit für das Projekt gäbe (FN11). Insbesondere die Bebauung westlich der Autobahn A5, wo Frankfurt unmittelbar an die Gemeinden Steinbach und Oberursel angrenzt, sei bei diesen Gemeinden und dem Regionalverband auf Ablehnung gestoßen (FN12; FN15).

Die Stadt änderte daher 2022 ihr Konzept dahin, dass lediglich östlich der A5 eine Bebauung mit der Planung verfolgt werden solle (FN1; FN12). Die Zahl der geplanten Wohneinheiten sank im Zuge dessen von 8.400 auf 6.800 (FN14). Der damalige Planungsdezernent Mike Josef bezeichnet diese sogenannte „Variante Ost“ (FN1) als Kompromiss und betont dabei die Vorteile für die gesamte Region, etwa mit dem Ausbau der sozialen Infrastruktur durch das neue Stadtquartier (FN12). Tatsächlich sorgte diese Änderung der Planung laut einem Artikel Taunus-Nachrichten für Erleichterung bei der Gemeinde Steinbach, wo die Kritiker:innen das neue Stadtquartier Nordwest in Anlehnung an den Frankfurter Planungsdezernenten als „Josefstadt“ bezeichnen (FN15). Auch der Präsident der bezirklichen Industrie- und Handelskammer begrüßt die Variante Ost, in der Hoffnung, dass die Planung damit weiterverfolgt und schneller realisiert werden könne (FN14).

Derzeit findet ein Zielabweichungsverfahren nach einem Antrag im März 2023 zum Regionalen Flächennutzungsplan statt (FN1). Ergebnis dessen sei die Entscheidung, ob das neue Stadtquartier Nordwest geplant werden dürfte, womit die Stadt Frankfurt ihre vorbereitenden Untersuchungen abschließen könnte (ebd.). Vertreter:innen der Gemeinde Steinbach äußerten im Januar 2024 aber

erneut Bedenken, dass auch westlich der A5 – und damit unmittelbar an Steinbach angrenzend – gebaut werden könnte (FN13).

Zwischenfazit: Problemdiskurs Frankfurt Nordwest

Der Diskurs um das neue Stadtquartier Frankfurt Nordwest ist vor allem von seinem frühen Planungsstand gekennzeichnet. Die Stadt setzt mit frühzeitigen informellen Beteiligungsveranstaltungen bewusst auf Grundsatzdebatten, bevor konkrete Entwürfe erarbeitet werden (FN2, S. 14). Bei den Bürger:innen trifft dies nicht immer auf Verständnis; einige fragen sich etwa, warum Beteiligungsveranstaltungen stattfinden, wenn noch gar nicht feststünde, ob das Planungsvorhaben überhaupt verfolgt wird (FN9, S. 34). Das frühzeitige Planungsstadium merkt man dem Diskurs in vielerlei Hinsicht an. Zum einen gibt es wenig konkrete Kritik bei Beteiligungsveranstaltungen, weil die Basis dafür, was kritisiert werden könnte, sehr schmal ist. Zum anderen lässt sich ein Großteil der Bürger:innenmeinungen gar nicht als Kritik, sondern viel mehr als Forderungen betrachten, was in der Planung beachtet werden soll. Die Forderungen sind dabei thematisch auffällig breit gestreut, was sich vermutlich aus dem unkonkreten Planungsstand ableiten lässt, wo jede:r Bürger:in noch eigene Forderungen und Ideen abseits verfestigter planerischer Konzepte äußern kann. Dies hat auch zur Folge, dass die Stadt auf viele Meinungen der Bürger:innen nicht eingeht oder gar widerspricht, sondern sie lediglich sammelt und für die weitere Planung zur Kenntnis nimmt.

Die wenigen allgemeinen Ziele des Planungsvorhabens, wie z.B. Klimaneutralität, autoarmes Quartier oder flächensparendes Bauen, werden von den Bürger:innen nicht angezweifelt, sondern größtenteils als legitim und unstrittig angesehen. Die Begründungen für diese Ziele erfolgen allerdings teilweise aus unterschiedlichen Perspektiven: der planerische Fokus auf die Verkehrsmittel des Umweltverbundes etwa wird vom Stadtplanungsamt im Sinne des Klimaschutzes und der infrastrukturell günstigen Lage des Gebietes hervorgehoben, während den Bürger:innen vor allem die Vermeidung von zusätzlichen Autoverkehr in der Umgebung wichtig ist.

Es muss allerdings auch angemerkt werden, dass die Analyse der Beteiligungsveranstaltungen und dort geäußerten Bürger:innenmeinungen allein auf Dokumentationen, die von der Stadtverwaltung veröffentlicht wurden, basiert. Somit ist eine gewisse Unsicherheit gegeben, inwiefern die tatsächlichen Äußerungen und Ergebnisse von diesen Veranstaltungen verzerrt werden. Zudem handelt es sich bei diesen meist nur um anonymisierte Einzeläußerungen, weshalb (außer bei Workshopergebnissen) nicht klar ersichtlich ist, wie viele Menschen hinter diesen Meinungen stehen. Es lässt sich aber festhalten, dass sich noch keine eigene Initiative zu dem Vorhaben Frankfurt Nordwest gegründet hat, was sich vermutlich aus der Unsicherheit über das „Ob“ der Planung begründen lässt. Somit musste sich die Analyse aus städtischen Dokumenten und örtlichen Medienartikeln speisen. Die mediale Ebene erlaubte dabei insbesondere die Beachtung der regionalen Diskussionen um Frankfurt Nordwest.

5 Synthese

In diesem Kapitel werden die Forschungsunterfragen durch eine Zusammenführung der in Kapitel 4 dargestellten Erkenntnisse beantwortet. Im ersten Abschnitt der Synthese werden die zuvor separat betrachteten Fallbeispiele im Hinblick auf die ersten beiden Forschungsfragen zusammengefasst. Dafür wird zunächst die erste Forschungsunterfrage nach der Bedarfsbegründung und dem Planungsanlass der neuen Stadtquartiere beantwortet und im Folgenden die zweite Unterfrage nach dem Problemdiskurs und auftretenden Konfliktthemen. Es sollen Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Befunde zwischen den neuen Stadtquartieren im Hinblick auf die Fragestellungen herausgestellt werden. Den zweiten Abschnitt der Synthese bildet die Beantwortung der dritten Forschungsunterfrage nach dem historischen Kontext von Stadterweiterungsvorhaben. Dafür werden die Ergebnisse der in Unterkapitel 5.1 erfolgten Synthese zur ersten und zweiten Unterfrage mithilfe von Fachliteratur zu den Großwohnsiedlungen der 1960er und 70er Jahre eingeordnet und diskutiert.

5.1 Vergleich unter den Fallbeispielen

Wie wird die Wohnungsfrage von den Städten dargestellt und inwiefern werden daraus Handlungsbedarfe abgeleitet?

Auch wenn die Bedarfsbegründungen der neuen Stadtquartiere in den Details der Umstände und konkreten Darstellungsweisen zwischen den Fallbeispielen variieren, ähneln sich die angeführten Argumentationslinien teilweise stark. So ist die Wohnungsfrage bei allen Fallbeispielen der Hauptanlass der Planung. In allen untersuchten Städten wird eine gestiegene Nachfrage nach Wohnraum verzeichnet, die städtisches Handeln erforderlich mache (BB3, S.6; MF4, S. 8; FD5, S. 9; FN1). Bei allen Fallbeispielen außer Berlin Buch Am Sandhaus wird zudem ein Anstieg der Wohnungsmietpreise als großes stadtweites Problem angesehen (MF1; FD5, S. 9; FN4, S. 6). In Frankfurt wird diese Preissteigerung zusätzlich im Kontext der Generationengerechtigkeit gesehen, da dieser Kostenanstieg jüngeren Menschen zunehmend nicht erlaube, in Frankfurt zu wohnen (FN1), und in Freiburg werden Sorgen geäußert, dass ohne städtisches Handeln Menschen niedrigen und mittleren Einkommens verdrängt werden (FD1, S. 6). Die bestehende Situation des Wohnungsmarktes wird dabei bei den verschiedenen Fallbeispielen unterschiedlich genannt bzw. unterschiedlich stark dramatisiert; konkret ist die Rede unter anderem von „Wohnraummangel“ (FN4, S. 6) oder „Wohnungsnot“ (MF1; FD2, S. 2; FN5, S. 11). Diese sprachlich-rhetorische Bedeutung könnte genauer untersucht werden (vgl. Jäger, 2019, S. 76), jedoch war dies nicht das Ziel dieser Arbeit.

Bei drei von vier untersuchten Fallbeispielen wird Neubau als entscheidende Maßnahme zur Entspannung des Wohnungsmarktes und somit Bekämpfung der Wohnungsfrage, dargestellt (BB3, S. 6; FD2, S. 2; FN4, S. 6). Insbesondere beim Fallbeispiel Dietenbach fällt die Häufigkeit dieser Argumentationslinie über verschiedene Dokumente hinweg auf (FD1, S. 7; FD2, S. 2f.; FD3; FD5, S. 9). Es lässt sich somit von einer präsenten marktwirtschaftlichen Perspektive auf die Lösung der städtischen Wohnungsfragen (vgl. Holm, 2018) sprechen. Lediglich in München Freiham Nord wird dieser Zusammenhang von Neubau und Entspannung der Wohnraumsituation nicht explizit hervorgehoben, jedoch auch impliziert (MF4, S. 8). Zwischen allen untersuchten neuen Stadtquartieren gibt es die Parallele, dass Innenentwicklungsmaßnahmen als nicht (mehr) ausreichend zur Deckung der Nachfrage dargestellt werden (BB1, S. 3; MF3, S. 82; FD5, S. 170; FN6, S. 6). In allen Städten gehöre Innenentwicklung aber weiter zur städtischen Wohnungspolitik und

-strategie hinzu, weshalb hier nicht von einem Ablösen der Innenentwicklung durch Außenentwicklung, sondern eher von einer Ergänzung gesprochen werden kann.

Alle Fallbeispiele, die untersucht wurden, liegen in Städten, die ein Bevölkerungswachstum in den letzten Jahren verzeichnet haben. In Freiburg herrscht diesbezüglich die Besonderheit, dass sowohl ein Geburtenüberschuss als auch ein positiver Wanderungssaldo vorhanden sind (FD5, S. 9). Ausgehend von dem bisherigen Wachstum werden zusätzlich Prognosen zur Bedarfsbegründung für den Bau eines neuen Stadtquartiers herangezogen. Für Freiburg Dietenbach und Frankfurt Nordwest sind diese von besonderer Bedeutung, da für beide eine Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme nach § 165 BauGB durchgeführt wird bzw. werden soll (FD1, S. 7; FN1). Im Zuge dessen ist auffällig, wie bei diesen beiden neuen Stadtquartieren konkret von einem „Wohnungsbedarf“ (FN7, S. 8) bzw. „Wohnstättenbedarf“ (FD1, S. 6) gesprochen wird, da dieser bereits bestehende Bedarf als Begründung für das Durchführen einer solchen Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme notwendig ist. Beide Fallbeispiele eint zudem, dass sie nicht nur Prognosen über die Bevölkerungsentwicklung, sondern auch Prognosen von „fehlenden Wohnungen“ als Bedarfsbegründung heranziehen (FD1, S. 7; FN1; FN7, S. 8). In Frankfurt besteht die Besonderheit, dass dieser Wohnraumbedarf im regionalen Kontext innerhalb des Planungsverbandes und der Metropolregion betrachtet wird. In Berlin wird im Unterschied zu den anderen Fallbeispielen nicht nur mithilfe von stadtweiten Entwicklungen argumentiert, sondern auch Zahlen für den Bezirk Pankow und den Stadtteil Buch genutzt (BB1, S. 2). Diese administrativ-kleinräumigere Betrachtung ergibt sich vermutlich aus der Größe Berlins; allein der Bezirk Pankow hat mehr Einwohner:innen als die gesamte Stadt Freiburg.

Die Dringlichkeit des Handlungsbedarfs zum Bau der neuen Stadtquartiere stellen die Städte unterschiedlich dar. In Freiburg werden etwa soziale und wirtschaftliche Schäden für Freiburg bei einer Unterlassung der Planung prognostiziert (FD5, S. 170). In Berlin wird die generelle Zuspitzung des Wohnungsmarktes als Anlass für eine zeitnahe Realisierung der Quartiere gesehen (BB1, S. 4; BB3, S. 6f.); so auch in Frankfurt, wobei hier explizit das Abwandern von Menschen in das Umland befürchtet wird (FN4, S. 5). In München wird eine Begründung für die Dringlichkeit der Planung aus dem analysierten Textmaterial nicht ersichtlich, jedoch lässt sich an dieser Stelle herausstellen, dass Freiham Nord auch bereits zu Teilen fertig gebaut ist.

Wie die jeweils dargestellten Begründungen des Bedarfs zum Bau der neuen Stadtquartiere erwarten lassen, steht die Wohnungsfrage im Zentrum dessen, was geplant wird. Hauptanliegen der Planung ist bei allen Fallbeispielen die Bereitstellung von neuem Wohnraum, wobei dieser quantitative und qualitative Zielsetzungen erfüllen soll. Dabei gilt es, zum einen viele neue Wohnungen zu bauen und zum anderen insbesondere bezahlbaren Wohnraum mithilfe der neuen Stadtquartieren zu realisieren (BB3, S. 12; MF4, S. 8; FD2, S. 3; FN1), da in diesem Segment der größte Bedarf herrsche. Neben der Funktion als Wohnquartier wird aber auch Nutzungsmischung im Kontext der untersuchten neuen Stadtquartiere thematisiert. Hier lässt sich für die vier Fallbeispiele festhalten: Je größer das geplante Quartier ist, desto bedeutender werden Einkaufsmöglichkeiten und Arbeitsplätze in der Planung.

Welche die neuen Stadtquartiere betreffenden Themen werden im öffentlichen Diskurs problematisiert und wie rechtfertigen die Verwaltungen in Anbetracht auftretender inhaltlicher Konflikte ihre Planungsvorhaben?

Im Gegensatz zur Bedarfsbegründung, die sich bei den vier zu vergleichenden Fallbeispielen stark ähnelt, gestalten sich die Problemdiskurse mit ihren inhaltlichen Konflikten um die neuen

Stadtquartiere als deutlich differenzierter und lokal spezifisch. Themen, die aber bei allen Fallbeispielen eine hohe Relevanz im Diskurs haben, sind Klima, Natur, Dichte und Flächenversiegelung.

Eine Parallele, die sich zwischen den Fallbeispielen zeigt, ist, dass eine ökologisch und landschaftlich verträgliche Entwicklung der neuen Stadtquartiere von der Stadt vorgesehen und gleichzeitig auch von den Bürger:innen im öffentlichen Diskurs gefordert wird. Dabei herrschen Meinungsverschiedenheiten darüber, was als „verträglich“ gilt. Am offensichtlichsten wird diese Strittigkeit bei den neuen Stadtquartieren Dietenbach und Buch Am Sandhaus (BB17; FD11). Beide Fallbeispiele besitzen Waldgebiete innerhalb des Planungsgebietes, weshalb hier vor allem Uneinigkeit besteht, inwiefern diese geschützt werden müssen oder gerodet werden können. Die Fallbeispiele München Freiham Nord und Frankfurt Nordwest liegen hingegen in (fast ausschließlich) landwirtschaftlich geprägten Gebieten. Dies führt zwar nicht dazu, dass das Thema natur- und landschaftsverträgliche Entwicklung bedeutungslos ist, jedoch hat es eine geringere Intensität und beschränkt sich oft auf Maßnahmen und Forderungen, wie die Bebauung ökologisch gestaltet werden soll.

Das Thema Klima nimmt in allen untersuchten Diskursen eine große Rolle ein – insbesondere im Hinblick auf den Klimaschutz. Die Stadtverwaltungen erkennen generell die große Bedeutung der neuen Stadtquartiere für die klimapolitischen Ziele der Stadt an (BB3, S. 6; MF3, S. 80f.; FD2, S. 4; FN2, S. 15). So sind bei allen untersuchten neuen Stadtquartieren klimaschützende und -anpassende Maßnahmen vorgesehen und bei drei von vier Fallbeispielen wird von der Stadt angestrebt, ihr neues Stadtquartier klimaneutral zu errichten (BB3, S. 12; FD2, S. 4; FN2, S. 15). Bei diesen drei Quartieren finden sich jedoch auch Zweifel an der Erfüllung dieser Zielsetzung, insbesondere da der Bebauungsprozess bei allen Quartieren nicht zur Klimabilanz hinzugezählt wird, was bei diesen drei Fallbeispielen von Bürger:innen kritisiert wird (BB13; FD2, S. 11; FN2, S. 15). Lediglich im neuen Stadtquartier Buch Am Sandhaus wird von der Verwaltung überlegt, bestehende Gebäudesubstanz im Sinne einer klimagerechten Entwicklung beizubehalten (BB6). Das grundsätzliche Ziel der Klimaneutralität findet jedoch breite Zustimmung aller Akteur:innen in den Diskursarenen und lässt sich als unstrittiger Konsens bezeichnen. Einzig beim neuen Stadtquartier München Freiham findet sich nicht das planerische Ziel der Klimaneutralität, wobei auch dort weitreichende Klimaschutzmaßnahmen geplant sind (MF3, S. 80).

Charakteristisch für alle (untersuchten) neuen Stadtquartiere ist die hohe bauliche Dichte, mit der geplant wird. Von den Verwaltungen werden – neben der inhärenten Schaffung von viel Wohnraum – Klimaschutz (BB2), Energieeffizienz (FD5, S. 178; BB4, S. 110) geringer Flächenversiegelungsgrad (BB3, S. 14; MF3, S. 81; FD5, S. 170; FN2, S. 2), Erhalt von Naturräumen (MF3, S. 81), Infrastrukturauslastung (MF3, S. 3; FN2, S. 2), Nutzungsmischung (FD1, S. 24), günstigerer Wohnraum (FD5, S. 66), soziale Mischung (BB4, S. 100) und Lebendigkeit (FN2, S. 15) als Argumente für diese hohe Dichte genannt. Das Ziel der baulichen Dichte geht also neben diversen Gründen bei allen untersuchten neuen Stadtquartieren unmittelbar einher mit dem Flächenversiegelungsgrad. Hier lässt sich festhalten, dass die Städte aller untersuchten Fallbeispiele den Anspruch und das Ziel haben, bei ihrem neuen Stadtquartier möglichst wenig Fläche neu zu versiegeln (BB2; MF3, S. 81; FN2, S. 7; FD5, S. 170).

Die Auffassungen der Bürger:innen im öffentlichen Diskurs zum Thema Dichte sind unterschiedlich. So gibt es Forderungen nach höherer bzw. hoher (MF3, S. 17; FN2, S. 20) und niedrigerer Dichte (BB4, S. 121; MF3, S. 3; FN2, S. 4), wobei in München und Frankfurt Einfamilien- und Reihenhäuser von Bürger:innen gewünscht werden. Grundsätzlich lässt sich aber festhalten, dass Bürger:innen

über alle Fallbeispiele hinweg einen niedrigen Flächenversiegelungsgrad fordern – etwa in Form von dessen Reduzierung auf ein Minimum (BB13; FN2, S. 15) oder aber in Form des grundsätzlichen Verzichts auf das gesamte Stadterweiterungsvorhaben wegen der notwendigen Neuversiegelung (FD11; MF3, S. 21; FN9, S. 38). Eine deutliche Parallele zwischen Freiburg Dietenbach und Frankfurt Nordwest ist, dass beide Stadtverwaltungen dieselbe Argumentationslinie nutzen, dass lieber in dem Plangebiet dicht gebaut werden sollte, anstatt dass im Umland für Wohnquartiere mit deutlich niedrigerer Dichte mehr Fläche versiegelt wird, da neuer Wohnraum in jedem Falle benötigt werde (FD2, S. 2; FN3, S. 14). In Berlin Buch Am Sandhaus wird die Eignung der dortigen Bebauung im Vergleich zum Umland aus einer besseren ÖPNV-Anbindung abgeleitet (BB3, S. 7). Diese nachhaltigere Verkehrsanbindung nutzen auch die Städte Freiburg und Frankfurt als Argument für den Bau ihres neuen Stadtquartiers, da so Pendler:innenverkehre vermieden werden könnten (FD3; FN3, S. 14).

Das Thema Verkehr nimmt ein unterschiedliches Gewicht in den Diskursarenen der Fallbeispiele ein, wobei es sich am bedeutendsten beim neuen Stadtquartier Freiham Nord darstellt. Es lässt sich dort als das Hauptanliegen der Bewohner:innen der Umgebung ansehen, Auswirkungen des neuen Stadtquartiers auf ihren Wohnort zu vermeiden, womit konkret ein erhöhter Autoverkehr gemeint ist (MF3, S. 2; MF13; MF14; MF16). Eine ähnliche Befürchtung über eine stärkere Verkehrsbelastung wird auch in Frankfurt Nordwest geäußert (FN3, S. 7), wobei das Thema hier nicht so diskursbestimmend wie in Freiham Nord ist. Im Vergleich dazu ist bemerkenswert, dass das Thema Verkehr in Dietenbach trotz seiner Größe im Vergleich zur Gesamtstadt Freiburg kaum diskutiert wird. Eine Parallele über alle untersuchten Fallbeispiele hinweg ist aber, dass autoarme Quartiere geplant werden (BB2; MF3, S. 19; FD5, S. 86; FN6, S. 4). Dies stellt zwar kein wirkliches Konfliktthema dar, da es sich bei dieser Zielsetzung um einen unstrittigen Konsens zwischen Verwaltung und lokalen Bürger:innen handelt, jedoch findet das Thema dennoch häufige Erwähnung in den Diskursarenen. Auffällig sind hierbei die unterschiedlichen Herleitungen des planerischen Fokusses auf Verkehrsmittel des Umweltverbundes: Während Bürger:innen dies meist befürworten, um ein befürchtetes Verkehrschaos zu verhindern (MF13; FN9, S. 20), verfolgen die Verwaltungen eine autoarme Planung im Sinne der politischen Ziele Verkehrswende und Klimaschutz (BB3, S. 6; FN6, S. 4).

Beim neuen Stadtquartier Buch Am Sandhaus gibt es im Vergleich zu den anderen Fallbeispielen die Besonderheit, dass nicht nur Flächen, die natur- und landwirtschaftsgeprägt sind, für die Bebauung genutzt und somit hinsichtlich ihrer bestehenden Funktion beseitigt werden sollen, sondern mit dem Abenteuerspielplatz und Naturerfahrungsraum „Moorwiese“ auch eine öffentliche Nutzung zur Debatte steht. In diesem Fall regte sich ein überwältigender Protest von Seiten der Bevölkerung, weswegen im Planungsverlauf auf eine Beseitigung dieser Nutzung von der Verwaltung im Sinne einer höheren Akzeptanz des Vorhabens verzichtet wurde (BB4, S. 128). Ausgehend von der Bedeutung der „Moorwiese“ im Diskurs lässt sich vermuten, dass eine solche Bestandsnutzung, mit der Bürger:innen persönliche Erfahrungen verbinden, stärker zum Protest mobilisieren kann.

Teil des Erkenntnisinteresses der zweiten Forschungsunterfrage war es auch herauszufinden, welche Rolle Alternativen zu dem geplanten neuen Stadtquartier im Diskurs einnehmen. Als Gemeinsamkeit lässt sich festhalten, dass bei allen Fallbeispielen alternative Standorte für neue Stadtquartiere von der Verwaltung im Vorfeld der konkreten Planung untersucht wurden. In Berlin und Frankfurt werden die weiteren Standorte auch mit der Planung des untersuchten neuen Stadtquartiers weiterverfolgt (BB4, S. 72; FN4, S. 10; FN5, S. 24). In Freiburg wird Dietenbach als

das in der Voruntersuchung einzig für geeignet befundene Gebiet dieser Größenordnung dargestellt (FD1, S. 21). München Freiham Nord war bereits in den 1960er Jahren Teil einer Voruntersuchung mit mehreren Standorten, die bereits realisiert worden sind (MF3, S. 63).

Sobald darüber hinaus auch Äußerungen und Forderungen der Öffentlichkeit über Alternativen zum geplanten neuen Stadtquartier einbezogen werden, lässt sich das Thema als hoch lokalspezifisch mit großen Differenzen zwischen den Fallbeispielen beschreiben. Beim Münchner Stadtquartier Freiham Nord wurde in der Analyse bezüglich alternativer Maßnahmen zur Bewältigung der Wohnungsfrage lediglich eine Äußerung im Diskurs gefunden – die Einzelforderung nach einer Stärkung dezentraler Orte in Bayern statt dem Bau Freiham Nord (MF3, S. 21). In Berlin wird im Diskurs keine alternative Maßnahme zum neuen Stadtquartier Buch Am Sandhaus diskutiert. Bürger:innen fordern dort vielmehr eine alternative Form der Bebauung mit weniger Wohnungen, wobei der Standort und das generelle Vorhaben, neue Wohnungen zu bauen, nicht abgelehnt werden (BB18). In Frankfurt Nordwest werden mehrere Alternativen zum Standort Nordwest diskutiert. So wird von manchen Bürger:innen die prioritäre Verfolgung von Innenentwicklung gefordert oder aber die Bebauung alternativer Standorte (FN2, S. 4; FN9, S. 32). Die Frankfurter Stadtverwaltung sieht diese jedoch nicht als ersetzende Alternativen, sondern ergänzende Maßnahmen an (FN1; FN5, S. 14). In Freiburg sind Alternativen sogar das den Diskurs beherrschende Thema, wobei dort, wie bereits ausführlich beschrieben, große Meinungsunterschiede zwischen Verwaltung und Bürger:inneninitiative herrschen, ob das großmaßstäbliche neue Stadtquartier notwendig ist oder ob nicht kleinteiligere Maßnahmen innerhalb der bestehenden Stadt ausreichen.

Mit Blick auf den Bestandteil der Forschungsunterfrage, wie die Verwaltungen ihr Vorhaben in Anbetracht der auftretenden Konflikte rechtfertigen, kann festgestellt werden, dass die Dringlichkeit der Verbesserung der Wohnraumsituation in den Städten höchste Priorität und damit ein sehr starkes Gewicht in der Abwägung erhält. Die meist ökologischen Gegenargumente werden insofern in die Planung eingebaut, dass die neuen Stadtquartiere weitreichende Zielsetzungen zur ökologischen Verträglichkeit und Klimaschutz enthalten. Die für Stadterweiterungsvorhaben zwingenderweise notwendige Bodenneuversiegelung wird mit der geplanten hohen Dichte der neuen Stadtquartiere gerechtfertigt. Dabei wird von den Stadtverwaltungen die Annahme getroffen, dass aufgrund der hohen Nachfrage in jedem Falle irgendwo in der Stadtregion Wohnraum gebaut werden würde, und dies daher lieber „flächenschonend“ in ihrem Plangebiet geschehen solle.

Die Diskursarenen der Fallbeispiele generalisierend lässt sich festhalten, dass Bürger:innen zumeist mit ökologischen Argumenten die geplanten neuen Stadtquartiere, welche die Verwaltungen als sozialpolitische Maßnahme ansehen, kritisieren. Stimmen aus der Öffentlichkeit, die sich für die Planungen aussprechen, sind sehr rar; stattdessen ist die sich äußernde Öffentlichkeit von Protest geprägt. In zwei Fällen organisiert sich dieser Protest sogar als eigens gegründete Initiativen. Dadurch werden die Bürger:innen im Diskurs deutlich sichtbarer und präsenter. Die Bürger:inneninitiativen können Interessen mit mehr Druck vertreten, da es sich dann nicht mehr lediglich um Einzelinteressen handelt, und auch einen stärkeren Einfluss auf den Diskurs und somit die Planung nehmen. Beide Initiativen in Berlin und Freiburg bestimmen mit diskurstransformierenden Handlungen (vgl. Jäger, 2019, S. 74) – Unterschriftenliste, Einreichung eines eigenen städtebaulichen Entwurfs und Demonstration im Falle Buch Am Sandhaus und Bürgerbegehren sowie Bürgerentscheid in Dietenbach – den Diskurs aus Eigeninitiative mit, womit teilweise auch tatsächlich nachvollziehbare Änderungen der Planungen vollzogen wurden.

In den beiden anderen untersuchten neuen Stadtquartieren sind die lokalen Bürger:innen ohne eigene Initiative und Organisierung stark auf die Beteiligungsformate durch die Stadtverwaltung gewissermaßen angewiesen, um ihre Meinung zu äußern. Da es sich dann auch lediglich um Einzelmeinungen handelt und Äußerungen oft nur zu vorgegebenen Themenblöcken abgegeben werden können, sind die Möglichkeiten der Einbringung und Einflussnahme für die Bürger:innen dort geringer. Die vorhandene Machtdynamik zugunsten der planenden Verwaltung äußert sich in diesen Fällen außerdem darin, dass sich ohne Bürger:inneninitiative kaum alternative Darstellungen der Planung finden, die nicht von der Verwaltung formuliert und veröffentlicht worden sind. Der Diskurs um das jeweilige neue Stadtquartier wird dann von der institutionellen Machtstellung der Verwaltung (Planungshoheit) beherrscht und geprägt, da Informationen, Darstellungen, Deutungen und Argumente meist nur von ihr veröffentlicht werden.

5.2 Historische Kontextualisierung mit Großwohnsiedlungen

Für die Beantwortung der dritten Forschungsunterfrage „Wie lässt sich mithilfe des historischen Kontextes der Großwohnsiedlungen der 1960er und 70er Jahre das heutige planerische Handeln bezüglich neuer Stadtquartiere besser verstehen?“ sollen die erarbeiteten Ergebnisse der ersten zwei Unterfragen zu den neuen Stadtquartieren in den historischen Kontext der Großwohnsiedlung eingeordnet werden. Wie in der Einleitung bereits knapp ausgeführt, bietet sich der Vergleich bzw. die Kontextualisierung mit den Großwohnsiedlungen der 1960er und 70er Jahre an, da hinsichtlich dreier Aspekte – (1) Hauptfunktion Wohnen, (2) verdichtete Bauweise und (3) periphere Lage – Gemeinsamkeiten zwischen neuen Stadtquartieren und Großwohnsiedlungen bestehen. Das Unterkapitel ist dabei so aufgebaut, dass die Erkenntnisse bezüglich neuer Stadtquartiere mit verschiedenen Themenschwerpunkten im Kontext der Großwohnsiedlungen betrachtet werden. Dafür werden Erkenntnisse aus dieser Arbeit sowie Fachliteratur einbezogen.

Wohnraummangel und Bedarfsbegründung

Die Begründung des Baus der Großwohnsiedlungen leitete sich zum einen von dem damaligen Bevölkerungswachstum in Städten ab, welches durch eine verstärkte deutsche Binnenmigration von ländlichen in städtische Regionen ausgelöst wurde (vgl. Sieverts, 2020, S. 27). Zum anderen gründete sie aber auch auf dem unaufhaltsamen Wachstumsglauben der 1960er Jahre: Steffen Krämer (2007, S. 115) bezeichnet Großwohnsiedlungen nach dem Leitbild der ‘urbanen und verdichteten Stadt’ wegen der enormen Größenordnungen und Maßstäblichkeit der Planungen und Bauaktivitäten als „Sinnbild für den damals vorherrschenden Glauben an die Allmacht des technischen Fortschritts und der sich stets vergrößernden Wachstumsraten“. Der Wohlzustandszuwachs zu dieser Zeit steigerte zudem die Ansprüche an Wohnungen bezüglich Größe und Ausstattung, was eine erhöhte Nachfrage nach neu gebautem Wohnraum zur Folge hatte (vgl. Sieverts, 2020, S. 27).

Auch bei den neuen Stadtquartieren lassen sich Migrationsbewegungen und (Re-)Urbanisierungsprozesse als Anlass für deren Planung verstehen (vgl. Altrock, 2022b, S. 132). Die dadurch verschärfte Situation auf den städtischen Wohnungsmärkten dient, wie in den vorherigen Kapiteln dargelegt, als hauptsächliche Begründung für den Bedarf der neuen Stadtquartiere. Die Rahmenbedingungen der Großwohnsiedlungen mit einem scheinbar unaufhaltsamen Wirtschaftswachstum lassen sich jedoch nicht auf die neuen Stadtquartiere übertragen – auch wenn etwa beim Fallbeispiel Dietenbach die Bürger:inneninitiative der Stadtverwaltung vorwirft,

einer Wachstumsideologie zu folgen (FD11). Die höheren Wohnansprüche aus der Zeit der Großwohnsiedlungen lassen sich insofern auf die heutige Zeit übertragen, dass auch die heutige Knappheit am Wohnungsmarkt zu einem großen Teil auf das Wachstum der Wohnfläche pro Kopf zurückgeht (vgl. Kronauer & Siebel, 2022, S. 178). Das Fallbeispiel Dietenbach versucht, diesem Trend mit kleineren Wohneinheiten entgegenzuwirken (FD5, S. 178).

Im Gegensatz zur heutigen Zeit (vgl. Reiß-Schmidt, 2018, S. 997) waren Nachverdichtung oder Innenentwicklung in den 1960er Jahren kaum ein Thema, da es an innerstädtischen Bauflächen mangelte und außerdem eine großflächige Stadterweiterung durch die zunehmende Automobilisierung möglich wurde (vgl. Krämer, 1997, S. 142). Bemerkenswert ist, dass das Gebiet des Fallbeispiels München Freiham Nord bereits in den 1960er Jahren Gegenstand planerischer Überlegungen war, als Großwohnsiedlung bebaut zu werden (MF3, S. 63). Auch Teile des Rahmenplangebiets von Berlin Buch Am Sandhaus waren in den 60er Jahren zur Zeit der DDR vorgesehen, als Wohnungsbauprojekt „Buch V“ in Plattenbauweise errichtet zu werden (BB3, S. 10). Heute werden von diesem Gebiet große Teile aus ökologischen Gründen nicht bebaut. Es stellt sich somit die Frage, inwiefern sich die planerischen Prioritäten und Ideale seitdem geändert haben.

Urbanität durch Dichte 2.0?

Unter dem Leitbild der ‘urbanen und verdichteten Stadt’ entwickelte sich um 1960 eine neue Strömung in der Stadtplanung (vgl. Krämer, 2007, S. 106; Pehnt, 2007, S. 7). Eine hohe bauliche Dichte sollte die Zersiedelung der Landschaft auf das Minimum begrenzen, das städtische Leben fördern und „eine neue Urbanität schaffen“ (Reinborn, 1996, S. 240). Dieses neue Leitbild der ‘urbanen und verdichteten Stadt’ lässt sich als bewusste Gegenbewegung zur ‘gegliederten und aufgelockerten Stadt’ der 1950er Jahre verstehen (vgl. Sieverts, 2020, S. 28), die in den 1960er Jahren von vielen als „antiurban“ (Krämer, 2007, S. 106) wahrgenommen wurde. Die Kritik an den Siedlungen der 50er Jahre setzte vor allem an deren niedriger Dichte und Monofunktionalität als reine Wohngegenden an (vgl. Müller-Raemisch, 1990, S. 43), weshalb Großwohnsiedlungen oft unter dem Leitspruch ‘Urbanität durch Dichte’ entstanden (vgl. Beckmann, 2015, S. 163).

In den Grundzügen lässt sich diesbezüglich eine Parallele zwischen Großwohnsiedlungen und neuen Stadtquartieren erkennen. Björn Egner und andere (2021, S. 1) beschreiben die aktuelle Entwicklung simpel: „Die deutschen Großstädte wachsen; urbanes Leben ist wieder modern.“ Urbanität und urbane Quartiere gelten weiterhin bzw. wieder als erstrebenswertes Ideal für Stadtentwicklungsvorhaben in der heutigen Zeit, was insbesondere auch bei den untersuchten Fallbeispielen erkennbar ist. Das Stichwort ‘urban’ ist Teil des Leitbildes von Freiham Nord (MF3, S. 80). In Freiburg Dietenbach ist ein „urbaner Stadtteil“ das Ziel (FD4), wobei hier vor allem Nutzungsmischung als „urban“ angesehen wird (FD1, S. 24). Ähnlich verhält es sich in Frankfurt Nordwest, wo das Consilium eine „[u]rbane Dichte“ und „Urbanität durch [Nutzungs-]Mischung“ fordert (FN2, S. 12). Im neuen Stadtquartier Buch Am Sandhaus wird von der Verwaltung die vorgesehene Blockrandstruktur (BB3, S. 19) mit vielen Wohnungen (BB4, S. 124) als „urban“ angesehen, wobei dort im Zuge dessen auf die widersprüchlichen Vorstellungen von urbaner Bebauung und Leben in der peripheren Landschaft hingewiesen wird (ebd.). Das Thema Urbanität besitzt somit eine hohe Aktualität und Relevanz im Diskurs um neue Stadtquartiere. Heute wie damals wird „urban“ als positiv konnotierter Begriff verwendet, der einen wünschenswerten Zustand beschreibt.

Ähnlich wie bei den neuen Stadtquartieren, wo Dichte und Urbanität als verwandte Begriffe angesehen werden, herrschte schon zur Zeit der Großwohnsiedlungen die Vorstellung, dass Dichte als Ausgangspunkt und sogar Bedingung für Lebendigkeit und Erlebnisdichte begriffen wurde (vgl. Reinborn, 1996, S. 240; Spiegel, 2000, S. 37). Die gleiche Kausalitätsverkettung findet sich auch als Ergebnis eines Workshops zu Frankfurt Nordwest: „Es darf dicht bebaut werden, denn wir wollen lebendige Stadtteile“ (FN2, S. 20). Inwiefern diese Kausalität zwischen Dichte und Urbanität (im Sinne von Lebendigkeit) aber wirklich zutreffend ist, lässt sich mit Blick auf die Erfahrungen mit den tatsächlich gebauten Großwohnsiedlungen als höchst fragwürdig einstufen. Denn Großwohnsiedlungen in den 60er Jahren entstanden trotz der Kritik an der Monofunktionalität der ‘aufgelockerten und gegliederten Stadt’ der 1950er Jahre und dem daher viel diskutierten Idealbild der Nutzungsmischung kaum diesem Idealbild entsprechend. Die tatsächlich gebauten Großwohnsiedlungen ließen die viel geforderte Nutzungsmischung weitestgehend außer Acht und fokussierten sich stattdessen auf eine höhere bauliche Dichte (vgl. Kuder, 2004, S. 172). Steffen Krämer (vgl. 2007, S. 11) bescheinigt der ‘urbanen und verdichteten Stadt’ extreme Differenzen zwischen ideellem Leitbild und gebauter Realität, da die gewünschte Urbanität und Erlebnisdichte durch die hohe Dichte, mit der die Großwohnsiedlungen gebaut wurden, keineswegs eintraf.

Das Thema Dichte bietet aber noch weitere Parallelen zwischen der Planung von Großwohnsiedlungen und neuen Stadtquartieren. Bereits zur Zeit der Großwohnsiedlungen war der hohe Flächenverbrauch in der Stadtplanung Thema. So wurde die Stadterweiterung der Vergangenheit bereits um 1960 wegen ihres hohen Flächenverbrauchs vielfach kritisiert (vgl. Pehnt, 2007, S. 6) und eine Zersiedelung der Landschaft beklagt (vgl. Reinborn, 1996, S. 237). Die ‘gegliederte und aufgelockerte Stadt’ der 1950er Jahre wurde vor allem wegen ihrer niedrigen Dichte häufig als „antiurban“ (ebd., S. 240) bezeichnet. Die Folge waren Forderungen nach einer flächensparenden Bauweise mit höherer Einwohner:innendichte (vgl. ebd.). Ähnliche Argumentationsweisen finden sich auch bei den untersuchten Fallbeispielen. Geleitet durch das bundesweite Ziel, Flächenverbrauch zu vermindern (vgl. BMUV, 2023), bekräftigen alle Städte der analysierten Fallbeispiele, eine flächensparende Bebauung mittels hoher baulicher Dichte erreichen zu wollen (BB3, S. 14; MF3, S. 81; FD5, S. 170; FN2, S. 2). Dort wird auch oft das Argument genannt, dass eine Bebauung in der Stadt flächenschonender sei als eine Bebauung im Umland mit geringerer Dichte, die zugleich schlechter an den ÖPNV angebunden wäre. Die Argumentationslinie, dass mittels dicht bebauter Stadtteile innerhalb der jeweiligen Stadtgrenzen eine Zersiedelung der Landschaft gestoppt werden soll, – obwohl die Vorhaben ja gezwungenermaßen eine weitreichende Neuversiegelung zur Folge haben, – hat also seit der Zeit der Großwohnsiedlungen ihre Aktualität behalten.

Zudem wurde zur Zeit der Großwohnsiedlungen in den 1960er Jahren eine hohe Dichte damit begründet, dass die Grundstückspreise stiegen und eine effizientere Ausnutzung der Fläche für die Wirtschaftlichkeit der Vorhaben nötig sei (vgl. Sieverts, 2020, S. 28). Ähnliche Begründungen finden sich auch beim untersuchten Fallbeispiel München Freiham Nord, wo die hohen Grundstückspreise als Begründung dafür genutzt werden, dass dicht gebaut werden muss, damit bezahlbarer Wohnraum entstünde (MF3, S. 3). Wolfgang Pehnt (2007, S. 12) spricht in Bezug auf die Großwohnsiedlungen von einer "Ideologie der Dichte“, die hohe Renditen für die am Bau Beteiligten aus der Wirtschaft versprochen. Genauso werden auch heute Stimmen laut, die mächtige Spekulationsinteressen und reine Profitorientierung bei der Entwicklung der neuen Stadtquartiere befürchten (FD11; FN3, S. 17).

Planstadtteile als Sinnbild ihrer Zeit

Wie bereits erwähnt, werden Großwohnsiedlungen der 1960er und 70er Jahre als Sinnbild ihrer Zeit mit den gängigen Leitbildern und Sichtweisen, insbesondere in Bezug auf das unhinterfragte Wachstumsparadigma und die Großmaßstäblichkeit der Planungen, gesehen (vgl. Krämer, 2007, S. 115). Die Planungen für ein endlos geglaubtes Wachstum (vgl. Pehnt, 2007, S. 9) sind heute nicht mehr so auf die neuen Stadtquartiere übertragbar. Zwar wird etwa bei Freiburg Dietenbach der Stadt vorgeworfen, dass steigende Bevölkerungsprognosen und der darin begründete Bau Dietenbachs ein Zirkelschluss seien (FD11); dennoch – oder gerade wegen dieser anhaltenden Wachstumskritik – lässt sich ein Wandel im Planungsverständnis beobachten. Herausforderungen wie der Klimawandel sind heute deutlich bedeutender, weshalb Zielkonflikte zwischen Städtewachstum und Wohnungspolitik auf der einen Seite und Boden-, Natur- und Klimaschutz auf der anderen Seite heute meist recht offen von den Planer:innen angesprochen werden. Im Gegensatz zu Großwohnsiedlungen, die im Sinne der Urbanität durch riesige Wohnbauten und im Sinne der 'autogerechten Stadt' durch überdimensionierte Verkehrsinfrastrukturen geprägt wurden (vgl. Krämer, 2007, S. 110), was damals als Bild der Zukunft gedacht wurde, entwickeln sich im Anbetracht der neuen Herausforderungen heute neue Ansätze – etwa Mobilitätskonzepte mit dem Bestreben zur Verkehrswende, nachhaltige und klimaneutrale Energiekonzepte sowie Klimaanpassungsmaßnahmen. Zudem lässt sich heute eine kleinräumigere Betrachtungsweise gegenüber der Großmaßstäblichkeit der Großwohnsiedlungen feststellen. Diese äußert sich etwa in der Untergliederung der neuen Stadtquartiere in mehrere Teilquartiere mit eigener Identität (MF3, S. 3; FD5, S. 38; FN6, S. 63, 108) und in der typologischen Fokussierung auf kleinparzelligeres Bauen in Blockrandstrukturen (MF2, S. 2; FD5, S. 146). Im Falle Dietenbachs wird sogar offen angesprochen, dass die gewählte parzellenorientierte Blockrandbebauung „robuster und langlebiger“ sei als Großstrukturen aus den 1960er und 70er Jahren (FD5, S. 197).

In den 1960er Jahren waren die Großwohnsiedlungen noch deutlich stärker von utopischen Sichtweisen geprägt, die einen Wandel der Gesellschaft sahen und diesen in einen unmittelbaren Zusammenhang mit neuen Bauweisen setzten (vgl. Beckmann, 2015, S. 162f.). Bei den neuen Stadtquartieren lassen sich solche Utopievorstellungen nicht finden, jedoch lässt sich durchaus der planerische Anspruch einer zukunftsweisenden Funktion der Planungsvorhaben erkennen. Ein Vorsitzender des Preisgerichts für Freiham Nord verspricht für das neue Stadtquartier in München: „Die Zukunft beginnt dort und jetzt“ (MF7, S. 5). Auch ohne utopische Gesellschaftsvisionen wie in den 60er Jahren finden sich heute hohe planerische Ambitionen bei den neuen Stadtquartieren. Freiburg Dietenbach lässt sich hier exemplarisch benennen, wo das Ziel nicht weniger ist, als ein ökologisch verträgliches (FD3) und klimaneutrales (FD2, S. 4) Stadtquartier zu errichten, welches eine hohe Wohnqualität zu günstigen Preisen (FD6, S. 9) bieten und damit den gesamten städtischen Wohnungsmarkt entlasten soll (FD5, S. 9). Die Stadt Freiburg bezeichnet das neue Stadtquartier Dietenbach im Zuge dessen sogar als Vorbild für eine klimaschützende und zukunftsweisende Stadtentwicklung (FD2, S. 4). So lässt sich auch bei den neuen Stadtquartieren der Anspruch finden, fortschrittliche Stadtentwicklung zu betreiben, die eine zukunftsweisende Signalwirkung für die Transformation von Städten innehat.

Inwiefern die neuen Stadtquartiere auch zum Sinnbild der Planung des frühen 21. Jahrhunderts werden, wird sich erst rückblickend aus der Zukunft zeigen. Dann wird man ebenso klarer bewerten können, inwiefern die neuen Stadtquartieren den heutigen Leitbildern, ambitionierten Zielsetzungen und damit der angekündigten Vorbildfunktion gerecht geworden sind. Zweifel an

der Klimafreundlichkeit und ökologischen Verträglichkeit der neuen Stadtquartiere werden, wie bei den Fallbeispielen analysiert, schon heute oft geäußert.

Planungslehren und Nachwirkungen historischer Erfahrungen

Die Stadterweiterung in Form großmaßstäblicher Neubaustadtteile hat infolge des Baus der Großwohnsiedlungen ein schlechtes Image erhalten. So wurde schon wenige Jahre nach dem Bau der Großwohnsiedlungen deren „Unmaßstäblichkeit“ (Altrock, 2022a, S. 266) kritisiert und viele von ihnen entwickelten sich in den Augen der Öffentlichkeit zu sogenannten „sozialen Brennpunkten“ oder „Problemvierteln“ (vgl. ebd.; Geiling, 2007, S. 91). Schon in den 1980er Jahren hieß es unter Planer:innen, dass in Zukunft keine Stadterweiterung mit großmaßstäblich Planstadtteilen mehr stattfinden sollte (vgl. Zupan, 2015, S. 193). Diese Erfahrungen spiegeln sich auch in der Entwicklung neuer Stadtquartiere wider. Beim untersuchten Münchner Fallbeispiel Freiham Nord etwa werden anhand eines Kommentars von Bürger:innen die negativen Assoziationen mit dichter Bebauung offensichtlich. Dort äußern Bürger:innen die Befürchtung, dass sich Freiham zu einem „Ghetto“ entwickeln könnte, wenn keine Einfamilien- und Reihenhäuser in die Planung integriert werden würden (MF3, S. 3) – eine Äußerung, die mutmaßlich aus Erfahrungen mit Münchens größter Großwohnsiedlung Neuperlach entspringt. In Freiburg Dietenbach wird, wie bereits erwähnt, die geplante kleinparzellige Blockrandstruktur aus schlechten Erfahrungen mit Großwohnsiedlungen der 1960er und 70er Jahre abgeleitet (FD5, S. 197).

Schon in den 70er Jahren wurde Kritik an den oftmals als „Trabantenstädte“ bezeichneten Großwohnsiedlungen der 60er Jahre laut (vgl. Krämer, 2007, S. 114). Diese Bezeichnung findet sich mit ähnlicher Kritik auch in Bezug auf die analysierten neuen Stadtquartiere wieder. Die Stadt München grenzt ihr Vorhaben von einer als negativ empfundenen „Trabantenstadt“ dahingehend ab, dass in Freiham mithilfe von Lebendigkeit, Funktionsmischung und eigener Infrastruktur eine andere Form von Neubaustadtteil errichtet werden soll (MF3, S. 3). Eine besondere Dimension dieser Abgrenzung ist, dass Freiham bereits in den 1960er Jahren als eine solche „Entlastungsstadt“ angedacht war, wobei sich die Stadterweiterungsvorhaben in München zu dieser Zeit dann jedoch auf Neuperlach im Südosten der Stadt konzentrierten (ebd., S. 63). Eine ähnliche Bezeichnung – die „Schlafstadt“ – spielt als Negativbild bei Frankfurt Nordwest eine Rolle. So wird bei dieser Planung die Einigkeit von Bürger:innen (FN2, S. 4, 20), Consilium (ebd., S. 12) und planender Verwaltung (ebd., S. 15) deutlich, keine „Schlafstadt“ bauen zu wollen. Ein Vertreter des Consiliums bezeichnet die Errichtung von Schlafstädten dabei als einen Fehler der Vergangenheit, der nicht wiederholt werden dürfte (FN4, S. 17). Als Gegenentwurf wird ein gemischtes und lebendiges Quartier aufgezeichnet (FN2, S. 12).

Bei beiden diesen Fällen lässt sich also eine Kritik an den monofunktionalen Neubaustadtteilen der Vergangenheit – unter welche auch die Großwohnsiedlungen, die nicht ihren urbanen Zielsetzungen genügen konnten, fallen – erkennen. Es zeigt sich so, wie heute Stadtplanung immer im Kontext früherer Stadtentwicklungsprojekte gesehen wird, insbesondere wenn es darum geht, Fehler der Vergangenheit zu vermeiden und so aus der Geschichte zu lernen. Diese Verantwortung wird auch in einem Artikel der Süddeutschen Zeitung zum Projekt Freiham Nord herausgestellt, in dem gemahnt wird, aus Erfahrungen von der Großwohnsiedlung Neuperlach zu lernen (MF12).

Beantwortung der dritten Forschungsunterfrage

Die Frage „Wie lässt sich mithilfe des historischen Kontextes der Großwohnsiedlungen der 1960er und 70er Jahre das heutige planerische Handeln bezüglich neuer Stadtquartiere besser verstehen?“ lässt sich knapp zusammenfassend so beantworten, dass sowohl bei Großwohnsiedlungen als auch bei neuen Stadtquartieren sich das Anliegen gleicht: die großmaßstäbliche Schaffung von viel Wohnraum. Zudem werden die Stadterweiterungsvorhaben teilweise immer noch mit den gleichen Fragen konfrontiert – etwa damit, wie flächensparend gebaut werden kann. Hier lässt sich feststellen, dass die Schaffung von Wohnraum in der Abwägung weiterhin stärker gewichtet wird als der Schutz von Böden.

Dennoch lässt sich ein klarer Wandel der Stadtplanung seit der Zeit der Großwohnsiedlungen nachvollziehen. Die neuen Stadtquartiere formulieren keine visionären Utopien mehr, sondern setzen sich stattdessen mit Reaktionen auf neue Herausforderungen – primär dem Klimawandel – auseinander. Statt dem blinden Folgen eines Wachstumsparadigmas wird heute eine komplexere Abwägung zur Ausgestaltung der Planung betrieben. Dementsprechend werden Neubaustadtteile heute auch anders geplant: mit Maßnahmen zur Verkehrswende, Kleinteiligkeit, ökologischen Verträglichkeit und Klimaneutralität. Auch wenn Großwohnsiedlungen und neue Stadtquartiere also scheinbar die gleiche Antwort – Stadterweiterung – auf dieselbe Frage – Entspannung vom angespannten Wohnungsmarkt – geben, lässt sich durchaus ein Umdenken in der Stadtplanung feststellen. Dabei stehen die Großwohnsiedlungen der 1960er und 70er Jahre angesichts der bestehenden Erfahrungen stets als Negativbeispiel im Raum, von dem sich Planer:innen abgrenzen wollen. Inwiefern dieses Umdenken aber ausreicht und inwiefern die neuen Stadtquartiere wirklich erfolgreicher bei der Implementierung ihrer gesteckten Ziele werden als die Großwohnsiedlungen, wird sich erst zeigen.

6 Schluss

Abgeschlossen wird die Bachelorthesis mit einem inhaltlichen Fazit, in dem die Hauptkenntnisse zusammengefasst und die Leitfrage beantwortet wird, sowie einer methodischen Reflexion, bei der das Vorgehen und der Erfolg bzw. die Aussagekraft der erarbeiteten Ergebnisse rückblickend bewertet wird.

6.1 Fazit

Die Arbeit zusammenfassend lässt sich die Leitfrage

„Wie wird der Bedarf von neuen Stadtquartieren begründet und welche Konflikte treten dabei im Diskurs hervor?“

wie folgt beantworten:

Der Bedarf von neuen Stadtquartieren wird mit einem angespannten Wohnungsmarkt sowie steigenden Bewohner:innenzahlen begründet. Innenentwicklungsmaßnahmen werden als nicht mehr allein ausreichende Antwort auf eine sich zunehmend zuspitzende Wohnungsfrage gesehen, weshalb größere Stadterweiterungsvorhaben in den Fokus der Planung rücken. Der Bau der neuen Stadtquartiere wird dabei als effektive wohnungspolitische und sozialpolitische Maßnahme von den städtischen Verwaltungen dargestellt. Die Innenentwicklung wird nicht von den neuen Stadtquartieren abgelöst, sondern ergänzt, um eine wirksame Entspannung der städtischen Wohnraumsituation zu erreichen. Zur Legitimierung der Bedarfsbegründung werden eine Reihe an Untersuchungen und Prognosen herangezogen. So einheitlich und ähnlich wie der Anlass und die Begründungen des Bedarfs zum Planen der untersuchten neuen Stadtquartiere sind, so unterschiedlich sind aber die Konfliktthemen, die in den Diskursarenen problematisiert werden.

Die Konflikte, die im Diskurs hervortreten, sind mit der Tatsache verbunden, dass bei Planungen nicht nur etwas Neues entsteht, sondern auch etwas Bestehendes verdrängt oder zerstört wird. Insofern lassen sich die auftretenden Konflikte dahingehend systematisieren, dass sie einerseits durch den Bau von Neuem – Verkehr, Menge an Wohnungen, Dichte, Versiegelung – und andererseits durch die Zerstörung von Bestand – vornehmlich vorhandene Landschaft mit ihren ökologischen, klimatischen und landwirtschaftlichen Funktionen – hervorgerufen werden. Die Konflikte der Bestandszerstörung ähneln sich bei allen untersuchten neuen Stadtquartieren, da Landwirtschaft und Natur die gängigsten Nutzungen in der Peripherie von Städten sind und sich diese Arbeit auf neue Stadtquartiere in der Peripherie konzentriert hat. Das Quartier Buch Am Sandhaus nimmt hierbei eine Sonderrolle ein, da Proteste sich dort zu großen Teilen auch aus dem Wunsch nach dem Erhalt einer öffentlichen Nutzung – dem Abenteuerspielplatz und Naturerfahrungsraum „Moorwiese“ – gespeist haben.

Unabhängig von den lokal spezifischen Kontexten lässt sich zusammenfassen, dass Natur-, Klima- und Bodenschutz bei allen neuen Stadtquartieren eine bedeutende Rolle im Diskurs einnehmen. Es lässt sich somit vereinfachend feststellen, dass die von den Städten als sozial- bzw. wohnungspolitischen Projekte verstandenen neue Stadtquartiere meist auf ökologische Gegenargumente aus der Öffentlichkeit stoßen. Dazu kommen viele Konfliktthemen, die den unterschiedlichen lokalen Rahmenbedingungen entspringen – konkret sind dies etwa bestehende Nutzungen im Gebiet, Erfahrungen der Bürger:innen mit früheren Stadterweiterungsvorhaben, die Lage des Plangebietes, Beteiligungs- und Einbringungsmöglichkeiten für Bürger:innen und schließlich das, was neu geplant wird, und dessen Auswirkungen auf die bestehende Umgebung.

Auffällig war in der Untersuchung, dass sich vor allem Bürger:innen im Diskurs äußern, die eine eher kritische oder skeptische Haltung gegenüber der Planung einnehmen. Die Kritik nimmt dabei unterschiedliche Intensitäten an – von der kompletten Ablehnung („Rettet Dietenbach“) über die Forderung nach einer Abänderung der Planung (Initiative Buch Am Sandhaus) bis hin zu Vorschlägen für die anstehende Planungen (Bürger:innenmeinungen bei Beteiligungsveranstaltungen zu Frankfurt Nordwest). Die Notwendigkeit der Planung ist also in den Diskursarenen unterschiedlich umstritten, wobei oft auch lokale spezifische Alternativen zu den untersuchten neuen Stadtquartieren von Bürger:innen gefordert werden.

Mit der Beachtung des historischen Hintergrundes von Stadterweiterungsvorhaben konnten die Ergebnisse zusätzlich kontextualisiert werden. Es ließ sich zeigen, dass Großwohnsiedlungen der 1960er und 70er Jahre und neue Stadtquartiere zwar beide aufgrund von Bevölkerungswachstum geplant wurden und dahingehend Parallelen aufweisen; jedoch sind die negativen Erfahrungen aus der Vergangenheit prägend für die heutige Planung der neuen Stadtquartiere. So dienen die Großwohnsiedlungen als Negativbeispiel für Planstadtteile, von denen sich in der heutigen Planungspraxis bewusst abgegrenzt wird, um bekannte Konflikte und Probleme zu vermeiden und aus der Vergangenheit zu lernen.

Wie in diesem Fazit ersichtlich lässt sich keine simple oder universal gültige kurze Antwort auf die Forschungsleitfrage, wie der Bedarf von neuen Stadtquartieren begründet wird und welche Konflikte dabei im Diskurs hervortreten, formulieren, da eine differenzierte Betrachtung notwendig ist, um insbesondere die im Problemdiskurs auftretenden Konflikte zu verstehen. Die in dieser Arbeit geschehene Analyse und Synthese bieten aber Antworten auf diese Frage im lokalen Kontext der jeweiligen Fallbeispiele.

6.2 Reflexion

Methodisches Vorgehen und Ergebnisse

Abschließend lässt sich reflektieren, dass die Arbeit ein breites Spektrum an Ergebnissen anhand der Analyse der vier neuen Stadtquartiere generieren konnte. Die vielfältigen und ergiebigen Erkenntnisse lassen sich auch auf die erfolgte Auswahl der Fallbeispiele zurückführen, da etwa durch unterschiedliche Planungsstadien, unterschiedliche Größen der geplanten neuen Stadtquartiere sowie der Eigenheiten der Städte verschiedene Kontexte und Rahmenbedingungen von Planungen beachtet wurden. Diese Heterogenität der Erkenntnisse und daraus folgende schwierige Verallgemeinerung der Ergebnisse lässt sich keinesfalls als Misserfolg der Arbeit verstehen. Denn mit der Auswahl vier sich deutlich unterscheidender Fallbeispiele war es genau das Ziel, einen kontrastreichen Einblick in das diverse Feld der neuen Stadtquartiere zu erhalten.

Die Menge der Fallbeispiele erlaubte eine tiefgehenden und ertragreiche Analyse von vier Planungsvorhaben mit ihren eigenen lokal spezifischen Kontexten; eine allumfassende Verallgemeinerbarkeit auf die gesamtdeutsche Entwicklung bezüglich neuer Stadtquartiere ist bei einer qualitativen Forschung wie dieser mit vier „Stichproben“ ohnehin nicht das Ziel. Stattdessen erlaubte die Fokussierung, neue Erkenntnisse über vier neue Stadtquartiere, die wegen ihrer Aktualität erst wenig in der wissenschaftlichen Literatur behandelt worden sind, zu gewinnen. Ein noch kontrastreicherer Einblick mit zusätzlichen Erkenntnissen hätte eventuell durch das Einbeziehen eines Fallbeispiels aus einer schrumpfenden oder stagnierenden Stadt erreicht werden können, die so in dieser Arbeit unbeachtet blieben.

Die erste Forschungsunterfrage ließ sich mithilfe der angewendeten qualitativen Inhaltsanalyse problemlos bearbeiten. Es stand ausreichend Material für jedes Fallbeispiel zur Verfügung, um die städtischen Perspektiven auf die Wohnungsfrage und ihre Bedarfsbegründung bzw. ihren Planungsanlass für die jeweiligen neuen Stadtquartiere nachzuvollziehen.

Die zweite Forschungsunterfrage traf mit ihrer Diskurs-(feld-)Analyse auf einige Probleme bei ihrer Bearbeitung. So traten mit der oben positiv aufgeführten Verschiedenheit der Fallbeispiele auch unterschiedliche Probleme bei der Analyse bezüglich der Rekonstruktion der Diskurse zutage. Es muss angemerkt werden, dass die Verfügbarkeit an Textmaterialien, die für die zweite Forschungsunterfrage geeignet waren, sehr unterschiedlich ausfiel. Wegen dieser unterschiedlichen Datenlage lassen sich die Ergebnisse zu den neuen Stadtquartieren Freiburg Dietenbach und Berlin Buch Am Sandhaus als aussagekräftiger als die von München Freiam Nord und Frankfurt Nordwest einstufen. Bei letzteren beiden kamen wegen der relativ geringen Menge an verwertbarem Material die diskursanalytischen Ansatzpunkte gezwungenermaßen recht kurz. Inhaltliche Konfliktthemen um diese neuen Stadtquartiere konnten – wenn auch weniger ausführlich – aber mithilfe der Analyse durchaus herausgearbeitet werden.

Besonders hervorgehoben werden soll an dieser Stelle das Fallbeispiel Freiburg Dietenbach, welches deutlich mehr Möglichkeiten zur vertieften Bearbeitung gegeben hätte. Große Mengen an vorhandenem Textmaterial wurden hier außer Acht gelassen, da dies den Rahmen der Arbeit gesprengt hätte und zulasten der Analyse der weiteren Fallbeispiele gegangen wäre. Es wurde sich daher auf die Äußerungen und Wirkung der Initiative „Rettet Dietenbach“ konzentriert. Insbesondere die Diskrepanz zwischen den meist kritischen Äußerungen der Öffentlichkeit im Diskurs um das neue Stadtquartier und dem positiven Bürgerentscheid für die Bebauung Dietenbachs ist aber weiterhin von Interesse und gibt Anlass und Möglichkeit zur vertieften Analyse. Zudem soll erst nach Abschluss dieser Arbeit der erste Teilbebauungsplan im Jahr 2024 beschlossen werden, was eine anhaltende Dynamik und damit zusätzliche neue Erkenntnisse aus dem Diskurs verspricht.

Zur Einordnung der Aussagekraft der diskursanalytischen Ergebnisse muss ebenso reflektiert werden, dass die hier dargelegten Ergebnisse bei allen Fallbeispielen nicht die Gesamtheit des Diskurses abbilden. Es wurde lediglich eine Auswahl an Textmaterialien beachtet, um einen Einblick in den Problemdiskurs der neuen Stadtquartiere zu erhalten. Die ausschließliche Betrachtung von im Internet auffindbaren Medien und Dokumenten führt zudem dazu, dass einige Diskursebenen und Wirkungsgefüge gezwungenermaßen unbeachtet gelassen wurden, die für eine vollständige Erfassung des Diskurses notwendig wären. Mithilfe von ergänzenden Interviews – etwa mit Planungsverantwortlichen oder Vertreter:innen von Bürger:inneninitiativen – hätte ein tieferer Einblick in die Problemdiskurse der neuen Stadtquartiere gelingen und zusätzliche Dynamiken und Informationen offengelegt werden können. Dieser ergänzende Arbeitsschritt hätte aufgrund des zusätzlichen Aufwands allerdings zu Abstrichen zulasten anderer Teile dieser Arbeit geführt, weshalb auf bewusst auf die Durchführung von Interviews verzichtet wurde. Es wäre jedoch möglich, auf diese Arbeit aufbauende Forschungen dahingehend methodisch auszubauen.

Die dritte Forschungsunterfrage konnte, wie erwartet, nur angeschnitten und nicht abschließend beantwortet werden. Es handelt sich bei der erfolgten historischen Kontextualisierung aber um eine im Sinne des Erkenntnisinteresses zielführende Diskussion, die mithilfe von Fachliteratur und den vorherigen Ergebnissen dieser Arbeit die Parallelen und Differenzen zwischen Großwohnsiedlungen der 1960er und 70er Jahre und neuen Stadtquartieren aufzeigen konnte. Die Betrachtung des historischen Hintergrundes erlaubte so eine Erweiterung des diskursiven

Kontextes, in dem die neuen Stadtquartiere betrachtet werden konnten. Direkte Bezüge bei den analysierten Fallbeispielen zu Erfahrungen mit, Abgrenzungen von und Lehren aus der Zeit der Großwohnsiedlungen machten die Kontextualisierung besonders ertragreich.

Schlusswort in eigener Sache

Mithilfe der hier vorgelegten Bachelorthesis habe ich mein Wissen über das Phänomen der neuen Stadtquartiere deutlich ausgebaut. Ich habe mich mit Vorhaben auseinandergesetzt, die ich vorher nicht gut kannte und mit denen ich im Vorfeld der Arbeit nicht vertraut war. Dies war eine bewusste Entscheidung, um zum Ende meines Studiums meinen eigenen Horizont bezüglich der Stadtplanungspraxis an verschiedenen Orten Deutschlands zu erweitern. Es war daher auch eine bewusste Entscheidung gegen das naheliegendste Beispiel Hamburg Oberbillwerder, was in meinem bisherigen Studium an der HafenCity Universität bereits oft thematisiert worden ist.

Neben dem „örtlichen“ Schritt aus der eigenen Komfortzone beinhaltete ebenso das methodische Vorgehen Neuerungen für mich. In Anbetracht der ansonsten üblichen Gruppenarbeiten zum Bearbeiten komplexer Themen im Stadtplanungsstudium stellte mich die Bachelorarbeit vor die ungewohnte Situation, allein und eigenständig mit Herausforderungen umgehen zu müssen. So bestand im Hauptteil der Arbeit die Schwierigkeit, bei der Auswertung der Konfliktthemen eine sinnvolle Mitte zwischen zu verallgemeinernder Oberflächlichkeit und unverhältnismäßiger Detailliertheit zu finden, da, diese Balance zu finden, essenziell für die Aussagekraft der Ergebnisse war. Auch die „Objektivität“ der Ergebnisse zu wahren, war angesichts der Bearbeitung als Einzelarbeit eine ungewohnte Herausforderung – insbesondere da für die angewendete Methode der qualitativen Inhaltsanalyse ohnehin im Regelfall die Kontrolle durch eine weitere Person angedacht ist (vgl. Mayring & Fenzl, 2019, S. 637).

Inhaltlich bleibt mir zum Ende dieser Arbeit persönlich vor allem die Bedeutung der Abwägung als stadtplanerische Haupttätigkeit im Kopf. Mir wurde bei der Bearbeitung der Arbeit der Umfang und die Relevanz der "Abarbeitung" von Bodennutzungskonflikten so klar wie nie zuvor im Studium. Dabei kamen mir aber auch viele neue Fragen in den Sinn – vor allem bezüglich der Rolle der Stadtplanung im Spannungsfeld zwischen Wohnungspolitik und Umwelt- sowie Klimapolitik. Diese Arbeit beantwortet zwar die gestellten Forschungsfragen mit Blick auf die Fallbeispiele; sie wirft aber gleichzeitig für mich noch mehr Fragen auf, wie eine zukunftsfähige und nachhaltige Stadtplanung tatsächlich aussehen kann und welche Rolle Stadterweiterungsvorhaben in einer solchen einnehmen könnten.

Anhang

Literaturverzeichnis

- Altrock, U. (2022a). Baukultur in Großwohnsiedlungen. In U. Altrock, R. Kunze, D. Kurth, H. Schmidt, & G. Schmitt (Hrsg.), *Baukultur in der Stadterneuerung: Jahrbuch Stadterneuerung 2021* (S. 265–301). Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-35827-3>
- Altrock, U. (2022b). New (sub)urbanism? - How German cities try to create “urban” neighborhoods in their outskirts as a contribution to solving their recent housing crises. *Urban Governance*, 2(1), 130–143. <https://doi.org/10.1016/j.ugj.2022.04.001>
- Altrock, U., Grunze, N., & Kabisch, S. (2018). Ostdeutsche Großwohnsiedlungen im Haltbarkeitscheck—Einführung. In U. Altrock, N. Grunze, & S. Kabisch (Hrsg.), *Grosswohnsiedlungen im Haltbarkeitscheck: Differenzierte Perspektiven ostdeutscher Grosswohnsiedlungen* (S. 1–14). Springer VS.
- Averbeck-Lietz, S. (2019). Qualitative Inhaltsanalyse und Diskursanalyse. Überlegungen zu Gemeinsamkeiten, Unterschieden und Grenzen. In T. Wiedemann & C. Lohmeier (Hrsg.), *Diskursanalyse für die Kommunikationswissenschaft: Theorien, Vorgehen, Erweiterungen* (S. 83–111). Springer VS.
- Badische Zeitung. (o. J.). *Ergebnis Bürgerentscheid Dietenbach*. Badische Zeitung. Abgerufen 26. März 2024, von <https://www.badische-zeitung.de/ergebnis-buergerentscheid-dietenbach-freiburg>
- Baldenius, T., Kohl, S., & Schularick, M. (2020). Die neue Wohnungsfrage: Gewinner und Verlierer des deutschen Immobilienbooms. *Leviathan*, 48(2), 195–236.
- Beckmann, K. (2015). *Urbanität durch Dichte? Geschichte und Gegenwart der Grosswohnkomplexe der 1970er Jahre*. Transcript.
- Boeddinghaus, G. (Hrsg.). (1995). *Gesellschaft durch Dichte: Kritische Initiativen zu einem neuen Leitbild für Planung und Städtebau 1963/1964*. Vieweg.

- Böhler, H., & Kayser, M. (2021). Lokale Wohnungspolitik im Kontext sozioökonomischer Herausforderung und diskursiver Problemdeutung: Ein Städtevergleich. In B. Egner, S. Grohs, & T. Robischon (Hrsg.), *Die Rückkehr der Wohnungsfrage* (S. 125–151). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-31027-1_1
- Breuer, B. (2015). Großwohnsiedlungen: Interventionsfeld staatlicher Städtebaupolitik – Innovationsfeld räumlicher Planung? *Informationen zur Raumentwicklung*, 3, 201–217.
- Breuer, B., & Schmell, R. (2007). *Neue Stadtquartiere—Bestand und städtebauliche Qualitäten* (01/2007; BBSR-Online-Publikation). <https://d-nb.info/98444498x/34>
- Breuer, B., & Schmell, R. (2012). *Neue Stadtquartiere—Bestand und städtebauliche Bedeutung* (08/2012; BBSR-Analysen KOMPAKT). https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/analysen-kompakt/2012/DL_8_2012.pdf?__blob=publicationFile&v=2
- BMUV: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. (2023, Februar 22). *Flächenverbrauch – Worum geht es?* BMUV. <https://www.bmuv.de/WS2220>
- Bundestransferstelle Stadtumbau (Hrsg.). (2020). „*Neue Quartiere durch Stadtumbau und Schlussfolgerungen für das neue Programm Wachstum und nachhaltige Erneuerung*“—*Erfahrungsbericht aus sechs Fallstudien*. https://www.staedtebaufoerderung.info/SharedDocs/downloads/DE/Programme/WachstumUndNachhaltigeErneuerung/Schwerpunkthema6_Neue_Quartiere.pdf?__blob=publicationFile&v=4
- Die Bundesregierung. (1994). *Großsiedlungsbericht 1994* (Drucksache 12/8406; Deutscher Bundestag - 12. Wahlperiode). <https://dserver.bundestag.de/btd/12/084/1208406.pdf>
- Egner, B., Grohs, S., & Robischon, T. (2021). Die Rückkehr der Wohnungsfrage. In B. Egner, S. Grohs, & T. Robischon (Hrsg.), *Die Rückkehr der Wohnungsfrage* (S. 1–13). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-31027-1_1

Faller, B. (2023). Rettet die Innenentwicklung! *vhw-Schriftenreihe*, 39.

https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/vhw-schriftenreihe-tagungsband/PDFs/vhw_Schriftenreihe_Nr._39_Rettet_die_Innenentwicklung.pdf

Feldmann, P. (2009). *Die strategische Entwicklung neuer Stadtquartiere unter besonderer Berücksichtigung innenstadtnaher oder innerstädtischer brachgefallener Industrieareale* (K.-W. Schulte & S. Bone-Winkel, Hrsg.; Bd. 53). <https://epub.uni-regensburg.de/24516/6/53.pdf>

Feldwisch, N., & Balla, S. (2006). *Orientierungsrahmen zur zusammenfassenden Bewertung von Bodenfunktionen*.

https://www.umweltministerkonferenz.de/umlbeschluesse/umlaufBericht2007_13.pdf

Freudenau, H., Siebert, S., Bußkamp, M., Bosch-Lewandowski, S., Ganser, R., Krug, H., & Runge, M. (2021). *Neue Stadtquartiere—Konzepte und gebaute Realität* (04/2021; BBSR-Online-Publikation). https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2021/bbsr-online-04-2021-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Geiling, H. (2007). Probleme sozialer Integration, Identität und Machtverhältnisse in einer Großwohnsiedlung. In J. S. Dangschat & Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), *Lebensstile, soziale Lagen und Siedlungsstrukturen* (S. 91–110). Akad. für Raumforschung und Landesplanung.

Grunze, N. (2017). *Ostdeutsche Grosswohnsiedlungen: Entwicklung und Perspektiven*. Springer VS, Springer Fachmedien Wiesbaden.

HafenCity Universität (o. J.). *HCU-Logo*. HafenCity Universität (HCU). Abgerufen am 15.03.2024, von <https://www.hcu-hamburg.de/>

Heyder, M., Huber, A., & Koch, A. (2012). Nachhaltigkeit in Stadtquartieren zwischen standardisierter Planung und kontextbezogenen Prozessen. In *Nachhaltige Quartiersentwicklung—Positionen, Praxisbeispiele und Perspektiven* (S. 197–212).

- Holm, B. für politische. (2018, Juli 9). *Rückkehr der Wohnungsfrage*. bpb.de. Abgerufen am 10. Januar 2024, von <https://www.bpb.de/themen/stadt-land/stadt-und-gesellschaft/216869/rueckkehr-der-wohnungsfrage/>
- Jäger, M. (2019). Wie kritisch ist die Kritische Diskursanalyse? In T. Wiedemann & C. Lohmeier (Hrsg.), *Diskursanalyse für die Kommunikationswissenschaft: Theorien, Vorgehen, Erweiterungen* (S. 61–82). Springer VS.
- Jahn, T., & Lux, A. (2009). *Problemorientierte Diskursfeldanalyse—Neue Methoden und Anwendungsmöglichkeiten* (15; ISOE-Studientexte). <http://www.isoe-publikationen.de/fileadmin/redaktion/ISOE-Reihen/st/st-15-isoe-2009.pdf>
- Keller, R. (2011). Die Vorgehensweise. In R. Keller, *Diskursforschung* (S. 83–96). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92085-6_4
- Krämer, S. (1997). Wohnstadt—Trabantenstadt—Planungen für München. In H. G. Möller (Hrsg.), *Reihe, Zeile, Block und Punkt: Wohnungen, Häuser, Siedlungen im Raum München; Südhausbau 1936-1996* (S. 140–147).
- Krämer, S. (2007). „Urbanität durch Dichte“—Die neue Maxime im deutschen Städte- und Siedlungsbau der 1960er Jahre. In A. von Buttlar, C. Heuter, & Deutscher Kunsthistorikertag (Hrsg.), *Denkmal!Moderne: Architektur der 60er Jahre: Wiederentdeckung einer Epoche* (1. Aufl., S. 106–115). Jovis.
- Krippendorff, K. (2004). *Content analysis: An introduction to its methodology* (2. Aufl.). Sage.
- Kronauer, M., & Siebel, W. (2022). Die neue Wohnungsfrage. *WSI-Mitteilungen*, 75(3), 178. <https://doi.org/10.5771/0342-300X-2022-3-188>
- Kuder, T. (2004). *Nicht ohne: Leitbilder in Städtebau und Planung: von der Funktionstrennung zur Nutzungsmischung* (Orig.-Ausg). Leue.
- Landeshauptstadt München. (o. J.). *Freiham: Der neue Stadtteil im Münchner Westen*. münchen.de - Das offizielle Stadtportal. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://stadt.muenchen.de/infos/neuer-stadtteil-freiham.html>

- Lauerbach, T. (2020). Wachstum deutscher Großstädte und innerstädtische Entwicklungen. *BBSR-Online-Publikation*, 01/2020, 15–24.
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2020/bbsr-online-01-2020-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=1
- Ludwig-Mayerhofer, W. (o. J.). *Inhalts- und Diskursanalyse [Vorlesungsfolien]*. Universität Siegen – Philosophische Fakultät, Seminar für Sozialwissenschaften. Abgerufen 13. März 2024, von https://www.uni-siegen.de/phil/sozialwissenschaften/soziologie/mitarbeiter/ludwig-mayerhofer/methoden/methoden_downloads/methoden_i_10.pdf
- Mayring, P., & Fenzl, T. (2019). Qualitative Inhaltsanalyse. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (S. 633–648). Springer Fachmedien Wiesbaden.
https://doi.org/10.1007/978-3-658-21308-4_42
- Müller-Raemisch, H.-R. (1990). Die moderne Stadt und die Stadt der Tradition. In H.-R. Müller-Raemisch, *Leitbilder und Mythen in der Stadtplanung 1945-1985* (S. 21–43). W. Kramer.
- Naumann, L. L., & Nadler, M. (2023). Erfolgsfaktoren und Quartierszufriedenheit in neuen Stadtquartieren – Eine geodatenbasierte Untersuchung in Düsseldorf: Eine Analyse des Einflusses städtebaulicher Faktoren auf die Quartierszufriedenheit in fünf neuen Stadtquartieren. *Zeitschrift für Immobilienökonomie*, 9(2), 139–176.
<https://doi.org/10.1365/s41056-023-00068-4>
- Pehnt, W. (2007). Wege ins Offene – Um Verständnis für die 60er Jahre bittend. In A. von Buttlar, C. Heuter, & Deutscher Kunsthistorikertag (Hrsg.), *Denkmal!Moderne: Architektur der 60er Jahre: Wiederentdeckung einer Epoche* (S. 6–13). Jovis.
- Pohl, T., & Wichmann, S. (2023). Wohnungsbau in Hamburg zwischen Innen- und Außenentwicklung. In M. Grubbauer & J. Metzger (Hrsg.), *Wohnen in Hamburg: Akteure, Instrumente und Konfliktfelder* (1. Aufl., Bd. 6, S. 125–141). transcript Verlag.
<https://doi.org/10.14361/9783839467299>

- Referat für Stadtplanung und Bauordnung. (2015). *Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2068*.
Abgerufen 31. Januar 2024, von
<https://risi.muenchen.de/risi/sitzungsvorlage/detail/3764965>
- Reicher, C., & Söfker-Rieniets, A. (2022). Stadterweiterungen und neue Städte. In C. Reicher & A. Söfker-Rieniets, *Stadtbaustein Wohnen* (S. 133–159). Springer Fachmedien Wiesbaden.
https://doi.org/10.1007/978-3-658-34071-1_9
- Reinborn, D. (1996). *Städtebau im 19. Und 20. Jahrhundert*. Kohlhammer.
- Reiß-Schmidt, S. (2018). Innenentwicklung. In ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), *Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung* (S. 995–1000). Akademie für Raumforschung und Landesplanung.
- Schreier, M. (2014). Varianten qualitativer Inhaltsanalyse: Ein Wegweiser im Dickicht der Begrifflichkeiten. *Forum Qualitative Sozialforschung Forum: Qualitative Social Research*, 15(1), Art. 18. <https://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/download/2043/3636/0>
- Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt. (o. J.). *Versiegelung und Flächenverbrauch*. Berlin.de. Abgerufen 5. Januar 2024, von
<https://www.berlin.de/sen/uvk/umwelt/bodenschutz-und-altlasten/vorsorgender-bodenschutz/vorsorgender-bodenschutz-nichtstofflich/versiegelung-und-flaechenverbrauch/>
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen. (o. J.). *Buch—Am Sandhaus*. Berlin.de. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://www.berlin.de/sen/stadtentwicklung/neue-stadtquartiere/buch-am-sandhaus/>
- Sieverts, T. (2020). Die Neue Heimat und der Städtebau—Und heute? In A. Lepik, H. Strobl, Technische Universität München, Museum für Hamburgische Geschichte, & Deutsches Architekturmuseum (Hrsg.), *Die Neue Heimat (1950-1982): Eine sozialdemokratische Utopie und ihre Bauten* (Zweite Auflage, S. 26–33). Edition DETAIL.

- Simon-Philipp, C. (2018). Stadterweiterung. In ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), *Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung* (S. 2451–2458). Akademie für Raumforschung und Landesplanung.
- Simon-Philipp, C., & Kuhn, G. (2015). Schulen als Bausteine neuer Stadtquartiere. In T. Coelen, A. J. Heinrich, & A. Million (Hrsg.), *Stadtbaustein Bildung*. Springer Fachmedien Wiesbaden.
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-07314-5>
- Spars, G., & Guhl, P. (2021). Wohngebietsentwicklung heute – was lernen wir aus den letzten 30 Jahren?: 30 Jahre Wohngebietsentwicklung – Ergebnisse einer empirischen Breitenuntersuchung. *Zeitschrift für Immobilienökonomie*, 7(2), 81–97.
<https://doi.org/10.1365/s41056-021-00052-w>
- Spiegel, E. (2000). Dichte. In H. Häußermann (Hrsg.), *Großstadt* (S. 39–47). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-663-10200-7_4
- Stadt Freiburg. (o. J.-a). *Der Rahmenplan für Dietenbach*. Freiburg im Breisgau. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://www.freiburg.de/pb/1631506.html>
- Stadt Freiburg. (o. J.-b). *Häufig gestellte Fragen zu Dietenbach (FAQ)*. Freiburg im Breisgau. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://www.freiburg.de/pb/500645.html>
- Stadt Freiburg. (o. J.-c). *Stadtteil Dietenbach*. Freiburg im Breisgau. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://www.freiburg.de/pb/495838.html>
- Stadtplanungsamt Frankfurt am Main. (o. J.). *Frankfurt Nordwest—Neuer Stadtteil der Quartiere*. Stadtplanungsamt Frankfurt am Main. Abgerufen 31. Januar 2024, von https://www.stadtplanungsamt-frankfurt.de/frankfurt_nordwest_neuer_stadtteil_der_quartiere_23670.html
- Stamann, C., Janssen, M., & Schreier, M. (2016). Qualitative Inhaltsanalyse – Versuch einer Begriffsbestimmung und Systematisierung. *Forum Qualitative Sozialforschung Forum: Qualitative Social Research*, 17(3), Art. 16. <https://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/2581/4023>

- Tagesschau. (2023, November 13). *Scholz will Bauboom „wie in den 70ern“*. tagesschau.de.
Abgerufen 6. Januar 2024, von <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/baupolitik-wohnungsbau-100.html>
- td Academy. (2019). *Methoden—Toolbox mit den in TransImpact erarbeiteten Methoden*.
<https://www.td-academy.org/downloads/Toolbox.pdf>
- Traue, B., Pfahl, L., & Schürmann, L. (2022). Diskursanalyse. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (S. 627–645). Springer Fachmedien Wiesbaden.
https://doi.org/10.1007/978-3-658-37985-8_39
- Universität Kassel. (2023, März 27). *DFG fördert Forschungsgruppe „Stadterweiterung in Zeiten der Reurbanisierung – neue (Sub-)Urbanität“*. Universität Kassel. Abgerufen 11. Januar, von <https://www.uni-kassel.de/fb06/infothek/sitemap-news-detail/2023/03/27/dfg-foerdert-forschungsgruppe-stadterweiterung-in-zeiten-der-reurbanisierung-neue-sub-urbanitaet?cHash=d6f7d08d933b202f37bb36dc8517d123>
- Vollmer, L., & Michel, B. (2020). Die Wohnungsfrage als ökologische Frage: Aufruf zur Debatte. *sub\urban - Zeitschrift für kritische Stadtforschung*, 8(1), 163–166.
- Wessolek, G., Nehls, T., & Kluge, B. (2011). Bodenüberformung und Versiegelung. In H.-P. Blume, R. Horn, & S. Thiele-Bruhn (Hrsg.), *Handbuch des Bodenschutzes* (S. 155–169).
- Zupan, D. (2015). Von der Großsiedlung der Spätmoderne zum kompakten Nutzungsgemischten Stadtquartier—Verlaufsformen eines städtebaulichen Erneuerungsprozesses. *Informationen zur Raumentwicklung*, 3, 183–199.

Dokumentenverzeichnis

Berlin Buch Am Sandhaus

- BB1: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen. (2019). *Flächennutzungsplan-Änderung—Buch V / Am Sandhaus / ehem. Krankenhäuser (Pankow) Lfd. Nr. 05/98*.
- BB2: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen. (o. J.-b). *Häufig gestellte Fragen (FAQs)*. Berlin.de. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://www.berlin.de/sen/stadtentwicklung/neue-stadtquartiere/buch-am-sandhaus/haeufig-gestellte-fragen/>
- BB3: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen. (2023). *Neues Stadtquartier Buch—Am Sandhaus—Rahmenplanung*. https://datenbox.stadt-berlin.de/ssf/s/readFile/share/26610/1361046493445607731/publicLink/Buch_Broschuere_Rahmenplan.pdf
- BB4: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen. (2022). *Neues Stadtquartier Buch—Am Sandhaus—Rahmenplanung—Dokumentation Gesamtverfahren*. https://datenbox.stadt-berlin.de/ssf/s/readFile/share/25520/-2582699969680882439/publicLink/19_Buch_Rahmenplan_Gesamtdokumentation.pdf
- BB5: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen. (o. J.-a). *Buch—Am Sandhaus*. Berlin.de. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://www.berlin.de/sen/stadtentwicklung/neue-stadtquartiere/buch-am-sandhaus/>
- BB6: Der Regierende Bürgermeister - Senatskanzlei. (2023, Juni 13). *Rahmenplan Neues Stadtquartier Buch—Am Sandhaus beschlossen*. Berlin.de. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2023/pressemitteilung.1333721.php>
- BB11: Initiative Buch Am Sandhaus. (o. J.). *Bauplanung in Berlin-Buch Am Sandhaus anpassen!* Initiative Buch Am Sandhaus. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://www.initiative-buch-am-sandhaus.de/>

- BB12: Rada, U. (2023, Juli 21). Naturschutz oder Wohnungsbau: Die Moorlinsen sind in Bedrängnis. *taz*. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://taz.de/Naturschutz-oder-Wohnungsbau/!5945240/>
- BB13: Initiative Buch Am Sandhaus. (2023, Juni 20). *Pro und Contra Bauprojekt Am Sandhaus*. Initiative Buch Am Sandhaus. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://www.initiative-buch-am-sandhaus.de/klimawandel-artenschutz/pro-und-contra-bauprojekt-am-sandhaus/>
- BB14: Schubert, T. (2022, Juni 6). Neues Quartier in Pankow: Zweite Chance für die Stasi-Klinik. *Berliner Morgenpost*. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article235524615/Pankows-Sandhaus-Kiez-Wohnen-wo-die-Stasi-zum-Arzt-ging.html>
- BB15: Hofmann, M. R. (2023, September 25). Buch Am Sandhaus: Weiteres Großprojekt soll kommen. *Berliner Morgenpost*. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article239666173/pankow-buch-am-sandhaus-wohnungen-grossprojekt.html>
- BB16: Bünger, R. (2023, August 14). Quartier „Am Sandhaus“: Ideologie verhindert mehr Wohnungsbau in Berlin-Buch. *Tagesspiegel*. Abgerufen 10. Februar 2024, von <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-wohnungsbauebiete-buch-mit-sieben-siegel-10291777.html>
- BB17: Moorwiese. (o. J.). *Bebauungsplan Am Sandhaus aktuell*. Moorwiese - Archäologiespielprojekt in Berlin Buch. Abgerufen 10. Februar 2024, von <http://www.moor.de/moorwiese/ueber-uns/bebauungsplan-am-sandhaus-aktuell/>
- BB18: Initiative Buch Am Sandhaus. (2021b, Juni 14). *Eigener Entwurf der Initiative-Buch-Am-Sandhaus*. Initiative Buch Am Sandhaus. Abgerufen 10. Februar 2024, von <https://www.initiative-buch-am-sandhaus.de/entwuerfe/eigener-entwurf-der-initiative-buch-am-sandhaus/>

- BB19: Initiative Buch Am Sandhaus. (2021a, Juni 1). *Kurzbericht zweite Planungswerkstatt zum Bauprojekt Am Sandhaus Buch*. Initiative Buch Am Sandhaus. Abgerufen 10. Februar 2024, von <https://www.initiative-buch-am-sandhaus.de/info/kurzbericht-zweite-planungswerkstatt-zum-bauprojekt-am-sandhaus-buch/>
- BB20: Initiative Buch Am Sandhaus. (2021c, August 12). *Unterschriftensammlung „Moorwiese“, Moorlinsen und Wald schützen!* Initiative Buch Am Sandhaus. Abgerufen 10. Februar 2024, von <https://www.initiative-buch-am-sandhaus.de/info/unterschriftensammlung-moorwiese-moorlinsen-und-wald-schuetzen/>
- BB21: Initiative Buch Am Sandhaus. (2022, Februar 7). *Moorlinse Buch unter Schutz stellen!* Abgerufen 10. Februar 2024, von Initiative Buch Am Sandhaus. <https://www.initiative-buch-am-sandhaus.de/flora-fauna/moorlinse-buch-unter-schutz-stellen/>

München Freiam

- MF1: Landeshauptstadt München. (o. J.). *Freiham: Der neue Stadtteil im Münchner Westen*. münchen.de - Das offizielle Stadtportal. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://stadt.muenchen.de/infos/neuer-stadtteil-freiham.html>
- MF2: Landeshauptstadt München. (2019a). *Freiham—Entwicklung eines neuen Stadtteils*. https://stadt.muenchen.de/dam/jcr:3f6eb0f4-df5c-4052-a5f1-ab5a9c101df8/2019_Freiham_Faltblatt.pdf
- MF3: Referat für Stadtplanung und Bauordnung. (2015). *Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2068*. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://risi.muenchen.de/risi/sitzungsvorlage/detail/3764965>
- MF4: Landeshauptstadt München. (2017a). *Freiham Nord—Zweiter Realisierungsabschnitt—Dokumentation des ersten Bürgerdialogs*. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://docplayer.org/236737613-Freiham-nord-zweiter-realisierungsabschnitt.html>

- MF5: Landeshauptstadt München. (2017b). *Freiham Nord—Zweiter Realisierungsabschnitt—Dokumentation des zweiten Bürgerdialogs*. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://docplayer.org/181806754-Stadtplanung-freiham-nord-zweiter-realisierungsabschnitt-dokumentation-des-zweiten-buergerdialogs.html>
- MF6: Landeshauptstadt München. (2018). *Freiham Nord—Zweiter Realisierungsabschnitt—Dokumentation des dritten Bürgerdialogs*. Abgerufen 31. Januar 2024, von https://stadt.muenchen.de/dam/jcr:38c205e9-d75d-4ae8-8e76-36cae5d60400/Dritter_Buergerdialog_Feiham.pdf
- MF7: Landeshauptstadt München. (2019b). *Freiham Nord—Zweiter Realisierungsabschnitt—Dokumentation des städtebaulich-landschaftsplanerischen Realisierungswettbewerbs*. Abgerufen 31. Januar 2024, von https://stadt.muenchen.de/dam/jcr:36758ea2-5929-45c6-b68e-cfb14e482f5f/2019_Freiham_Doku_Wbw2RA.pdf
- MF11: Hertel, C. (2022, Februar 7). Proteste gegen Anbindung: „Wer Straßen baut, bekommt mehr Verkehr“. *Abendzeitung München*. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://www.abendzeitung-muenchen.de/muenchen/stadtviertel/proteste-gegen-anbindung-wer-strassen-baut-bekommt-mehr-verkehr-art-790926>
- MF12: Krass, S. (2020, Februar 12). Wir brauchen Lösungen und keine Experimente. *Süddeutsche Zeitung*. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-freiham-quartier-verkehr-anbindung-1.4793594>
- MF13: Schwarzbauer, A. (2021, Juli 21). *Ist Aubing bei der Stadtplanung nur noch eine Randnotiz von Freiham?* Hallo München. Abgerufen 18. Februar 2024, von <https://www.tz.de/muenchen/stadt/hallo-muenchen/aubing-stadtplanung-freiham-areal-ubostrasse-bahnhof-verkehrsanbindung-90873004.html>

- MF14: Bürgervereinigung Aubing-Neuaubing e.V. (o. J.). *Verkehrsanbindung Freiham-Aubing*. Bürgervereinigung Aubing-Neuaubing e.V. Abgerufen 18. Februar 2024, von <https://lebenswertesaubing.de/verkehr/verkehrsanbindung-freiham-an-aubing/details>
- MF15: Draxel, E. (2016, Dezember 11). Neues Stadtviertel Freiham—Weites Feld. *Süddeutsche Zeitung*. Abgerufen 18. Februar 2024, von <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/neues-stadtviertel-freiham-weites-feld-1.3289872>
- MF16: Merkur.de. (2017, Oktober 18). *Freiham-Nord: Hier sollen 25.000 Menschen siedeln*. Abgerufen 18. Februar 2024, von <https://www.merkur.de/lokales/muenchen/aubing-lochhausen-langwied-ort43354/stadt-stellt-plaene-fuer-freiham-nord-vor-bezirksausschuss-kritisiert-verkehrsanbindung-zr-7146562.html>

Freiburg Dietenbach

- FD1: Stadt Freiburg im Breisgau. (2022). *Bebauungsplan „Dietenbach—Am Fronholz“ Plan Nr. 6-175*. <https://ris.freiburg.de/pdf-viewer.php?src=aHR0cHM6Ly9yaXMuZnJlaWJ1cmcuZGUvZG9jdW1lbnRzLnBocD9kb2N1bWVudF90eXBIX2lkPTEzJnN1Ym1pc3Npb25fYXR0YWNobWVudF9pZD00ODkxNzAyMTAwMDY1JTdDMjAyMjA2MzAwNzI0MTQtMS5wZGYlN0MmaWQ9NjkmanNvbj0xJnBsYXRmb3JtPjXJpcw==&name=Ni4gQmVncvXuZHVuZyAoRW50d3VyZik=>
- FD2: Stadt Freiburg im Breisgau. (2019, Februar 1). Bürgerentscheid Dietenbach. *Amtsblatt*. https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/documents_E2097773321/freiburg/daten/news/amtsblatt/pdf/SS_Dietenbach_Broschuere_2018.pdf
- FD3: Stadt Freiburg. (o. J.-c). *Häufig gestellte Fragen zu Dietenbach (FAQ)*. Freiburg im Breisgau. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://www.freiburg.de/pb/500645.html>
- FD4: Stadt Freiburg. (o. J.-b). *Der Rahmenplan für Dietenbach*. Freiburg im Breisgau. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://www.freiburg.de/pb/1631506.html>

- FD5: Stadt Freiburg im Breisgau. (2020). *Dietenbach: Städtebaulicher Rahmenplan—Erläuterungsbericht*.
https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E1438575820/1632097/G_20094_Anlage_2_Dietenbach_Rahmenplan_Erl%C3%A4uterungsbericht.pdf
- FD6: Stadt Freiburg im Breisgau. (2019a). *Mehr Fakten als Hektar: Alles Wissenswerte zu Dietenbach auf 20 bebilderten Schautafeln*.
https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E81222853/1416935/Dietenbach_Fakten-und-Infografiken.pdf
- FD7: Stadt Freiburg. (o. J.-a). *Bauen in Dietenbach*. Freiburg im Breisgau. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://www.freiburg.de/pb/1854780.html>
- FD11: Rettet Dietenbach. (2021). *Argumente A-Z / Stand 13.10.21*. Rettet Dietenbach! (archiviert von Wayback Machine). Abgerufen 31. Januar 2024, von https://web.archive.org/web/20220524035756/https://rettet-dietenbach.de/?page_id=2340
- FD12: Dietenbach ist überall. (o. J.-a). *Kleinanzeigen + Fakten-Check und Quellen-Angaben*. Dietenbach ist überall. Abgerufen 15. Februar 2024, von https://dietenbach-ist-ueberall.de/?page_id=1641
- FD13: Freiburg Lebenswert. (o. J.). *Rückhaltebecken im Bohrrertal*. freiburg-lebenswert.de. Abgerufen 16. Februar 2024, von <https://freiburg-lebenswert.de/dietenbach/rueckhaltebecken-im-bohrrertal/>
- FD14: Dietenbach ist überall. (o. J.-b). *Kleinanzeigen + Fakten-Check und Quellen-Angaben zur Kleinanzeige 1*. Dietenbach ist überall. Abgerufen 16. Februar 2024, von https://dietenbach-ist-ueberall.de/?page_id=1666

Frankfurt Nordwest

- FN1: Stadtplanungsamt Frankfurt am Main. (o. J.). *Frankfurt Nordwest—Neuer Stadtteil der Quartiere*. Stadtplanungsamt Frankfurt am Main. Abgerufen 31. Januar 2024, von https://www.stadtplanungsamt-frankfurt.de/frankfurt_nordwest_neuer_stadtteil_der_quartiere_23670.html
- FN2: Stadtplanungsamt Frankfurt am Main. (2020a). *Dokumentation Bürgerdialog I*. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://www.stadtplanungsamt-frankfurt.de/show.php?ID=19554&=i2iv2ovak80bnh5uqmst8675i3>
- FN3: Stadtplanungsamt Frankfurt am Main. (2020b). *Dokumentation Bürgerdialog III*. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://www.stadtplanungsamt-frankfurt.de/show.php?ID=20559&=i2iv2ovak80bnh5uqmst8675i3>
- FN4: Stadtplanungsamt Frankfurt am Main. (2019b). *Neuer Stadtteil der Quartiere—Im Dialog 1. Sonderausgabe*. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://www.stadtplanungsamt-frankfurt.de/show.php?ID=22792&=i2iv2ovak80bnh5uqmst8675i3>
- FN5: Stadtplanungsamt Frankfurt am Main. (2020c). *Neuer Stadtteil der Quartiere—Im Dialog 2. Sonderausgabe*. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://www.stadtplanungsamt-frankfurt.de/show.php?ID=19288&=i2iv2ovak80bnh5uqmst8675i3>
- FN6: Stadtplanungsamt Frankfurt am Main. (2021). *Neuer Stadtteil der Quartiere—Im Dialog 3. Sonderausgabe*. Abgerufen 31. Januar 2024, von <https://www.stadtplanungsamt-frankfurt.de/show.php?ID=20533&=i2iv2ovak80bnh5uqmst8675i3>
- FN7: Weidner, S., Hellweg, U., & von Lojewski, H. (2021). *Zwischenbericht des Consiliums*. Abgerufen 8. Februar 2024, von <https://www.stadtplanungsamt-frankfurt.de/show.php?ID=20506&=i2iv2ovak80bnh5uqmst8675i3>

- FN8: Stadtplanungsamt Frankfurt am Main. (2022). *Gutachten Frankfurt Nordwest: Zwischenbericht Vorbereitende Untersuchung—Zusammenfassung*. Abgerufen 8. Februar 2024, von <https://www.stadtplanungsamt-frankfurt.de/show.php?ID=22841&=i2iv2ovak80bnh5uqmst8675i3>
- FN9: Stadtplanungsamt Frankfurt am Main. (2019a). *Dokumentation Informationsveranstaltung*. Abgerufen 8. Februar 2024, von <https://www.stadtplanungsamt-frankfurt.de/show.php?ID=19262&=i2iv2ovak80bnh5uqmst8675i3>
- FN11: BUND Kreisverband Frankfurt am Main. (o. J.). *Planung des Neuen Stadtteils der Quartiere im Frankfurter Nordwesten*. BUND Kreisverband Frankfurt. Abgerufen 4. Februar 2024, von <https://www.bund-frankfurt.de/stadt-und-landschaftsplanung/stadtplanung-im-frankfurter-nordwesten/>
- FN12: Manus, C. (2022, Oktober 13). Frankfurt: Neuer Stadtteil nur noch östlich der A5 geplant. *Frankfurter Rundschau*. Abgerufen 4. Februar 2024, von <https://www.fr.de/frankfurt/wohnen-in-frankfurt-neuer-stadtteil-im-nordwesten-nur-noch-oestlich-der-a5-geplant-91848873.html>
- FN13: Schiefenhövel, J. (2024, Januar 4). Protest gegen die Josefstadt. *Frankfurt Allgemeine Zeitung*. Abgerufen 8. Februar 2024, von <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt-plant-einen-neuen-stadtteil-protest-gegen-josefstadt-19425851.html>
- FN14: Pfeiffer-Goldmann, D. (2023, Januar 4). Neuen Stadtteil schneller realisieren. *Frankfurter Neue Presse*. Abgerufen 8. Februar 2024, von <https://www.fnp.de/frankfurt/neuen-stadtteil-schneller-realisieren-92010995.html>
- FN15: Taunus-Nachrichten. (2022, Oktober 19). Pläne für die „Josefstadt“ sind endgültig vom Tisch. *Steinbacher Woche*. Abgerufen 8. Februar 2024, von <https://www.taunus-nachrichten.de/steinbach/nachrichten/steinbach/plaene-fuer-josefstadt-endgueltig-tisch-id130948.html>